

Das deutsch / brasilianische Bombengeschäft

SONDERNUMMER DER

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin (West)

1980

Solidaritätspreis DM 7,—



Diese Sondernummer enthält Analysen, Dokumente und Berichte zu deutsch-brasilianischen Atomgeschäft unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen für Brasilien.

Umfang 159 Seiten; Preis 7,— DM

zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 80

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



MITTELAMERIKA Repression und Widerstand

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

KOLUMBIEN: Geschichte von M-19 — **PERU:** Militärs gegen Coca-Bauern — **BRASIL- LIEN:** Protest gegen AKW's — **ARGENTINIEN:** Interview mit Menschenrechtsorganisa- tionen — **CHILE:** Außenpolitische Offensive

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| ZU DIESEM HEFT | 3 |
| I. BERICHTE | 4 |
| — El Salvador: Zwischen Bürgerkrieg und Revolution | 4 |
| — Kolumbien: Zur Botschaftbesetzung | 11 |
| Zur Geschichte von M-19 | 12 |
| Turbay: »Ich bin der einzige politische Gefangene...« | 18 |
| Das Spiel der Kräfte | 20 |
| — Argentinien: Interview mit Menschenrechtsorganisationen | 2 |
| — Brasilien: Protest gegen AKW's | 26 |
| — Chile: Außenpolitische Offensive | 29 |
| — Venezuela: Illegale Einwanderer | 34 |
| — Bolivien: Bauergewerkschaft gewinnt an Bedeutung | 38 |
| — Peru: Linke vor den Wahlen | 41 |
| II. HINTERGRUND | 45 |
| — Peru: Coca-Militär-Mafia-Bauern | 45 |
| — Honduras: Nachrichten aus einem unbekanntem Land | 52 |
| — Guatemala: Dokument der Indianer Guatemalas | 59 |
| III. KURZMELDUNGEN | 68 |
| IV. SOLIDARITÄT/MITTEILUNGEN | 70 |
| — SPD-Resolution zu Argentinien | 70 |
| — Kanadier gegen AKW-Export | 71 |
| — Mexico-Solidaritätsarbeit | 73 |
| — Spendenaufruf des FDCL | 74 |
| — Gesundheitstag | 76 |

ZU DIESEM HEFT

Die Zeit der Bananenrepubliken in Mittelamerika scheint endgültig vorbei zu sein. Das Beispiel Nicaragua hat gezeigt, daß der Widerstand gegen die mittelamerikanischen Diktaturen nicht so hoffnungslos ist, wie es lange Zeit schien. Aber Nicaragua ist nicht nur ein Beispiel für die Linke, sondern auch ein abschreckendes Lehrstück für die Rechte in Mittelamerika. Auch sie hat ihre Lehren aus der Revolution in Nicaragua gezogen: die derzeitige Regierungsjunta in El Salvador versuchte den sozialen Konfliktstoff durch die Ankündigung von Reformen zu entschärfen, um so den für sie lebensbedrohenden Forderungen nach Demokratie zuvorzukommen. Aber dieser anti-demokratische präventive Reformismus scheiterte einerseits am Widerstand der Oligarchie und der rechten Militärs, die auf eine verschärfte Repression setzten, und andererseits am Bewußtsein der Campesinos, Arbeiter, Intellektuellen und Christen, die sich nicht mit hohlen Reformsprüchen bei gleichzeitigem Terror gegen die fortschrittlichen Kräfte abspesen lassen.

Aus Guatemala, dem zweiten wichtigen Konfliktherd in dieser Region, bringen wir das Dokument der Versammlung mehrerer Indianerstämme, in dem eindringlich ihre Unterdrückung und ihr Aufbegehren dagegen dargestellt werden. Im Gegensatz zu diesen beiden Ländern umgibt Honduras immer noch das Image relativer Ruhe. Doch auch hier verschärfen sich die Konflikte, auch wenn sie derzeit noch nicht so offen zu Tage treten. Trotzdem gibt es auch in diesem Land im Vorfeld der anstehenden Wahlen Spekulationen über einen möglichen Putsch von reformorientierten Offizieren, die dann wohl rechtzeitig als in El Salvador das Projekt der USA verfolgen würden, eine stabilere politische und soziale Situation durch die Proklamierung der allernotwendigsten Reformen zu schaffen.

Ein weiterer Brennpunkt des "öffentlichen Interesses" ist Kolumbien durch die Botschaftsbesetzung durch die Guerrillabewegung M-19 geworden. Die bürgerlichen Medien der BRD nahmen diese zwar zum Anlaß, einiges über die drängenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes zu berichten, doch wurden die Botschaftsbesetzer trotzdem umstandslos als "Terroristen" abgestempelt. In dieser Ausgabe der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN lassen wir M-19 selbst recht ausführlich zu Wort kommen, um zu zeigen, wie diese Gruppe ihre Aktionen selbst sieht. Wir können keine Einschätzung der Botschaftsbesetzung leisten, weil unsere Informationen aus Kolumbien außerordentlich widersprüchlich und fragmentarisch sind. Wir fänden es unredlich, ohne genaues Wissen über die Resonanz in der kolumbianischen Linken und über die Verankerung von M-19 in der Bevölkerung ein Urteil - sei es nun positiv oder ablehnend - abzugeben. Hinzu kommt, daß wir über die Guerillastrategie in Kolumbien und allgemein in Lateinamerika in der Redaktion der LN nicht diskutiert haben. Der Erfolg der FSLN in Nicaragua und die Aktivitäten der Guerrillagruppen in den anderen mittelamerikanischen Ländern verlangen eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Kampfformen.

Anders als die genannte Berichterstattung über diese die Welt in Spannung versetzenden Ereignisse stellt der Hintergrundartikel zu Peru die alltäglichen Probleme der Kleinbauern am Beispiel der Coca-Produzenten dar. Die Coca-Bauern sollen von korrupten Militärs mit Hilfe des Ausnahmezustands von ihrem Land vertreiben werden, damit sich die Militärs selbst durch die Kontrolle über den Coca-Anbau und den lukrativen Handel mit Kokain bereichern können.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 Jahrgang 7 der
 CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 mal im Jahr)
 Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. März 1980

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:
 Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
 PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
 Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-abo '80

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 c/o FDCL
 Savignyplatz 5
 1000 Berlin 12
 Tel. 030/3135065

Redaktion:

Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den
 LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
 ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
 legehemplare erbeten.

EL SALVADOR

Zwischen Bürgerkrieg und Revolution

Am 6. März dieses Jahres verhängte die Regierungsjunta von El Salvador überraschend den Ausnahmezustand über das ganze Land, nachdem sie durchgreifende Reformen verkündet hatte, an deren Realisierung niemand mehr geglaubt hatte: eine durchgreifende Agrarreform, bei der 400 000 ha Land enteignet werden sollen, und eine Verstaatlichung der Banken.

Dieser Ausnahmezustand bedeutet, daß die verfassungsmäßigen Rechte – soweit sie in El Salvador überhaupt existierten – für 30 Tage ausgesetzt werden, also bis Anfang April. Die Polizei kann Festnahmen vornehmen ohne eine Haftbefehl und sie kann ohne Durchsuchungserlaubnis in Wohnungen eindringen. Alle Kundgebungen, Streiks, Demonstrationen usw. sind verboten. Außerdem wird die Presse zensuriert.

Begründung für die Verhängung des Ausnahmezustandes

Nach Angaben der Junta ist es Sinn der Maßnahmen, die Durchsetzung der genannten Reformen zu ermöglichen: laut EL PAIS (spanische Tageszeitung) besetzten die Streitkräfte 376 Latifundien von 224 Großgrundbesitzern. Die Anbaufläche soll an die Landarbeiter aufgeteilt werden, die die Felder schon bisher bewirtschaftet haben. Dabei ist an eine Bearbeitung des Landes durch Kooperativen gedacht, ähnlich wie es in Nicaragua bereits geschieht.

Die zweite durchgreifende Reform, von der schon monatelang gesprochen wird, ist die Verstaatlichung des privaten Banksektors. Dies könnte geschehen sein, um die Nationalisierung des Außenhandels, die ja bereits gesetzlich verfügt ist, in die Realität umzusetzen, etwa durch eine genauere Devisenkontrolle. Dagegen spricht allerdings, daß ausländische Banken von der Verstaatlichung verschont bleiben.

Als weiteren Grund für die Verhängung des Ausnahmezustandes nannte die Regierungsjunta den "Mißbrauch der Grundrechte durch einige Personen" (El Pais 7.3.80) Welcher Personenkreis damit angesprochen war, ließ die Junta offen. Inzwischen zeigen die 95 Toten aus den Reihen der linken Volksbewegungen, die in den ersten drei Tagen nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch Armee, Sicherheitskräfte und rechte Terrorgruppen umgebracht wurden, daß es zumindest den konservativen Juntamitgliedern um eine ungehinderte Jagd auf die Linken geht. – Die rechte Kampftruppe ORDEN braucht keine Grundrechte für ihre Terroraktionen.

Im Übrigen gab es bereits vor dem 6. März Einschränkungen von Menschenrechten durch das berühmte Dekret Nr. 114, das am 22. Februar gegen den Widerstand der Christdemokraten durch die Regierungsjunta verlängert wurde. Als Antwort darauf drohten die großen Gewerkschaftsverbände FENASTRAS und CEL

mit einem Generalstreik und der Ausschaltung der Elektrizitätsversorgung des Landes. (Inforpress Centroamericana, 28.2.)

Bereits die ersten Meldungen über den Ausnahmezustand und die Agrarreform warfen für politische Beobachter grundsätzliche Fragen auf:

Unklarheit herrscht sowohl über die Größe des verstaatlichten Landes (die Angaben schwanken zwischen 200 000 und 500 000 ha) als auch über das Ausmaß der Besetzungen von Latifundien durch Regierungstruppen: El Pais meldete Anfang März 376 Besetzungen, der Berliner Tagesspiegel dagegen wußte nur von zweien.

Auch wird nirgendwo erwähnt, daß die Besitzer der größten Haciendas (die berüchtigten "14 Familien) unter das Verstaatlichungsgesetz fielen. Betroffen sind alle Ländereien mit über 500 ha (FR 19.3.). Möglicherweise konnten die 14 Familien aber ihre Ländereien so geschickt unter ihre Familienmitglieder verteilen, daß sie diese Gesetzesnorm unterlaufen konnten.

Schließlich stellt sich generell die Frage, inwieweit zur Durchführung dieser Agrarreform der Ausnahmezustand notwendig oder nützlich ist. – Werden die Großgrundbesitzer ihre Güter jetzt nicht mehr durch ihre Privatarmeen zu verteidigen wissen? Wenn die Menschen- und Bürgerrechte tatsächlich das Haupthindernis bei der Durchführung der Agrarreform waren, warum wurden sie dann nicht schon früher außer Kraft gesetzt?

Inzwischen hat sich gezeigt, daß das ganze Reformgerede nur Augenwischerei war. Hauptziel des Ausnahmezustandes ist die verschärfte Repression gegenüber linken Volks- und Guerrillabewegungen. Die Toten, die Amnesty International seit dem 6. März gemeldet hat, sind fast ausschließlich Oppositionelle. Seit Anfang März wurden Hunderte von Landarbeitern ermordet oder verschleppt.



Der salvadorensische Rechtsanwalt Victor Pablo Cardoso, bekanntgeworden durch seine Verteidigung der Mitglieder der LP 28

Die Junta hatte die Armee aufs Land geschickt, um die Großgrundbesitzer zu enteignen. In Wirklichkeit besetzten die Soldaten gemeinsam mit rechten Terrorbanden vor allem solche Dörfer, in denen sich Bauern gewerkschaftlich organisiert hatten. Sie töteten Landarbeiter, Frauen und Kinder und zündeten die Dörfer an. Die enteigneten Grundstücke wurden vor allem Mitgliedern von ORDEN zugewiesen, die in jedem Dorf organisiert sind, aber auch Parteimitgliedern von Christdemokraten. Dies zeigt deutlich, daß die Regierungsjunta zumindest über Teile der Armee keinerlei Macht hat.

Die Unternehmerorganisation APRA hatte zwar für den Fall eines Ausnahmezustandes mit einem "Unternehmerstreik" gedroht (Schließung der Läden und Fabriken), ließ es dann aber bei diesen Drohungen bewenden. Unternehmer und Großgrundbesitzer haben allerdings schon seit längerem eine neue Partei gegründet, die OLC (= Organisation zur Befreiung vom Kommunismus) und koordinieren über sie die Durchsetzung ihrer Interessen.

Dagegen sahen sich die linken Bewegungen ernsthaft bedroht und riefen für den 17. März einen Generalstreik aus, den 400 000 Arbeiter unterstützten. Durch diesen Streik wurden etwa 70% der Produktion des Landes lahmgelegt. Wieder kam es durch das Eingreifen der "Sicherheits"organe zu über 100 Toten und zahlreichen Verletzten.

»Der 22. und danach«

Einen ausführlichen Einblick in die Lage in El Salvador seit dem Putsch und besonders seit der großen Demonstration im Januar gibt ein Brief, der uns von einem Freund aus El Salvador erreichte, der die Ereignisse aus nächster Nähe verfolgen kann:

"(...) Nach dem Scheitern des reformistischen Versuchs der 75 Tage ist abzusehen, daß die offene Konfrontation nicht mehr zu vermeiden ist. Die Rechte - bis an die Zähne bewaffnet und Hand in Hand mit der Polizei arbeitend - hat zum Bürgerkrieg schon aufgerufen. Auf dem Lande agiert die Guardia Nacional nach eigenem Gutdünken und jagt die Campesinos. Das ganze Land ist quasi militärisch besetzt, Patrouillen, Razzien. Täglich bringt die OLC Gewerkschafter und linke Organisatoren um, die sie auf ihren Listen stehen hat. - Die linke Guerrilla andererseits fährt fort mit ihren üblichen Operationen: Selbstjustiz an Mördern und Folterern, Racheattentate, Besetzungen von Ortschaften für kurze Zeit zum Zweck von Propaganda-Meetings und der Waffenrequirierung. Das ganze Land erstickt in einer Flut von Gewalttätigkeit und Blut.

Mit der neuen Einheit hat die Linke deutlich an Terrain gewonnen, ist aber noch lange nicht stark genug, um das Abenteuer eines Aufstands wagen zu können. Sie muß Zeit gewinnen, - denn daß der Bürgerkrieg kommen muß ist sicher. Die Sozialdemokratie (MNR - Movimiento Nacional Revolucionario), die hier kaum eine soziale Basis hat, besonders nach der totalen Polarisierung in linke Einheit und rechte Sammlung (mit der unglücklichen PDC zwischen den Stühlen, auch wenn es Ministersessel sind), scheint sich dem linken Bündnis zu nähern. Das würde eine große Bereicherung bedeuten, insofern als sie ein großes internationales Ansehen hat (...).

Die Diplomatie der USA spielt wie immer mit mehreren Karten, die sie gut versteckt vermischt. Der Besuch von Bowdler - Spezialgesandter und Krisenmanager der Region - hatte zum offiziellen Ergebnis die volle, besonder ökonomische Unterstützung der Junta. Aber auch den USA ist klar, daß diese Regierung nur

eine Scheinregierung ist. Die guten Verbindungen zur Ultrarechten sind bekannt, auch wenn damals Carter nach dem Putsch diesen als eine demokratische Lösung pries und die Rechte sich dadurch verraten fühlte. So wird über die wahre Absicht des Botschafterwechsels spekuliert, und es ist durchaus möglich, daß ein Rechtsputsch vorbereitet wird. Das bedeutet dann allerdings den Bürgerkrieg. Jedenfalls wurde bekannt, daß ein Ergebnis der Rundreise von Bowdler in der Region war, einen 'cordon sanitaire' um El Salvador zu legen, um das Einschmuggeln von Waffen für die Linke zu verhindern. (Die Rechte hat mit der Waffenbeschaffung aus den Arsenalen keine Probleme.) Die Spekulationen über eine direkte militärische Intervention sind nicht ganz ernst zu nehmen, auch wenn die Oligarchie dies gern sähe. Einige Linke befürchten zwar, als Reaktion auf Afghanistan sei es gut möglich, die meisten meinen aber, daß gerade deshalb nicht interveniert wird, weil die Russen jetzt als Aggressoren und Imperialisten dastehen und die USA als 'Friedensengel'.

Auf jeden Fall werden die USA versuchen, die Revolution hier mit allen Mitteln zu verhindern, nötigenfalls zu zerstören. denn gemäß der alten Domino-Theorie ist ein sozialistisches El Salvador der Anfang vom endgültigen Ende der US-Vorherrschaft auf dem Isthmo (Landenge). Die Militärdiktaturen in Honduras und besonders in Guatemala wären demnach nicht mehr zu halten.

Abschließend möchte ich noch einen besonders wichtigen Aspekt für die Zukunft El Salvadors herausstellen:

Wenn ich sage, daß der Bürgerkrieg unausweichlich ist (wahrscheinlich noch dieses Jahr im Herbst - nach Euren Jahreszeiten), dann habe ich dabei ein sehr zweischneidiges Gefühl: einerseits besteht die Hoffnung, daß sich eine gerechtere Zukunft für das Land ergibt, andererseits besteht die Möglichkeit, daß es so ausgeht wie in Spanien 1939 oder in Chile, denn die Linke hat nicht 90% der Bevölkerung hinter sich, und die Rechte hat eine starke Basis in der Mittelklasse. Es kann sich also ein Patt ergeben und damit eine langandauernde Tragödie.

Eins ist auf jeden Fall sicher: hier wird mehr Blut fließen als in Nicaragua. - Das Land ist klein und überbevölkert, verfügt über eine relativ hohe Infrastruktur, und es gibt keine Gebiete, in die man sich zurückziehen könnte, die als 'befreite Gebiete' oder als Basen der Guerrilla ausgebaut werden könnten. (Die Aufreibung mehrerer FPL-Gruppen auf dem Land in den letzten Tagen bestätigen dies.) Die Entscheidungsschlacht muß in der Hauptstadt (ca. 1 Mio Einwohner) geschlagen werden, und dies wird ein schreckliches Gemetzel.

Es wird mehr Blut fließen als in Nicaragua. - Dieser Satz macht mich traurig, denn ich mag dieses Land und seine Leute. Aber ich weiß, daß es keinen Ausweg mehr gibt, und ich weiß auch, daß jahrelang hier schon viel Blut geflossen ist, ohne daß das bei uns irgendjemand auch nur zur Kenntnis genommen hat. - Deshalb meine Bitte an Euch:

- Stellt Euch schon jetzt auf eine breite Hilfskampagne ein, sammelt Medikamente und Verbandszeug und Geld!
- Tretet der verfälschenden Berichterstattung entgegen, organisiert gute Informationen und Solidarität!

Dieses Volk hat schon so viel gelitten und hat die Chance, sich unter riesigen Opfern zu befreien, vielleicht noch dieses Jahr."

Lange Zeit war den meisten von uns unklar, wie die Großgrundbesitzer und Unternehmer die Reformen der Junta in der Praxis blockieren, ohne in die Regierungsgeschäfte eingreifen zu müssen, oder einen Putsch durchzuführen.

Dies wird klar, wenn man weiß, daß die Junta nicht wie in Nicaragua die letzte Entscheidungsinstanz ist, sondern daß hinter ihr der "Rat der Streitkräfte" (COPECA) steht, der zu allen Beschlüssen seine Einwilligung geben muß. So hat es wenig zu bedeuten, daß in der fünfköpfigen Junta die Militärs eine Minderheit von nur zwei Mitgliedern stellen. Im Rat der Streitkräfte waren schon immer die Rechten Militärs in der Mehrheit. Und ihre Interessen sind die Interessen der Oberschicht, der sie entstammen.

So kündigten bald alle Parteien bis auf die PDC ihre Zusammenarbeit mit der Junta auf und begaben sich in die Opposition. Auch gab es immer wieder Rücktritte von PDC-Mitgliedern aus der Junta. So setzte sich vor einigen Tagen Hector Dada, der starke Mann aus der Mitte, der die Reformen konzipiert hatte, die am 6.3. verkündet wurden, von der Regierungsjunta ab - 10 Tage nachdem der Ausnahmezustand verkündet worden war. Seine Einschätzung seiner eigenen Politik und der Politik seiner Partei ist radikal und einleuchtend:

Die PDC und die Militärs hätten sich auf ein Programm der "Reformen mit Repression" geeinigt, wobei die PDC die Repression im Austausch gegen Reformen akzeptierte, während die Armee Reformen zuließ, um die Repression weiterführen zu können. (El Pais, 14.3.) - Der progressive und der reaktionäre Flügel der Armee seien sich darin einig, daß der Ausnahmezustand institutionalisiert werden müsse, da sich beide von den Volksbewegungen bedroht fühlten. - Während seiner Mitgliedschaft in der Regierung sei ihm klar geworden, daß es unmöglich sei, sich gegen Militär und Sicherheitskräfte durchzusetzen. Die Überfälle auf Kasernen dienen der Beschaffung von Munition. Ein weiteres Ziel der Guerilla-Aktionen ist die psychologische Zermürbung der Guardia.

Erzbischof Romero erklärte in einer Ansprache, Gewalt als letztes Mittel zur Durchsetzung der Rechte eines unterdrückten Volkes sei auch nach der katholischen Morallehre erlaubt.



Zusammenschluß der Linken

Da die Versprechungen der Junta nicht eingelöst werden, erhalten die linken Bewegungen, die sich zu einer "revolutionären Koordination der Massen" (Coordinación Revolucionaria de Masas, CRM) von Volksorganisationen, Guerrillabewegungen und linken Parteien zusammengeschlossen haben, immer mehr Zulauf. Auch die Sozialisten und der Foro Popular arbeiten mit der CRM zusammen; auch die linken Christdemokraten, die eine weitere Mitarbeit ihrer Partei in der Junta ablehnen, sind zu einer Mitarbeit bereit. Sogar kleine Unternehmer und Personen aus der Mittelschicht werden von der CRM um ihre Mitarbeit gebeten. "Ehrenwerte" Soldaten sind eingeladen, in ihren Reihen mitzukämpfen.

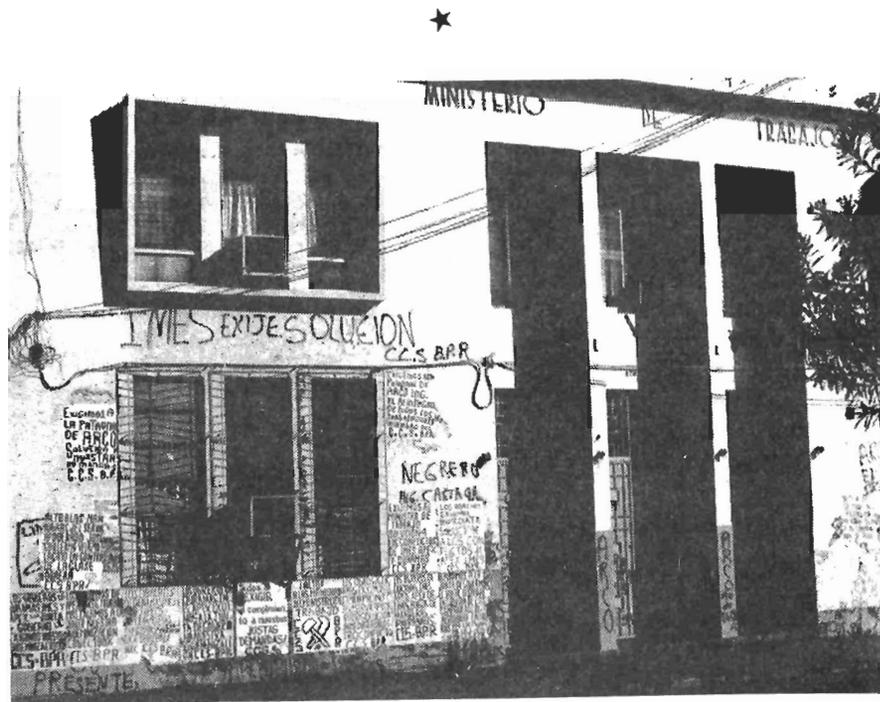
Die CRM stellt an die jetzige Junta eine Reihe von Forderungen: die Einlösung ihrer Versprechungen in bezug auf eine tiefgreifende Landreform, die Verstaatlichung der Banken und aller wichtigen Unternehmen, insbesondere derer, die in den letzten Monaten ihre Tore geschlossen haben, die Abschaffung der Geheimdienste und der illegalen Terrorgruppen sowie der Guardia Nacional. Es sollen endlich alle politischen Gefangenen entlassen werden. Außerdem fordert die CRM Organisationsfreiheit für Gewerkschaften sowie Meinungs- und Pressefreiheit.

Die CRM hält die Formierung einer "politisch-militärischen Kampfgruppe" aus allen bestehenden Guerrillagruppen zum gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur für unabdingbar zur Durchsetzung einer Revolution: durch die Besetzung von Radiostationen, Dörfern und Kirchen soll die Bevölkerung eine politische Unterweisung bekommen, aber auch im Gebrauch von Schusswaffen unterrichtet werden. -



Sinn der Verhängung des Ausnahmezustandes ist also nicht die Durchsetzung von Reformen, sondern die Festigung eines repressiven Regimes, das durch die Ankündigung einer Demokratisierung zu hohe Erwartungen in der Bevölkerung weckte. Nachdem diese Erwartungen nicht eingelöst wurden, droht ein Volksaufstand der durch verstärkte Repressionen verhindert werden soll. Hierbei spielt die zumindest psychologische Unterstützung durch die USA eine große Rolle.

Erzbischof Romero wendet sich daher heftig gegen jede Unterstützung El Salvadors durch die USA, die die Repression des Volkes durch das Militär unterstützt. In einem Brief an Präsident Carter verlangt er von diesem, die Unterstützung nicht zu gewähren und zu garantieren, daß die USA nicht militärisch eingreifen. Er ruft dazu auf, ihm in diesem Begehren durch eigene Briefe an Carter zu unterstützen und mit "allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, die Repression zu brandmarken, die die Bevölkerung El Salvadors daran hindert, sich von dem Elend zu befreien, in dem ihre Mehrheit steht." (Schreiben vom 20.2.).



KOLUMBIEN

Zur Botschaftsbesetzung

Sie kamen singend...

Sie hatten den ganzen Morgen in der Nähe der Nationalen Universität Fußball gespielt. An ihren Lärm hatten sich Wachen, Chauffeure und Personal der Dominikanischen Botschaft gegenüber schon gewöhnt. Kurz nach Mittag brachen sie ihr Spiel ab und zogen fröhlich singend an der Botschaft vorbei, just in dem Moment, als der US-amerikanische Botschafter vorfuhr. Unversehens verwandelte sich die Gruppe junger Sportler in das 'Kommando Jorge Marcos Zambrano' der Bewegung M-19 und drang in die Botschaft ein. Mit einem Schlag befanden sich 14 Botschafter (darunter Vertreter der USA, Österreichs, der Schweiz, Israels, Ägyptens, Mexikos, Venezuelas etc.), der Apostolische Nuntius und ungefähr 40 weitere Personen in Gewalt des M-19. Der schwedische Botschafter hatte den Empfang kurz vorher verlassen, da es ihm langweilig wurde, die Vertreter des Ostblocks befanden sich auf einem Begrüßungsempfang des neuen DDR-Botschafters.

Während ca. 1000 Militärs die Botschaft belagerten, drückten Hunderte von Studenten ihre Solidarität mit den Botschaftsbesetzern durch eine spontane Demonstration und Angriffe gegen die Militärs aus. Die Militärs schossen in die Studenten und verletzten mehrere. Gleichzeitig forderten der Nuntius und der mexikanische Botschafter die Truppen auf, sich zurückzuziehen, um ein Blutvergießen zu vermeiden.

Ein Leibwächter des US-Botschafters und ein Guerrillero, dessen Identität nicht geklärt wurde, da er falsche Papiere bei sich trug, wurden bei der Besetzung getötet, der paraguayische Botschafter wurde verletzt und eine Guerrillera erhielt einen Kopfschuß, wird aber in der Botschaft behandelt. Der paraguayische Botschafter wurde im Austausch gegen die Wiederherstellung der Telefonverbindung (2441478), die Übergabe eines Walkie-Talkie und ein erstes Gespräch mit dem kolumbianischen Kanzler dem roten Kreuz übergeben.

Die Regierung verhängte sofort eine absolute Nachrichtensperre für Radio und Fernsehen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung; inzwischen wird angenommen, daß auch die Presse nichts mehr berichten darf.

Mittlerweile wurden die ersten Berichte der freigelassenen Geiseln (Frauen, Kinder und Verletzte) über die Situation in der Botschaft veröffentlicht. Die Botschafterin Costa Ricas berichtet:

"Die ersten sechs Stunden waren sehr ungesund. (...) Als wir dann erfahren hatten, worum es ihnen ging, wurden sie (die Besetzer) sehr liebenswert und hilfsbereit. In der ersten Nacht (...) konnte ich kein Auge zutun und eine Gruppe Guerrilleros kam und fragte, ob sie mir helfen könnten, ob ich eine Schlaftablette wolle. Sie haben alles dabei und haben uns alles angeboten, außer Essen. (...)

Die Gruppe ist sehr groß und gut ausgerüstet. Sie haben die nötigen Waffen, um im Falle eines Angriffs ihr Vorhaben auszuführen. Sie sind bereit, ihr Leben zu geben, obwohl sie es sehr hoch schätzen. (...)

Ich war beeindruckt von der Bildung besonders einer der Guerrilleros. Wir sprachen über Neruda und verschiedene Herrschaftssysteme, wobei sie keine Propaganda für linke Systeme machte, sondern die Forderung nach wirklicher Demokratie vertrat."

Man muß auch darauf hinweisen, daß die Freilassung des österreichischen Botschafters, dessen Frau lebensgefährlich krank ist, dem Bild einer botschaftsbesetzenden Guerrillagruppe einen neuen Aspekt hinzufügt.

Für das Image im streng katholischen Kolumbien selbst ist allein die Tatsache wichtig, daß der Nuntius jeden Morgen die Messe zelebriert.

Es besteht die Möglichkeit, jederzeit in der Botschaft anzurufen und mit den Insassen, Botschaftern und Besetzern, zu sprechen.

Zur Geschichte von M-19

Ein Führer von M-19 stellte die Entstehung und Zielsetzung seiner Organisation folgendermaßen dar:

(aus der mexikanischen Zeitschrift Proceso)
Wir haben den Namen "Bewegung des 19. April" gewählt, weil wir dem Volk zwei Dinge ins Gedächtnis rufen wollen: erstens soll es nicht den 19. April 1970 vergessen, als die ANAPO die Präsidentschaftswahlen gewann, die Präsidentschaft aber dem offiziellen, konservativen Kandidaten der "Nationalen Front" Misael Pastrana Borrero übertragen wurde, und zweitens und wichtiger: damit das Volk sich darüber Rechenschaft ablegt, daß man durch Wahlen nicht an die Macht kommen kann."

Frage: Welche konkreten Vorstellungen haben Sie als politisch-militärische Organisation und wie würden Sie Ihre Stellung innerhalb des revolutionären Prozesses in Kolumbien beschreiben?

M-19: Wir gehen davon aus, daß die Guerrilla allein keine Massenbewegung schaffen kann; sie schafft Bewußtsein, das ja; aber allein kann sie nicht die Macht erringen. Wir sehen die kolumbianische Bewegung als einen kriegerischen Prozess, an dem das ganze Volk beteiligt ist, und zwar jeweils organisiert nach seinen jeweiligen Interessen, wodurch die Interessen der Massen zusammengefaßt werden: diese Organisationen waren und sind das Wichtigste im revolutionären Prozeß.

Wir meinen, daß die Machtergreifung sich in kleinen Erfolgen zeigt; aber diese Erfolge muß man verteidigen, indem man stärkere Organisationen schafft und diese auch militärisch verteidigt: z.B. Selbstverteidigungsguerrillas, mobile Guerrillagruppen etc. - bis zu der allmählichen Entstehung einer regelrechten Armee, die eine historische Notwendigkeit ist, um die Macht unter den Bedingungen des Untergrundkampfes zu erringen."

Die erste Aktion von M-19 war der Raub der Schulterstücke und des Säbels des Generals Simon Bolivar, einer der Führer der Unabhängigkeitskriege. Es war ein symbolischer Akt, mit dem M-19 klarmachen wollte, daß das Volk so lange kämpfen wird, bis das Land wirklich frei, unabhängig und demokratisch sein wird. Es folgten kleinere Aktionen, die weniger Aufsehen erregten. 1973 entführten Mitglieder von M-19 den Gewerkschafter José Raquel Mercado. Er wurde als "Volksverräter" bezeichnet und umgebracht. Diese Aktion wurde von allen Volksorganisationen und linken Gruppen streng verurteilt und entzog der Bewegung viele Sympathien. Es folgte eine Zeit relativer Ruhe, in der eine politische Plattform ausgearbeitet wurde. Nur wenige Aktionen wie die Entführung von Lastwagen mit Lebensmitteln und deren Verteilung in Elendsvierteln fanden statt.

Mit einem neuen Konzept vom Guerrillakampf trat M-19 im August 1977 an die Öffentlichkeit: Bei dem großen Unternehmen Indupalma streikten die Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen. Am 27.8. entführte M-19 den Leiter des Unternehmens, der während seiner Gefangenschaft eine Änderung des bereits abgeschlossenen Tarif-

vertrags zugunsten der Arbeiter zugestand, die vom Unternehmen auch offiziell anerkannt wurde. Diese Aktion hatte die Sympathien der Linken. M-19 äußert sich in dem Interview mit Proceso folgendermaßen dazu:

"Unsere Geschichte und die Geschichte aller Völker haben gezeigt, daß in der Politik der Purismus nicht funktioniert. - Wenn wir eine Aktion wie die von Indupalma durchführen, dann ersetzen wir nicht die Arbeiter. Sie machen den Streik und der Streik entwickelte sich nach der Entführung von Ferreira Neira (Leiter von Indupalma) weiter. Diese Aktion, die paternalistisch erscheinen könnte, unterstützte die Interessen der Arbeiter, und auch die Erfolge lassen sich auf die Entführung zurückführen. Man kann die Macht nicht von einem auf den anderen Tag erringen wie bei einem Staatsstreich: die Macht muß langsam angesammelt und errungen werden, und zwar alle Tage, auch in den kleinsten Dingen.

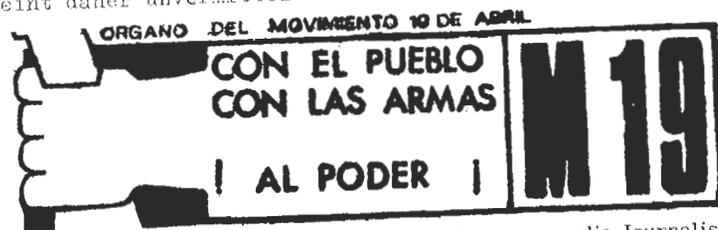
Nach dem Streik bei Indupalma gab es kämpferische Streiks, wie die der Erdölarbeiter. Streiks, in denen konkrete Kampfformen entwickelt wurden, Kampfformen, die sehr verschieden sind von den traditionellen Formen gewerkschaftlichen Kampfes. Der letzte Fall ist der Streik der Finanzangestellten, die die mexikanische Botschaft besetzten (vgl. LN 77). Das ist nicht traditionell, aber es zeigt zumindest der internationalen Öffentlichkeit die Probleme der Arbeiter und zwingt den Staat, sie anzuerkennen. dies ist eine weitere Form der Ansammlung von Macht.

Wenn wir Lastwagen mit Nahrungsmitteln enteignen und sie dorthin bringen, wo die Menschen buchstäblich nichts zu essen haben, wissen wir, daß dies in gewisser Weise eine populistische Aktion ist; aber wie gesagt, das sind nur Probleme für Puristen. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß man die Leute nicht erreicht, indem man über abstrakte Sachen redet. (...) Wir glauben, daß man die Leute nur mit konkreten Dingen ansprechen kann; das Volk irrt sich nicht bei konkreten Problemen. Wenn wir nur mit Ideologien zum Volk kommen, wird man uns vielleicht zuhören, aber mit etwas so Ungreifbarem kann man keine Organisation aufbauen. Wir erreichen die Massen, indem wir von ihren konkreten Interessen ausgehen. Wenn wir zum Beispiel einen Lastwagen mit Nahrungsmitteln bringend dann sagen wir ihnen: "Heute haben wir Euch das gebracht, aber eines Tages müßt Ihr das selbst enteignen."

Die spektakulärste Aktion war Anfang 79, in der Neujahrnacht, der Waffenraub aus einem Militärarsenal. Es wurden dabei über 5000 Waffen erbeutet, darunter das Gewehr von Camilo Torres. (vgl. LN 67) Die Regierung nahm die Aktion zum Anlaß, die große Verhaftungs- und Repressionswelle des letzten Jahres zu legitimieren. Zu dieser Zeit stellte sich immer dringender die Frage, wer eigentlich M-19 nun genau sei. Es wurde ein Kommuniqué von M-19 herausgegeben, in dem sich Jaime Bateman und Toledo Plata, ein Arzt, als die Führer der Bewegung bezeichneten. Bei beiden handelt es sich um Personen, die seit langem innerhalb der linken Bewegungen bekannt sind und ein hohes Ansehen genießen. Als die Regierung kürzlich bekanntgab, nach Beendigung der Kriegsverichtsprozesse würde sie den Ausnahmezustand aufheben, da die bewaffneten Gruppen ja liquidiert seien, boten Toledo Plata und Bateman der Regierung an, sich zu stellen und alle Verantwortung auf sich zu nehmen, wenn die politischen Gefangenen freigelassen würden, denn sie seien unschuldig, und wenn sofort der Ausnahmezustand aufgehoben würde. Die Regierung nahm das Angebot nicht an.

Die Gruppe gibt regelmäßig monatlich eine Zeitschrift heraus, die breit verschickt wird. Darin wird allerdings weniger die ak-

tuelle Situation analysiert, als zum bewaffneten Kampf gegen die Ausbeuter aufgerufen. Im November erschien ein Flugblatt, in dem M-19 die 'institutionalisierte Gewalt' anprangert. Im Mittelpunkt steht das Recht auf die Verteidigung der Menschenwürde gegen institutionalisierte Gewalt und Ungerechtigkeit. Die Symptome der Ungerechtigkeit werden benannt, die Wurzeln jedoch nicht einmal ansatzweise - analysiert. So wird kein Zusammenhang zwischen den Ursachen der Situation der Ungerechtigkeit und den Kampfformen hergestellt. Der Aufruf zum Verteidigungskampf erscheint daher unvermittelt.



Zur Botschaftsbesetzung gibt es mehrere Telefoninterviews die Journalisten mit den Besetzern führten:

(Espectador Todelar)

- Welches sind Ihre Forderungen?

"Wir fordern den sofortigen Rückzug der Truppen, die Freilassung von politischen Gefangenen, einen Dialog mit der Regierung, 50 Mio US-\$ und die Veröffentlichung eines Kommuniqués in der nationalen Presse und in allen Ländern, aus denen wir Geiseln haben. (...) In dem Kommuniqué fordern wir ein wirklich demokratisches System und Freiheit für die politischen Gefangenen. Danach ist auch diese Operation benannt: 'Freiheit und Demokratie'. Wir wollen die Weltöffentlichkeit darüber informieren, daß in Kolumbien politische Gefangene existieren. (...) Das Kommando trägt den Namen eines Gefangenen, der vor 5 Tagen in Cali zu Tode gefoltert wurde: Marcos Zambrano. (...) Wir sind darauf vorbereitet, einen oder auch zwei Monate hier auszuharren. Das hängt von der Regierung ab, nicht von uns. Wir sind auf alles vorbereitet. (...)"

"Wir haben eine Liste aufgestellt mit den Namen von 311 politischen Gefangenen, die freigelassen werden sollen. Die ist nur ein geringer Teil der politischen Gefangenen, die es im Land gibt. Es sind weit mehr als 1000. (...) wir sind bereit, über einige der Forderungen zu verhandeln, aber die Hauptforderung ist die Freilassung der politischen Gefangenen. (...) Diese bewaffnete Aktion zur Befreiung bereiten wir seit 6 Monaten vor. (...) M-19 ist eine politisch-militärische Organisation, das heißt, daß die Kader sowohl eine politische als auch eine militärische Ausbildung erhalten, so wie sie im alltäglichen Kampf nötig ist."

- Erwarten Sie von der Botschaftsbesetzung die Annäherung an einen politischen und sozialen Wandel?

"M-19 sieht es als notwendig an, alle Formen des Kampfes zu kombinieren, um an die Macht zu kommen. Wir benutzen auch legale Wege! Unsere Organisation entstand, als man uns 1970 den Wahlsieg stahl. Aber wir haben niemals geglaubt, daß man in diesem Lande über Wahlen an die Macht kommt. Die Wahlen sind ein Mittel des Kampfes."

- Also unterstützt M-19 einen Kandidaten?

"Wir sind der Ansicht, daß die Leute selbst ihren Kandidaten wählen können. Wahlen sind immer dann nützlich, wenn es eine breite demokratische Bewegung gibt, die nicht nur die linken Gruppen zusammenfaßt, sondern das Volk allgemein vertritt.

Im Folgenden bringen wir Auszüge aus einem Interview, daß Alternativa mit den Botschaftsbesetzern führte:

ALT: Wird eine Aktion dieser Art nicht zu einer verstärkten Repression von Seiten der Militärs führen?

Kommandant I: Klar. Aber wir wissen, daß jede Auswirkung ihre Ursachen hat und jede Ursache ihre Auswirkungen.

ALT: Warum wurde sie genau vor den Wahlen durchgeführt?

KI: Weil sie einfach geplant war.

ALT: Was glauben Sie, was geschehen wird?

KI: Wir glauben, daß die Regierung verhandeln wird. Auf alle Fälle sind wir auf alles vorbereitet.

ALT: Glaubt Ihr nicht, daß sich die Verhandlungen so lange herauszögern können, bis Ihr nicht mehr in der Lage seid, dem Militär Widerstand zu leisten?

KI: In diesem Fall sprengen wir das Gebäude in die Luft.

ALT: Auf welche Art kann diese Aktion der Entwicklung der Volkskämpfe förderlich sein oder sie auch bremsen?

KI: Wir glauben, daß sie dem Prozeß hilft und ihn beschleunigt: Es ist eine Erinnerung an so manchen Genossen und Kämpfer, der sogar von seiner eigenen Organisation vergessen wurde. Daß wir deren Freiheit fördern, ist ein Stimulus. Es geht um Kämpfer, die wir hoch schätzen, auch wenn ihre Ideologie oft nicht unserer entspricht, aber sie haben ihr Leben gewagt, in diesem Moment sind sie gefangen und verdienen die Freiheit.

ALT: Es handelt sich also nicht nur um Leute des M-19, sondern auch um Gefangene anderer Organisationen?

KI: Sicher. Es sind Gefangene der FARC, des ELN und EPL, von Arbeiter-Studenten- und Bauernorganisationen,

ALT: Habt Ihr auch einkalkuliert, daß eine Aktion von diesem Umfang eine solche Entstabilisierung vorantreiben kann, daß ein Militärputsch stattfindet?

KI: Wir haben das bedacht. Aber es hilft der Regierung auch nichts, wenn sie glaubt, die Militärs könnten die Situation im Land verbessern.

ALT: Der Kampf von M-19 entwickelt sich zu einem Kampf zwischen militärischen Apparaten, M-19 und dem Militär, bei dem das Volk ausgeschlossen wird.

KI: Was wir seit unserer Entstehung vermieden haben, ist das Sich-Verlieren in theoretischen Polemiken. Wir glauben, daß die Theorie aus der Praxis entsteht. Und die Praxis korrigiert die Theorie. Mit anderen Worten: das Problem ist das der Einheit von Theorie und Praxis. Es würde mich freuen, wenn all die Genossen, die sich dem Nachdenken über die Revolution widmen, sie auch praktizieren würden. Es kann sein, daß wir uns irren, wir haben nie behauptet, die ganze Wahrheit gepachtet zu haben, aber wir arbeiten und dazu stehen wir auch.

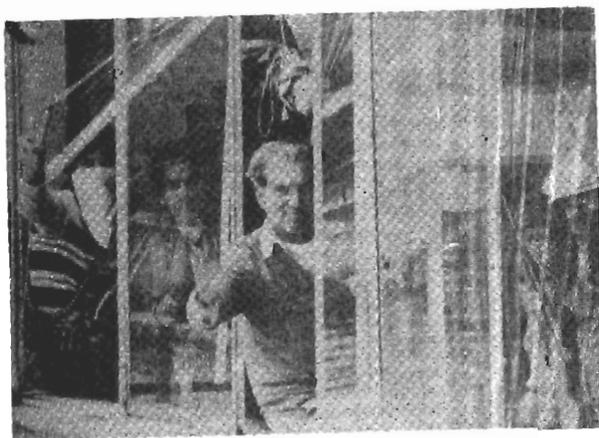
ALT: Ihr habt sicher die Möglichkeiten der Verhandlung mit der Regierung abgeschätzt. Was glaubt Ihr, welches die positiven politischen Resultate sein könnten, wenn die Regierung nicht zu Verhandlungen bereit ist?

K1: Es scheint uns, daß der internationale Druck die Regierung zwingt, zu verhandeln. Aber ob mit oder ohne Verhandlungen, die Regierung wird dabei schlecht wegkommen. Das wird erst hinterher deutlich werden, denn wir wollen ja nicht das Exil wegen des Exils, sondern wir fordern die Freilassung, um zu arbeiten.

Alternativa veröffentlichte weiterhin ein Gespräch mit dem Kommandanten fünf.

ALT: Uns scheint, daß die fehlende Organisation und das fehlende politische Bewußtsein des kolumbianischen Volkes es ihm schwierig machen werden, der Repression zu widerstehen, die eure Aktion mit Sicherheit jetzt auslöst. Wenn Ihr das auch so seht, weshalb provoziert Ihr solche Reaktionen?

K5: Das Volk versteht sehr wohl und antwortet auch. Wer nicht versteht, ist die traditionelle Linke. Und uns interessiert es nicht, was die traditionelle Linke denkt. Das Volk im allgemeinen versteht viel, es will, daß die Leute kämpfen und will einen Wandel. (...) Wir halten die Wahlen auch für ein wichtiges Mittel im Kampf, aber nicht für das entscheidende.



ALT: Und wie seht Ihr die Reaktion des Volkes auf diese Art von Aktivitäten?

K5: Das Volk hat uns immer unterstützt und war immer mit uns. Es wartete sogar auf unser Erscheinen.

ALT: Glaubt Ihr nicht, daß solche Aktionen dem Volk nur als ein weiteres Element der Unsicherheit erscheinen, der Gewalt und der gegenwärtigen Zersetzung, und daß es an einem bestimmten Moment vor allem Ordnung fordern wird?

K5: Nein, das glauben wir nicht. Früher haben wir uns zurückgehalten. Aber das Volk verlangt, daß ihm neue Kampfformen gezeigt werden, daß man ihm zeigt zukämpfen, damit es nicht passiv der Repression gegenübersteht. Die Bauern z.B. verlangen das von einem. Und die traditionelle Linke hat sich zurückgehalten.

ALT: Wie äußert sich dies Verlangen des Volkes konkret?

K5: In der Arbeit, die wir mit den Arbeitern, Bauern, Gewerkschaften machen, fordern die Leute das. Man beschneidet sich ja selbst, wenn man ständig um die Regierung heruntanzt und nur ganz

kleine Kämpfe ficht, ohne das Problem des Kriegs anzugehen. Wir verstehen dies als ein Problem des Kriegs und im Krieg muß man kämpfen und nicht nur zubeißen.

ALT: Aber diese Art von Aktionen kann zu einer ähnlichen Situation wie in Argentinien vor dem Militärputsch führen, d.h. zu einer Radikalisierung der extremen Rechten und einer politischen Gewalt, die die Machtergreifung der Militärs legitimiert.

K5: Ich glaube nicht, daß sich die Situation im Moment dorthin entwickeln kann. Trotzdem dürfen wir Revolutionäre nie unsere Rolle vergessen, nämlich den Prozeß zu beschleunigen.

ALT: Noch einmal genauer: Führen diese Methoden nicht zu einer "Argentinisierung"?

K5: Nein, das glauben wir nicht. Auf alle Fälle müssen wir dorthin gelangen. Und die Basis muß antworten. Das Volk muß sich organisieren. Es kann nicht beim Wahlkampf stehen bleiben.

ALT: Aber wißt, daß die Organisationen der Linken sehr begrenzt arbeiten und die Massen im allgemeinen nicht vereinigen. Die Volksektoren sind nicht widerstandsfähig und haben - außer einigen Mitgliedern linker Organisationen - nicht wirklich die Möglichkeit, sich gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen.

K5: Damit bin ich nicht einverstanden. Wir dürfen nicht vergessen, daß das kolumbianische Volk reich an Kampferfahrungen ist: es ist ein kämpferisches Volk. Was passierte war folgendes: die Linke hat das Volk passiv gehalten, sie hat nicht zugelassen, daß es aus der Passivität herauskam. Das Volk selbst wollte, aber seine eigenen linken Führer aber es zurückgehalten. Dem Volk zeigte man nie zu kämpfen, man glaubt, daß die, die kämpfen lernen, Leute sind, die fünf oder zehn Jahre in einer linken Gruppe organisiert sind, aber das ist nicht so. Ich persönlich denke so und das ist auch die Vorstellung von unserer Organisation."

Die Ursachen solcher Aktionen sind nur im Kontext der zunehmenden Repression und dem ständigen Verlust politischer und sozialer Menschenrechte zu verstehen. Nach

Alternativa, einer kolumbianischen Wochenzeitschrift, die von dem Schriftsteller Gabriel García Márquez geleitet wird, handelt es sich "um verzweifelte Antworten, die isoliert sind vom nationalen politischen Kontext und der Situation der Massenbewegungen." Alternativa schreibt weiter: "Zum anderen können solche Aktionen von avantgardistischen Gruppen nicht die Volksbewegungen ersetzen. (...) Es geht nicht darum, sich von Aktionen gegen die Regierung zu distanzieren, weil sie eine verstärkte Repression herausfordern könnten. Der Nationale Generalstreik von 1977 (vgl. LN 52) entfachte die gesamte repressive Kapazität des Staates und trug mit zur Schaffung des Sicherheitsstatuts bei. Aber er stellt auch eine kollektive Erfahrung dar, wo die ausgebeutete Bevölkerung sich ihrer Kraft bewußt wurde und bewies, daß sie fähig ist, das gesamte Land lahmzulegen. (...) Dagegen verhindern Aktionen wie die Besetzung der Botschaft die Anwesenheit und Beteiligung der Massen in dem politischen Kampf gegen das Regime. Während des Generalstreiks war der größte Teil der Bevölkerung auf irgendeine Art an der Aktion beteiligt. (...) Aber vor so einer Tat wie der Besetzung der Botschaft wird das Volk zum einfachen Zuschauer, passiv und voller Erwartung, ohne Möglichkeit der Kontrolle, obwohl die Entwicklung es ohne Zweifel betrifft. (...)"

»Ich bin der einzige politische Gefangene...«

Laut Aussage des Justizministers Escobar Sierra wurden seit Erlaß des Sicherheitsstatuts im September 78 (vgl. LN 63ff) 68 000 Menschen festgenommen. Viele davon wurden gefoltert oder mißhandelt, die meisten wurden nach einiger Zeit wieder freigelassen. Gegen die 311 politischen Gefangenen, deren Freilassung M-19 fordert, wird zur Zeit in Kriegsgerichtsprozessen vorgegangen, einige von ihnen sind kürzlich zu den Höchststrafen verurteilt worden. Trotzdem wagte es der Präsident Turbay, bei seinem Staatsbesuch in Europa vor ausländischen Journalisten in Kolumbien, da er schon seit Monaten zuge politische Gefangene in Kolumbien, da er schon seit Monaten nicht mehr aus dem Präsidentenpalast herausgekommen sei." Die Regierung bestreitet die Existenz politischer Gefangener, es gäbe nur gewöhnliche Verbrecher in den Gefängnissen, aber sie würden gern nach politischen Gefangenen suchen. Diese Menschen, deren Freilassung M-19 fordert, sind nach Angaben der Regierung nicht wegen ihrer politischen Meinung verhaftet worden, sondern wegen gewöhnlicher Verbrechen. Die Gedankengänge der Herrschenden verlaufen etwa folgendermaßen: Die Kriminalitätsrate liegt in Kolumbien sehr hoch. Trotz des seit 30 Jahren herrschenden Ausnahmezustandes stieg sie in den letzten Jahren rapide an. Die bürgerliche Rechtsprechung wird mit der ansteigenden Kriminalität nicht fertig. Die Regierung erklärte deswegen den juristischen Notstand und übertrug Teile der Rechtsprechung an die Militärjustiz. Alle diejenigen Delikte, über die das Militär zu urteilen hat, sind im Sicherheitsstatut definiert. Es geht um Raub, Mord und Mitgliedschaft in kriminellen Vereinigungen. Die Effizienz von Militärgerichtsbarkeit und Sicherheitsstatut wurde durch die Festnahme von Tausenden von 'antisozialen Elementen' bewiesen. Ein Offizier namens Nyungo verkündete im letzten Jahr öffentlich, es sei besser, einen Unschuldigen zu verurteilen als einen Schuldigen frei rumlaufen zu lassen.

Zur Zeit beruft sich die Regierung auf die Verfassung, die es ihr beim besten Willen nicht erlaube, Gefangene freizulassen. De facto haben die Regierungen Kolumbiens in den letzten 30 Jahren während der meisten Zeit den Ausnahmezustand verhängt. Während dieser Zeit nimmt die Macht des Präsidenten zu, der Dekrete erläßt ohne den Kongreß zu Rate zu ziehen, die oftmals auch der Verfassung widersprechen. Somit ist inzwischen der Ausnahmezustand zur Regel geworden, der Staat zum Ausnahmezustand, bei dem es eine Ausnahme ist, wenn er betont, er könne keine Ausnahme machen. (vgl. LN 7, zur juristischen und politischen Einschätzung: Umkehrung des Rechts)

Der Ausnahmezustand bedeutet, daß die Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben ist. Doch - wie wir auch in dieser Situation feststellen können - sind die Machtbefugnisse nur scheinbar auf den Präsidenten konzentriert. Die Militärs übernehmen angesichts der Krise der bürgerlichen Institutionen mehr und mehr die Macht im Staate. Ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes ist im übrigen groß, da sie während dieser Zeit doppelte Gehälter erhalten, die Beförderungszeiten stark verkürzt werden und es vielen in den ca. 30 Jahren ziemlich uneingeschränkter Macht gelang, sich durchaus gewinnbringend am Schmuggelgeschäft zu beteiligen.

Operation: »Demokratie und Freiheit«

»Denn wir wissen, daß die Besetzung von Botschaften zur Zeit das einzige Mittel ist, um gegen Repression und steigende Lebenshaltungskosten zu protestieren«, erklärten die mit den Botschaftsbesetzern solidarischen Studenten.

Eine weitere Forderung der Botschaftsbesetzer besteht darin, daß die Regierung endlich zugeben soll, daß politische Gefangene gefoltert werden. Abgesehen davon, daß es laut Regierung keine politischen Gefangenen gibt, die demnach auch nicht gefoltert werden können, ordnete Turbay Ende 78, als Berichte und Zeugenaussagen über Folterungen und willkürliche Verhaftungen überhandnahmen, eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft an, um die Nichtexistenz von Folter zu beweisen. Es wurden dann weitere Untersuchungen von Kommissionen des gerichtsmedizinischen Instituts des Parlaments, des Stadtrats von Bogotá etc. durchgeführt. Die Untersuchungsberichte bewiesen, daß Gefangene in den Militärinstitutionen psychisch und physisch gefoltert und mißhandelt werden. Die Regierung, die sich darauf beruft, eine demokratische zu sein, müßte demzufolge den Berichten der Institutionen, die die Untersuchung durchführten, Gehör schenken, und Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu ändern. Die Reaktion der Regierung aber war die Negation ihrer eigenen demokratischen Institutionen; der Direktor des gerichtsmedizinischen Instituts wurde entlassen, weil die Untersuchung ergeben hatte, daß viele der untersuchten Gefangenen in der Zeit ihrer Haft in den Militärinstitutionen sich Wunden und Verletzungen zugezogen hatten, die durch äußere Einwirkung verursacht worden waren. Die anderen Untersuchungen wurden z.T. veröffentlicht, z.T. verschwanden sie in den Archiven; sie wurden allesamt als böseartige Verleumdungen des kolumbianischen Staates bezeichnet.

In diesem Sinne ist die Forderung der Botschaftsbesetzer, die Regierung solle endlich zugeben, daß in Kolumbien gefoltert wird, die Forderung nach der Anerkennung demokratischer Institutionen durch die Regierung.



Die Hauptforderung ist die Freilassung von 311 politischen Gefangenen. Diese Forderung bedeutet noch lange nicht, daß es sich bei den Gefangenen um - wie man in der bundesdeutschen Presse lesen kann - drückt - "Gesinnungsgenossen" handelt. Aber mit ziemlicher Sicherheit kann man behaupten, daß allen diesen Gefangenen 25-30 Jahre Gefängnis auf der Insel Gorgona, einem der meistgefürchteten KZs, bevorstehen. Über die Willkür der Militärs berichteten wir

in den letzten Nummern häufig: die Festnahmen geschahen ohne Haftbefehl oder der Haftbefehl wurde im Hause der Verhafteten ausgefüllt. Die Militärs gaben sich oft nicht als solche aus, sondern sagten, sie seien gekommen, um den Betreffenden zu töten. Es wurde den Gefangenen nicht gesagt, weshalb sie festgenommen wurden. Sie wurden sofort gefoltert, ohne daß man ihnen dabei Fragen stellte. "Wir sind im Krieg und ihr habt den Krieg verloren, deshalb können wir mit Euch machen, was wir wollen", sagte ein Folterer zu einem der Gefangenen. Unter Folter und Drogen wurden die Gefangenen gezwungen, Geständnisse zu unterschreiben, an die sich viele nicht mehr erinnern. "Ich weiß gar nicht mehr, wieviele Papiere ich unterschreiben mußte." Die Gefangenen mußten unterschreiben, daß ihnen bei der Festnahme nichts gestohlen wurde und daß sie nicht gefoltert wurden. Und sie mußten Blankopapiere unterschreiben. Ein Gefangener, Henry Rivera, wurde verhaftet und gefoltert, nicht etwa, damit er seine eigene Schuld zugibt, sondern damit er drei Arbeitskollegen vor den Untersuchungsrichter beschuldigt, der Bewegung M-19 anzugehören. Im Falle der Weigerung, so wurde ihm angedroht, würde er erschossen. An dem Tag, an dem er vor dem Untersuchungsrichter aussagen sollte, wurden seine alte Mutter und ein jüngerer Bruder ebenfalls verhaftet, quasi als Geiseln, und falls er nicht den Befehlen der Militärs gehorchen würde, drohte man ihm an, auch sie zu foltern. Die Verteidiger sind häufig selbst Militärs, man verbot den Gefangenen, einen eigenen Anwalt zu nehmen oder verbot den Anwälten, mit ihren Mandanten zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, daß das Leben der Gefangenen gefährdet ist und nur durch eine Befreiungsaktion gerettet werden kann, denn legale, demokratische Mittel werden von Regierung und Militärs nicht anerkannt. Aber ob nun diese Botschaftsbesetzung das Leben der Gefangenen rettet, ist eine andere Frage.

Das Spiel der Kräfte

Die Forderung nach der Freilassung der Gefangenen drängt die Regierung in eine schwierige Position gegenüber den Militärs, die doch in der letzten Zeit ihre gesamten Kräfte benutzen, um gerade diese Leute zu fassen und zu verurteilen. Das letzte Wort über ihre Freilassung haben also die Militärs und die haben sich entschlossen geweigert, überhaupt zu den Verhandlungen ihre Zustimmung zu geben. - Allerdings spielt der internationale Druck eine wesentliche Rolle. Eine einheitliche Position der Länder, deren Botschafter als Geiseln gehalten werden, könnte die Verhandlungen weitgehend beeinflussen. Davon ausgehend, daß der Aktionsradius der kolumbianischen Regierung zunehmend geringer wird und die Funktion der Regierung sich mehr und mehr darauf beschränkt, die Reproduktionsbedingungen für das internationale Kapital herzustellen und zu erhalten, entspricht die ökonomische und militärische Knechtung der kolumbianischen Bevölkerung den Interessen des Auslands. So ist es auch verständlich, daß kein gemeinsamer internationaler Druck zur Freilassung der Gefangenen zustande kommen kann, obwohl sich die Schweiz und Österreich dafür ausgesprochen haben und zu Verhandlungen bereit sind. Die USA und Israel empfehlen eine Politik der harten Hand. Falls jedoch ein solcher Druck noch zustande kommen sollte, was nicht wahrscheinlich ist, könnten sich weder Regierung noch Militärs ihm widersetzen. Im Moment allerdings sieht es eher so aus, als würde ein Sturm auf die Botschaft geplant. Spezialtruppen zur Guerrillabekämpfung sind aus der BRD, aus Großbritannien, Israel und den USA schon eingetroffen, aus der BRD wird ein spezielles lähmendes Kampfgas erwartet. Ein Militär, der nicht genannt werden möchte, gab vor wenigen Tagen bekannt, die Armee würde Pläne zur Erstürmung der Botschaft ausarbeiten.

Turbay, der sehr wohl weiß, wie wichtig es für seine Regierung ist, das Image von Demokratie im Ausland aufrechtzuerhalten, erklärte wiederholt, den Konflikt friedlich lösen zu wollen. Die Guerrilleros scheinen in den letzten Tagen ihre Forderungen herabgesetzt zu haben: eine neue Liste von 70 Gefangenen, deren Freilassung gefordert wird, wurde der Regierung überreicht und die Forderung von 50 Mio US\$ auf 10 Mio gesenkt. Die Regierung weigert sich nun aber, die sechste Verhandlungsrunde einzugehen. Inzwischen haben die Militärs offensichtlich auf eigene Rechnung einige Mechanismen in Gang gesetzt, die ein gespanntes Kriegsklima in der Nähe der Botschaft schaffen. Anwohner äußerten Befürchtungen eines Sturms auf die Botschaft, da schon Militärs sich nach dem Wert ihrer Häuser erkundigten.

Feuerwehreute untersuchten die Kanalisationsanlagen um die Botschaft, angeblich um nach "Leaks in der Gasleitung" zu suchen. - Turbay plant nun ein Treffen mit der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), um gemeinsam diesen Akt des Terrorismus zu verdammen und internationale Unterstützung für seine Politik zu bekommen. So kann die Regierung sich im Falle eines eigenmächtigen Handelns Vorgehens der Militärs elegant aus der Patsche ziehen: die OAS müßte dann den Konsequenzen bezüglich der internationalen Beziehungen, die eine militärische Aktion auf die Botschaft nach sich ziehen würde, begegnen.

Der »Volksentscheid gegen den Terrorismus«

Die Besetzung der Botschaft fand genau 13 Tage vor den Gemeinderatswahlen statt. Eine Zeitlang wurde angenommen, die Wahlen würden verschoben, aber als feststand, daß außer den Studentendemonstrationen keine Solidaritätsaktionen stattfanden, funktionierte die Regierung die Wahlen zum 'Volksentscheid gegen den Terrorismus' um. Zwar enthielten sich 80% der Wahlberechtigten der Stimmabgabe, aber die Zeitungen hier wie dort berichteten über die funktionierende Demokratie, wo 97% der Stimmen für die herrschenden Parteien abgegeben wurden.

★

Quellen: *Alternativa*, *Tiempo*, *Espectador*, *TAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Tagesspiegel*, *El País*, *El Periodico*, *Proceso*, Untersuchungsbericht der Kommission des Stadtrats von Bogotá

ARGENTINIEN

Interview mit zwei

Menschenrechtsorganisationen

Zu einer Veranstaltung zum vierten Jahrestag des Militärputsches in Argentinien kamen zwei Mitglieder von argentinischen Menschenrechtsorganisationen nach Berlin. Sie vertraten die "Madres de la Plaza de Mayo" und die CADHU (Comisión Argentina de Derechos Humanos – Argentinische Menschenrechtskommission). Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN hatten dabei Gelegenheit, ihnen einige Fragen zu der Arbeit ihrer Organisationen und zu ihrer Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage zu stellen.

LN: Da wir über die Arbeit der Mütter der Plaza de Mayo schon berichtet haben (vgl. LN 73) möchten wir zunächst gern etwas über die Aufgaben und die Arbeitsweise von CADHU erfahren.

CADHU: CADHU ist die Argentinische Menschenrechtsorganisation, deren Gründer fast alle ermordet oder verschwunden sind. Die beiden Arbeitsschwerpunkte von CADHU sind: 1) die öffentliche Anklage der Verletzungen der Menschenrechte, insbesondere seit der Machtübernahme durch die Militärs im März 1976, 2) die Solidarität mit den Opfern der Repression, mit den Opfern der Verletzung der Menschenrechte. Wer sind diese Opfer? Es sind die Angehörigen der Ermordeten, der Verschwundenen und der Gefangenen in Argentinien. Diese Solidarität sieht so aus, daß wir verfolgten Familienangehörigen die Reise ins Ausland bezahlen, denn meist werden nicht nur die Gefangenen und Verschwundenen von der Repression betroffen, sondern man verfolgt auch ihre Angehörigen. Außerdem haben wir ein Programm zur Familienzusammenführung. Wenn ein Gefangener das Land verlassen konnte, dann zahlt CADHU seinen Angehörigen die Reise, damit sich die Familie wieder zusammenfinden kann. Unsere dritte Aufgabe ist die Unterstützung von Kommissionen von Angehörigen, von Müttern und Familien in Argentinien selbst. Z.B. gibt es Kinder, die keinerlei Unterhalt haben, weil ihre Eltern verschwunden oder gefangen oder tot sind; sie leben bei ihren Großeltern oder sonstigen Verwandten, die meist nicht die Mittel zu ihrer Ernährung haben. Sie erhalten eine bestimmte Hilfe, etwa 300 Dollar für eine Zeit von sechs Monaten, was praktisch nichts ist. Aber wir müssen versuchen, mit unseren Mitteln möglichst vielen Familien zu helfen. Auch unterstützen wir Familien finanziell, die ihre gefangenen Angehörigen besuchen möchten, da die Gefängnisse in Argentinien meist in sehr entfernten Gebieten liegen. Die Familie muß reisen, hat Ausgaben, um den Gefangenen Essen und Kleidung zu kaufen, um einen Rechtsbeistand zu besorgen usw. Allerdings gibt es bei diesem Versuch, den betroffenen Familien direkt Hilfe zukommen zu lassen, große Probleme. Auch unsere Arbeit zur Veröffentlichung der Verletzungen der Menschenrechte kostet viel Geld: für die Zusammenstellung von Zeugenaussagen, den Druck von Dossiers etc. Außerdem müssen die Mitglieder von CADHU zu verschiedenen

Veranstaltungen reisen. Wir nehmen punktuell an den Sitzungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen teil, um dort durchzusetzen, daß der Fall Argentinien behandelt und die Junta verurteilt wird, was uns aber bisher noch nicht gelungen ist.

LN: Wie beurteilt Ihr die gegenwärtige Situation der Repression? Hat sich innerhalb des vergangenen Jahres etwas geändert?

CADHU: Hier kann ich nur meine persönliche Meinung sagen, aber ich gehe davon aus, daß die Mehrheit des Direktoriums von CADHU mit mir übereinstimmt. Es gibt sicher keine Verminderung der Repression. Wir haben Listen von Verschwundenen des vergangenen Jahres – sie sind nicht vollständig, aber wir haben doch eine sehr große Zahl von Namen. Sogar während des Besuchs der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verschwanden Menschen. Die Repression ist nicht geringer geworden. Was an eine Verminderung der Repression denken läßt ist der politische Plan der Militärs, der die Möglichkeit einer politischen "Öffnung" in Aussicht stellt. Viele Leute meinen, daß eine politische Öffnung natürlich auch zu einer Verminderung der Repression führen muß. Aber das ist keineswegs sicher. Die repressive Politik der Militärs – Folter, Ermordungen, Verschleppungen –, die CADHU als eine Politik des Völkermords charakterisiert, hat sich in ihrem Wesen nicht verändert.

LN: Wie beurteilt Ihr das Gesetz zur Toterklärung der Verschwundenen? (vgl. LN74)

CADHU: Dieses Gesetz ist nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechts, sondern auch das erste Gesetz, durch das eine Regierung eines zivilisierten Landes den Völkermord formal institutionalisieren will. Dieses Gesetz gibt der Regierung die Möglichkeit – unabhängig vom Willen der Angehörigen der Verschwundenen – diese nach ihrem Willen für tot erklären zu lassen. Für uns ist das wirklich ein völkermörderisches Gesetz.

MADRES: Auch das vorgelien der Militärs gegen Vertreterinnen der Mütter der Plaza de Mayo zeigt, daß die Repression unvermindert anhält. So wurde z.B. im Auto einer der Madres eine Bombe gefunden. Wir dürfen uns auch weiterhin nicht öffentlich versammeln und können uns nur heimlich treffen. Die Repression geht weiter, vielleicht in einer etwas verdeckteren Form. In den Jahren 1978 wurden unterschiedslos alle Oppositionellen verfolgt. Heute richtet sich die Repression gezielter gegen bestimmte Gruppen.

LN: Gegen wen richtet sich die Repression am stärksten?

MADRES: Gegen alle, die die Regierung für oppositionell hält. Gegen alle, die nicht wie die Regierung denken. Nicht nur gegen eine bestimmte Partei. Die Regierung unterteilt das Volk in gute und schlechte Leute. Und sie bestimmen, wer zu den Schlechten gehört. Darunter fallen auch ganz unschuldige Menschen.

LN: Wie schätzt Ihr die Tendenzen der Politik der Junta ein?

CADHU: Hierauf kann ich nur meine persönliche Meinung sagen. Ich glaube, daß die Militärjunta ein politisch-ökonomisches Projekt hat, das nicht nur eine Rückkehr zur Wirtschaft des Agrarexports ist, sondern darüberhinaus auch auf die Zerstörung der Organisation der Arbeiterklasse abzielt. Die Junta hat – zumindest formal und durch das Gesetz über die Berufsvereinigungen (vgl. LN 79) – die CGT (Central General de Trabajadores, argentinische Gewerkschaftszentrale) zerstört. Nachdem die Militärs mehr als 50 000 Menschen ermordet, eingekerkert und verschleppt haben, nachdem sie die soziale, politische und wirtschaftliche Kontrolle über das Land an sich gerissen haben, glauben sie nun, daß

sie das Land gesäubert haben und nun eine Machtstruktur durchsetzen können, in der das Militär ein integraler Bestandteil der Regierung ist. Um dieses Ziel zu erreichen, geben sie nun vor, einen Dialog zu eröffnen, an dem die politischen Parteien teilnehmen sollen, um einen zivilen Konsens zu erreichen. Aber an diesem Dialog wird die wichtigste politische Kraft, der Peronismus, nicht beteiligt. Da die wirtschaftliche Perspektive der Militärs die ist, aus Argentinien ein Agrarexportland zu machen und so den Interessen der Oligarchie zu dienen, müssen sie den Peronismus ausschalten, der seit mehr als dreißig Jahren an der Industrialisierung des Landes arbeitet. Deshalb ist der Peronismus der ideologische Feind der Junta, und zwar der Peronismus mit allen seinen verschiedenen Tendenzen.

LN: Welche Möglichkeiten hat in dieser Situation die Opposition?

CADHU: In Argentinien gibt es den Peronismus. Bisher ist es noch keiner Regierung – weder einer zivilen noch einer militärischen – gelungen, sich an der Macht zu halten ohne den Peronismus. Auch der politische Plan der Junta wird scheitern. Der Peronismus hat bereits seine Opposition gegen diesen Plan erklärt. Und ohne die Unterstützung der Peronisten wird es der Junta nicht gelingen, das Land politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren.

LN: Historisch gesehen ist es sicher richtig, daß sich keine Regierung gegen den Widerstand des Peronismus halten konnte. Aber bisher scheint der Widerstand seit 1976 wenig erfolgreich gewesen zu sein. Auch die peronistische Gewerkschaftsbewegung ist gespalten und es fehlt eine echte nationale Koordination der Kämpfe der Arbeiter. Welches sind unter diesen Bedingungen die Möglichkeiten der Opposition?

CADHU: Ich glaube, daß man Argentinien heute nicht mehr mit den Begriffen von vor 1976 analysieren kann. Das Jahr 1976 stellt eine deutliche historische Trennungslinie dar. Nie zuvor hat Argentinien eine solche Repression erlebt. Niemals zuvor wurden die Arbeiterklasse und ihre Organisationen derartig unterdrückt. Der Widerstand gegen die früheren Militärregimes mußte sich deshalb auf einem anderen Niveau und mit anderen Formen abspielen. Mindestens 50 000 Argentinier sind aus dem politischen Leben verschwunden und weitere 500 000 befinden sich im Exil. Das ergibt eine vollkommen neue politische Situation. Deshalb kann man nicht davon sprechen, daß der Widerstand nicht erfolgreich war. Das was Du die fehlende Koordination innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nennst, ist vielleicht gerade die beste und angemessenste Form des Widerstandes. Wenn heute das Militär in eine Fabrik kommt, um die Anführer eines Streiks zu suchen, dann finden sie niemanden, weil es keine sichtbaren Köpfe gibt. Die Arbeiterklasse hat die Erfahrung gemacht, wie ihre starke und sichtbare Koordination über Nacht ausgeschaltet wurde. Heute erscheint die CGT schwach und desorganisiert, aber sie ist dabei zu lernen, in der Praxis des täglichen Kampfes gegen die Repression lernt sie neue Formen der Auseinandersetzung. Das ist für Außenstehende – und auch für viele in Argentinien – schwer zu verstehen. Aber längerfristig wird diese Form des Kampfes wirksam sein. Innerhalb des Peronismus gibt es jetzt auch wieder verschiedene Gespräche zwischen den Flügeln. Der Peronismus ist zwar gespalten, aber die Konfliktlinien werden immer klarer, und daher wachsen auch die Möglichkeiten zu einer Klärung und zu einer Wiedervereinigung. Es gibt auch Gespräche mit anderen Parteien, den Radikalen, den Sozialisten und anderen. Aber wann sich ein Bündnis konsolidieren wird, das kann man heute noch nicht sagen.

LN: Welche Möglichkeiten seht Ihr für die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, den Widerstand gegen die Militärjunta zu unterstützen?

CADHU: Ihr müßt auf Eure Regierung Druck ausüben, damit sie nicht eine Regierung unterstützt, die den Staatsterrorismus eingeführt hat. Ihr müßt Druck ausüben auf die Unternehmer, daß sie keine wirtschaftliche Hilfe leisten in einem Land, das eine Wirtschaftsstruktur hat, die zu Völkermord führt. Ihr kennt das Elend und der Arbeitslosigkeit. Ein Argentinier muß 18 Stunden am Tag in zwei bis drei Beschäftigungen arbeiten, um seine Familie ernähren zu können. Ihr müßt auch verhindern, daß Eure Gewerkschaften eine Quelle der Unterstützung für dieses Regime sind. Das müßt Ihr innerhalb Eures eigenen Landes tun. Außerdem ist die direkte Unterstützung des Widerstandes in Argentinien sehr wichtig. Da brauchen wir materielle Unterstützung für die Menschenrechtsorganisationen und für alle politischen Bewegungen, die gegen das Regime kämpfen. Es ist auch notwendig, in der Öffentlichkeit die Probleme Argentiniens bekannt zu machen, weil das den Spielraum der politischen Organisationen erweitern hilft. Und es ist wichtig, daß Ihr die Organisationen des Volkes materiell und durch Aufklärung unterstützt.

MADRES: Ich glaube auch, daß gerade die öffentliche Anklage der Verbrechen der Junta und der Verletzung der Menschenrechte sehr wichtig ist. Und außerdem brauchen wir auch finanzielle Hilfe: wir unterstützen die Angehörigen von Gefangenen und Verschwundenen und brauchen Geld für die Aufrechterhaltung unserer eigenen Arbeit.



Friedenspreis für Menschenrechtsgruppen

Am 10. März 1980 wurde den Vertreterinnen der 'Mütter der Plaza de Mayo' und der 'Comisión de los Familiares' aus Argentinien der Friedenspreis der Argentinien-Solidaritätsgruppen in der BRD und West-Berlin überreicht. Mit diesem Preis soll die Arbeit dieser Gruppen zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen in Argentinien gewürdigt werden. Der Berliner Alt-Bischof Scharf übergab den Vertretern der Menschenrechtsorganisationen 20 000 DM, die für folgende Zwecke verwendet werden: finanzielle Unterstützung der Angehörigen von Verschwundenen, Bezahlung der Reisekosten der Angehörigen von Verhafteten bei Gefängnisbesuchen (die Entfernungen betragen oft über 1 000 km), Sammlung von Zeugenaussagen, Eingaben bei Behörden, Rechtshilfe, Herausgabe eines Bulletins und Anzeigen in Zeitungen. Zu der Preisverleihung schickten Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm und SPD-MdB Jungmann Grußadressen, in denen das Anliegen der Menschenrechtsorganisationen unterstützt wird.

Anzeige der Beschäftigten von MERCEDES BENZ ARGENTINIA

SOLICITADA

A LA OPINION PUBLICA
A LA COMISION INTERAMERICANA DE LOS
DERECHOS HUMANOS DE LA O.E.A.

QUEREMOS LA PAZ, PEDIMOS JUSTICIA

*Los familiares de los obreros y empleados desaparecidos de
Mercedes Benz Argentina:*

| | |
|-----------------------------|-----------------------------|
| VIZZINI, José A. 14-12-76 | BELMONTE, Héctor A. 13-8-77 |
| REIMER, Esteban A. 5-1-77 | NUÑEZ, Diego E. 13-8-77 |
| VENTURA, Víctor H. 5-1-77 | GIGENA, Alberto 13-8-77 |
| DEL CONTE, Fernando 12-8-77 | MOSQUERA, Juan 17-8-77 |
| ARENAS, Alberto F. 19-8-77 | |

*Pedimos el esclarecimiento de su situación para encontrarlos
con vida y que sean juzgados, si ello correspondiera, de
acuerdo con las garantías que concede nuestra Constitución.*

Esta solicitud fue costeadada con el aporte de los obreros y empleados de Mercedes Benz Argentina.

An die Öffentlichkeit
An die Interamerikanische Menschenrechtsorganisation
der Organisation Amerikanischer Staaten

WIR WOLLEN FRIEDEN,
WIR VERLANGEN GERECHTIGKEIT

Die Familienangehörigen der verschwundenen Arbeiter
und Angestellten von MERCEDES BENZ ARGENTINA

Wir fordern die Aufklärung ihres Schicksals, um sie
lebend wiederzusehen und - falls es angemessen ist -
einen Prozeß in Übereinstimmung der in der Verfassung
festgelegten Garantien.

Diese Anzeige wurde von den Arbeitern und Angestellten
von Mercedes Benz Argentina bezahlt.



BRASILILIEN

Landesweiter Protestmarsch gegen das Atomgeschäft

Studie über Bau eines 3. AKW's wurde geheimgehalten

Die Zeitung der Journalisten-Kooperative der Hafenstadt Santos, etwa 80 Km von Sao Paulo entfernt, sorgte für die Überraschung: bisher geheimgehaltene Pläne machen genauere Angaben über den Bau eines 3. Atomkraftwerkes an der brasilianischen Küste. Unter dem Titel "Standortbeurteilung für ein Atomkraftwerk" fertigte die US-amerikanische Firma "Kaiser Engineers International Corporation-Oakland/California" eine Studie für das staatliche Energieversorgungsunternehmen CESP im Jahr 1975 an.

Vermutungen und Spekulationen über den Bau von Atomkraftwerken aus dem westdeutsch/brasilianischen "Paket" von 1975 (4 Atomkraftwerke, 1 Urananreicherungs- und 1 Wiederaufbereitungsanlage nebst Absichtserklärung für den Kauf weiterer 4 AKWs) innerhalb der Landesgrenzen des Bundesstaates Sao Paulo wurden zwar schon 1978 laut, dann aber stets von der Landesregierung immer wieder dementiert.

Im Gespräch war zuletzt der Plan von 2 Atomkraftwerken im ehemaligen Guerrilla-Trainingsgebiet von Ribeira, etwa 200 Km südwestlich der brasilianischen 11-Milliionen-Metropole.

Standortuntersuchungen in diesem Gebiet waren von einer gemischten Kommission des Atomkonzerns Nuclebrás und des Elektrokonzerns Eletrobrás um die Jahreswende 1978/79 gemacht worden.

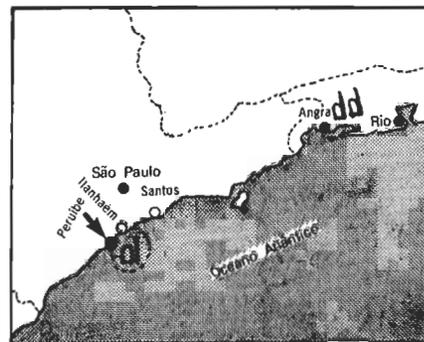
Im Zusammenhang mit den Ermittlungen des Untersuchungsausschusses des brasilianischen Senats und der daran anknüpfenden scharfen Kritik am deutsch/brasilianischen Nuklearabkommen (siehe Sondernummer der LN: "Das deutsch/brasilianische 'Bombengeschäft' 1) waren die Informationen über die genannten Ausbaupläne des brasilianischen Atomprogramms in den Hintergrund getreten, bzw. die demokratische Opposition ging gegen die Jahreswende 79/80 schon davon aus, daß vor dem Hintergrund der davongaloppierenden Kosten des Atomgeschäfts und der energiepolitischen Alternativen, die von Seiten der Opposition vorgeschlagen worden waren, das spezifische Interesse der Regierung an der Atomkraft ohnehin abgenommen habe. Energieminister Gals' neuer Energieplan '95 deutete immerhin auf eine Reduzierung der Atomkraft hin.

Gleichzeitig hatte aber der das Atomgeschäft führende Siemens/KWU-Konzern durch eine geschickte Pressepolitik in der BRD und Brasilien vor einer Reduzierung des Atomgeschäftes (KWU-Lesart: "8 Atomkraftwerke ...") gewarnt und Informationen darüber verbreitet, daß es "vorläufige Kontakte" und Gespräche mit der CESP gegeben habe (Estado de Sao Paulo, 21.2.79).

Geheimgehaltene Standortstudie

Aus den Angaben der in der Zeitung "Preto no Branco" (= "Schwarz auf Weiß" = Zeitung der Journalistenkooperative von Santos) nun abgedruckten Untersuchung geht eindeutig hervor, daß ein 3. Atomkraftwerk weniger als 12 Km von der Ortschaft Peruibe gebaut werden soll.

Entscheidend für die neue Standortwahl ist offenbar der ungeeignete Baugrund von Angra dos Reis, wo sich bisher 2 Atomkraftwerke in Bau befinden (Angra-1 von Westinghouse seit 1971 und Angra-2 von KWU, seit 1976).



Die AKW-Standorte Angra dos Reis und Peruibe -

Gefahr für Millionen durch radioaktive Verseuchung !

Nicht weniger ausschlaggebend ist der wirtschaftsgeographische Aspekt des geplanten Standortes Peruibe: von dort aus soll vor allem die Stadt Sao Paulo mit Atomstrom beliefert werden.

Während die anliegende Bevölkerung bisher nichts von dem aufziehenden Unglück ahnte, hatten die Planer bereits Untersuchungen über die Grundwasserausstattung der Gegend gemacht und eine Auflistung der privaten Haushalte empfohlen, die sich mit den lokalen Wasserreserven versorgen. Wörtlich heißt es in der Studie:

"... identifiziert werden sollen sämtliche Wasserverbraucher in einem Umkreis von 80 Kilometern, dessen Wasser verseucht werden kann(...). Die Untersuchung muss eine Analyse von Auflösungs-faktoren enthalten, damit Schätzungen über Strahlenmengen gemacht werden können, die die künftigen, notwendigen Strahlenabgaben des Kraftwerkes bestimmen".

Nach in Brasilien bekannt gewordenen Schätzungen, ist durch den Bau des geplanten Atomkraftwerkes die Gesundheit und das Leben von rund 1 Million Menschen gefährdet - eine Zahl die sich während der touristischen Hochsaison auf 2 Millionen erhöht.

Protestmarsch in der Osterwoche

Zum größten Protestmarsch der ökologischen Bewegung in der brasilianischen Geschichte hat der Umweltschutzverband des Staates Sao Paulo (APPN) und die Gesellschaft für Ökologie, Landschaftsgestaltung und Humanismus von Itanhaém (SEPHI) aufgerufen.

In der Osterwoche findet ein landesweiter Protestmarsch von circa 200 tausend Menschen statt. Eine Schlusskundgebung ist auf dem Gelände des geplanten AKWs geplant. Waldemar Paioli, Vorsitzender der vor Jahren noch auf lokaler Ebene in Sao Paulo-Stadt aktiven APPN, hat gewarnt, daß der Widerstand gegen das geplante AKW nicht so friedlich wie in Angra dos Reis sein wird. Paioli wörtlich: "Der Große Marsch für das Überleben... wird den wachhabenden Mächtigen sagen, daß das Volk von Sao Paulo unter keinen Umständen dieses Atomkraftwerk hier dulden wird..."

Einmalig die Organisationsform des Protestmarschs für brasilianische Verhältnisse: von Sao Paulo aus begibt sich ein Treck in Richtung Küste, der in jeder Stadt und Ortschaft eine Kundgebung abhalten wird und die Beteiligten zur Einreihung in den Protestmarsch aufruft. Die Strecke des Protestmarschs ist mindestens 100 Km lang.



"Halte dich nicht zurück!
KÄMPFE, damit unsere Kinder auf eine bessere Welt setzen können"

Februar 1980 -
Protestveranstaltung
in Peruibe

Auf einer Protestveranstaltung von 2.000 Menschen im Monat Februar, hatten bereits Abgeordnete der oppositionellen PMDB (Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung) und der Studentenverband des Bundesstaates Sao Paulo (UEE) ihre Unterstützung für die Belange der Atomgegner von Peruibe zugesagt. Ein Sprecher der UEE sagte: "Wir haben die Sonne als Prinzip und unterstützen den Kampf gegen das Atomkraftwerk und gegen die Diktatur, die den Vertrag mit der Bundesrepublik unterzeichnet hat".

Die Versorgung der brasilianischen Öffentlichkeit mit Informationen und skandalösen Einzelheiten über die Hintergründe des deutsch/brasilianischen 'Bombengeschäfts' durch den Untersuchungsausschuss des Senats in Brasilia ist also nicht ohne Folgen geblieben.

Der basisorientierte Kampf gegen das brasilianische Atomprogramm im Allgemeinen und insbesondere gegen das 'Bombengeschäft' bekommt nun Konturen. Vor 3 bis 4 Jahren wäre eine solche Mobilisierung (zum einen wegen der Repression und zum anderen wegen der Undurchschaubarkeit des deutsch/brasilianischen Atomgeschäfts) in Brasilien nicht möglich gewesen. Die Krise des abhängigen brasilianischen Kapitalismus und der damit einhergehenden absoluten Verschlechterung der Lebensqualität der Massen, hat nun auch ökologisches Bewußtsein geschäft. Die brasilianische Umweltschutzbewegung tendiert dahin, die sozialen und politischen Widersprüche zu radikalisieren. Der deutsch/brasilianische Atomvertrag liefert ihr außerdem ein gewichtiges anti-imperialistisches Argument.

Diese anti-imperialistische Dimension sollte Anlaß für die sozialistische und ökologische Bewegung der BRD sein, über ihre anti-imperialistische Solidarität, am konkreten Beispiel Brasilien, nachzudenken. Die ausgestreckte Hand des sozialen und ökologischen Widerstandes in Brasilien ist eine willkommene Gelegenheit, die Einheit des deutsch/brasilianischen Widerstandes gegen die Atomkraft herbeizuführen. Die Lateinamerika-Nachrichten fühlen sich verpflichtet, diesem Aufruf der anti-imperialistischen Solidarität zu folgen und die Kontakte zwischen Bürgerinitiativen in der BRD und ökologischem Widerstand in Brasilien enger zu gestalten. Die LN stehen in direkter Verbindung mit dem Umweltschutzverband von Sao Paulo (APPN).

Kein AKW in Angra dos Reis, Peruibe und anderswo!
Schluss mit dem deutsch/brasilianischen Atomabenteuer!
Solidarität mit dem ökologischen Widerstand in Brasilien!

CHILE

Außenpolitische Offensive?

Öffnung zum pazifischen Raum

Das Jahr 1980 soll offenbar die außenpolitische Isolierung der Diktatur sprengen: Gleich zwei Staatsbesuche stehen in diesem Jahr auf Pinochets Reiseprogramm. In der zweiten Märzhälfte fährt er auf die Philippinen, für Oktober ist ein Japanbesuch vorgesehen, und die Volksrepublik China ist sein Reisewunsch für 1981.

Wie stark die politischen Vorbehalte auf internationaler Ebene gegenüber der Diktatur weiterhin sind, läßt die abermalige Verurteilung der chilenischen Regierung durch die Menschenrechtskommission der UNO erkennen: zum 7. Mal hintereinander wurde die Pinochet-Diktatur in Genf verurteilt (Vgl. Bericht in diesem Heft). 29 Länder stimmten der Verurteilung zu, zehn enthielten sich, nur 3 Länder stimmten gegen eine Verurteilung: Argentinien, Brasilien, Uruguay. Neu daran ist, daß dieses Jahr auch Argentinien die chilenische Position unterstützt: Beide Regierungen haben wegen der noch schwebenden Vermittlung über ihren Grenzkonflikt eine Art Gangster-Agreement getroffen, auf internationaler Ebene nicht gegeneinander Stellung zu beziehen.

Über den politischen Zweck der Reise auf die Philippinen kann man im Augenblick nur spekulieren. Aber es ist davon auszugehen, daß es sich nicht nur um Pinochets Selbstbestätigung als Staatsmann durch den ideologisch verwandten Diktator in Manila handelt. Wirtschaftliche, technische und kulturelle Abkommen sind ins Auge gefaßt, was immer das konkret bedeuten mag. Plausibler scheint, daß Pinochet, der sich als Experte in Geopolitik versteht, stärker Chiles Einbeziehung in den pazifischen Wirtschaftsraum betreiben will, längerfristig mit einer geringeren Abhängigkeit von den USA. Die Philippinen sollen dabei vermutlich als Brückenkopf für die Exporte in den südostasiatischen Raum dienen. Wechselseitige Besuche von Handelsdelegationen zwischen Chile und Singapur liegen auf der gleichen wirtschafts-strategischen Linie.

Interesse an den Philippinen als "Basis" hatte eben im Februar auch eine argentinische Handelsdelegation bekundet, die außerdem Pläne für gemeinsame wirtschaftliche Unternehmen mit der philippinischen Regierung besprach - z.B. ging es um die Endverarbeitung argentinischer Halbfertigwaren auf den Philippinen.

Bei ihren Versuchen, die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, konnte die Diktatur einen ersten Pluspunkt verzeichnen: Nach über vier Jahren schickte Großbritannien wieder einen Botschafter nach Santiago. Wegen der Folterungen an der britischen Ärztin Sheila Cassidy, die verwendete Mitglieder der MIR ärztlich betreut hatte und danach verhaftet wurde, hatte die Labour-Regierung den Bot-

schafter zurückgerufen. Das Interesse, die Handelsbeziehungen zu Chile wieder zu intensivieren, dürfte den Ausschlag für die Thatcher-Regierung gegeben haben.

Wie pragmatisch die Regierung in Santiago sich verhalten kann, wenn es um ihr außenpolitisches Image handelt, zeigt ein Zwischenfall mit vier Brasilianern, die bei der Einreise nach Chile wegen der Einfuhr marxistischer Literatur von "Sicherheitskräften" festgenommen wurden. Auf den Protest des brasilianischen Außenministeriums hin wurden sie schleunigst freigelassen - in Kürze wird der brasilianische Präsident Figueredo Chile besuchen...

Schließlich gehört in diesen Komplex außenpolitischer Aktivitäten die Konferenz aller chilenischen Botschafter in Santiago Anfang März. Zeitlich fiel sie zusammen mit der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf, doch dürfte dieses Problem sie nur am Rande berührt haben. Mehr künftige außenpolitischen Zündstoff enthält das Problem der im Exil lebenden Chilenen, von denen ein erheblicher Teil nach Chile zurückkehren will, wobei die Diktatur vielen von ihnen beharrlich die Rückkehr in das eigene Land verbietet.

Daß es vor allem darum gegangen sei, die Kommunikation zwischen der Regierung und ihren Botschaftern zu verbessern, wie der großbürgerliche Mercurio kommentiert, ist eine blasse Erklärung für soviel Aufwand; daß neben einer Reihe von Ministern auch der Chef des Geheimdienstes CNI die Botschafter über die Situation des Landes informierte, ist gewiß realitätsnah, gibt aber auch noch keine deutlichen Hinweise.

Die Elemente zusammengenommen deuten jedoch darauf hin, daß die Diktatur versucht, außenpolitisch initiativ zu werden.

Ausnahmezustand als Normalzustand

Nichts deutet darauf hin, daß eine Milderung des Repressionskurses zu erwarten ist, wohl aber eine Differenzierung, die eine genauere Dosierung der Repression erlaubt.

Hauptunterdrückungs-Instrument bleibt die CNI(ex-DINA). Dazu der Senegalese Dieye, der die Chile-Menschenrechtskommission vor einem Jahr geleitet hatte: "Solange der Ausnahmezustand und die Sicherheitsdienste bestehen, werden die Verletzungen andauern. Denn diese Strukturen wurden genau dafür geschaffen, um die chilenische Bevölkerung zu unterdrücken".

Und prompt wurde der Ausnahmezustand zum fälligen Datum am 11.3. um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Er ist farcenhafte das "legale" Instrument, mit dem die Diktatur ihre Macht "verfassungsmäßig" absichert, wobei die dem zugrunde liegende Verfassung natürlich nur noch auf dem Papier existiert.

Neu erlassen wurde ein Gesetz, das den Innenminister ermächtigt, politische Gegner auf drei Monate in abgelegene Orte zu verbannen. Dieses "Recht" ist eigentlich an den Belagerungszustand geknüpft, den die Diktatur 78 aus Image-Gründen durch den Ausnahmezustand ablöste. Schon damals wurden Sondervollmachten der Regierung für den Belagerungszustand ihr auch für die Zeit des Ausnahmezustands übertragen - eine damals entstandene Lücke im Instrumentarium der Repression wurde jetzt gefüllt.

Ein Einspruch vor Gericht gegen diese Verbannung hat keine auf-schiebende Wirkung; diese Klausel ist deshalb für die Diktatur wichtig, weil in letzter Zeit einzelne Richter nicht mehr blind-

lings der Diktatur zu willen waren, sondern verhaftete Teilnehmer von Demonstrationen freisprachen oder sie gleich ohne Prozeß aus der Haft entließen.

Gedacht als Mittel der Einschüchterung gegenüber allen, die eine öffentliche politische Diskussion erzwingen wollen, wurde das Gesetz zuerst gegen 12 Frauen angewandt, die am 8. März an Demonstrationen zum Internationalen Frauentag teilgenommen hatten. Wenn diese Frauen auch durch drohende Verhaftung nach mehrfacher Erfahrung nicht einzuschüchtern waren, so zerstört zumindest die Verbannung in verschiedene und räumlich weit voneinander entfernte Landesteile den Kontakt untereinander und von den Angehörigen.

Demonstrationen zum 8. März wurden aus Santiago und Valparaíso bekannt. Eine Kulturveranstaltung zum Gedenken der chilenischen Dichterin (und Nobelpreisträgerin) Gabriele Mistral, die vor einem Monat genehmigt worden war, wurde einen Tag davor verboten; sie fand nicht statt. Die Demonstrationen, natürlich ebenfalls verboten, fanden statt - in Santiago an zumindest fünf Stellen gleichzeitig. Obwohl die Polizei frühzeitig zur Stelle war und ihre Einsatzbusse an den voraussichtlichen Demonstrationsorten stationiert hatte, zählte sie offiziell nur gut hundert Personen. Laut der chilenischen Zeitschrift HOY: ca 1 000 Teilnehmer und anwesende Journalisten wurden systematisch gefilmt und fotografiert. Der 80-jährige Gewerkschafter Clotario Blest wurde von Leuten in Zivil über zwei Stunden daran gehindert, seine Wohnung überhaupt erst zu verlassen. Festgenommen wurden in Santiago nach unterschiedlichen Angaben 111-120 Menschen, in Valparaíso 30. Dort übrigens soll die Polizei erst nach einer Stunde eingeschritten sein.

Menschenrechtsverletzungen in Chile

Was Chile betrifft, so wurde das Untersuchungsverfahren gegenüber anderen Ländern leicht verändert. Statt der früheren Untersuchungskommission wurde ein Berichterstatter ernannt, dem zwei Experten zugeordnet sind. Diese Entscheidung berücksichtigte zweierlei: daß zwar einerseits die Phase der brutalsten und massenhaften Repression abgeklungen war (deshalb die "Herabstufung" von der Kommission zum Berichterstatter), daß andererseits die chilenische Diktatur weiterhin als System die Menschenrechte permanent verletzt; deshalb der erneute Auftrag, die Einhaltung der Menschenrechte zu untersuchen.

Der Österreicher Ermacora arbeitete als Experte den Bericht aus; 1978 hatte er als Mitglied der von der UNO bestellten ad hoc-Kommission Chile besucht. Stimmt damals die chilenische Regierung nach langem Zögern unter internationalem Druck der Einreise der Kommission zu, so hat sie nach dem damaligen Bericht der Gruppe jede weitere Mitarbeit verweigert.

Für den jetzt vorliegenden Bericht steht im Vordergrund das Problem der Verhafteten-Verschwindenen, jener Gruppe von ca. 2000 Personen, deren Verhaftung von der Diktatur schlichtweg geleugnet wurde und deren Schicksal in den meisten Fällen weiterhin ungewiß ist. Allen Beteuerungen sowohl vor der UNO wie gegenüber der katholischen Kirche in Chile zum Trotz hat die chilenische Regierung absolut nichts unternommen, was zur Klärung dieser Fälle beitragen könnte - wohl aber einiges, was die Aufklärung unmöglich machen soll.

Da zu gehört u.a. das berüchtigte Amnestiegesetz, mit dessen Hilfe die Regierung vor allem ihre Schergen schützt und das immer wieder praktiziert wird, wenn zufällig in Massengräbern Leichen gefunden werden. Die in solche Fällen ernannten Untersuchungsrichter kapitulierten entweder rasch vor der Erkenntnis, daß die Schuldigen unter Militär und Polizei zu suchen wären bzw. den ihnen gleichgestellten Geheimdiensten und übergaben ihr Material der Militärgerichtsbarkeit; oder aber sie wägen sich couragiert einen Schritt weiter, trieben die Untersuchung bis zur Identifizierung der Täter voran, freilich in dem Bewußtsein, daß das Amnestiegesetz in seiner gegenwärtigen Anwendung die Schuldigen decken würde.

Ermacora untersucht aber auch die Rolle der Massenmedien und der Justiz angesichts der konstanten Menschenrechtsverletzungen und kommt zu dem Schluß, daß erst ihr komplizenhaftes Schweigen das andauernde blindwütige Treiben ermöglicht hat.

So erreichten die Angehörigen von Verschwundenen erstmals Ende 1977 durch einen Hungerstreik, daß die Medien überhaupt auf das Problem eingingen, die Tatsache spurlosen Verschwindens in Chile öffentliche s Thema wurde. Selbstverständlich gab es weder 77 noch gibt es 1980 die Möglichkeit zu wirklich freier Meinungsäußerung im Bereich der öffentlichen Medien; andererseits war 77 die absolute Enthaltensamkeit gegenüber den Verhafteten-Verschwundenen keineswegs mehr Folge einer direkten Zensur, sondern komplizenhafte Selbstzensur der bürgerlichen Medien.

Entsprechendes gilt für die Kollaboration der Justiz mit der Diktatur (deren Rechtslastigkeit ja nicht nur ein chilenisches Problem ist). Das gilt besonders für die Behandlung der Habeas-Corpus-Anträge im Fall einer Verhaftung.

"Die Unzulänglichkeiten der Richter, dem Individuum Schutz zu geben, sind besonders deutlich, wenn sie es mit Sicherheitsagenten zu tun haben. Die Richter akzeptieren ohne Murren die Weigerung dieser Agenten, direkte Information zu erteilen. Noch bedenklicher ist es, daß die Richter nur in Ausnahmefällen die Angaben dieser Agenten, die sie durch das Innenministerium erhalten, hinterfragen, selbst dann nicht, wenn die Tatsachen deutlich dagegen sprechen."

"Die Tatsache, daß die Judikative die Praktiken der Sicherheitskräfte akzeptiert, die eindeutig ihre Autorität mißbrauchen, indem sie ihre Handlungen und Haftorte geheim halten, bedeutet, daß die Richter für schuldig befunden werden müssen, in Komplizenschaft zu stehen, die Menschenrechtsverletzungen geradezu herausfordern."

(Zitate aus dem Bericht der Menschenrechtskommission nach der Dokumentation in der Frankfurter Rundschau, 3.5.80)

Eine der wenigen Ausnahmen bildete die Untersuchung durch den Richter Adolfo Banados im Falle Lonquén (vgl. LN 69, S.39). Nachdem ein ehemaliger DINA-Agent in der Beichte die Existenz des Massengrabs in einem verlassenen Kalkofen enthüllte, erzwangen Vertreter der katholischen Kirche Ende 78 eine richterliche Untersuchung. Der dafür eingesetzte Richter Banados bemühte sich, die rechtlichen Mittel zur Aufklärung des Verbrechens auszuschöpfen, er konnte auch die an der Ermordung beteiligten Polizisten identifizieren, dann unterlagen sie jedoch jenseits seiner Verantwortung der Amnestie. Im Jahre 77 waren sie übrigens wegen hervorragender Verdienste ausgezeichnet worden.

Wie inzwischen auch in der bundesdeutschen Presse berichtet wurde, sind die beiden Kalköfen in diesen Tagen gesprengt worden. Seit der Entdeckung der Leichen hatte es immer wieder Gedenkmärsche dorthin gegeben. Angeblich will ein neuer Besitzer, der natürlich anonym bleibt, die seit langem still gelegte Kalkmine wieder ausbeuten. Ein Tor in 4 km Entfernung versperrt den Zugang zu dem Grundstück.

In einem Anhang zu seinem Bericht teilt Ermacora mit, was ein weiterer ehemaliger DINA-Agent im Verfahren um die Colonia Dignidad vor dem Bonner Landgericht ausgesagt hat: mittels eines Code war festzustellen, wo ein politischer Gefangener umzubringen sei - auf dem Lande, auf dem Meer, in der Luft. Wenn auch unter internationalem Druck die Politik des Verschwindenlassens für den Berichtszeitraum 78-Mitte 79 fallengelassen wurde, so bedeutet das, stellt Ermacora fest, keineswegs ein Ende der Repression. Für 79 stellt er sogar eine erneute Brutalisierung fest. Er zählt die Fälle auf, bei denen Linke ermordet wurden, was anschließend als "bewaffnete Auseinandersetzung" deklariert wurde. Er verweist auf den Fall des Lehrers Alvarez, der im August 79 vom Geheimdienst zu Tode gefoltert wurde. Vornehmende Praxis scheint indessen zu sein, daß ein Arzt bei den Folterungen anwesend ist, "um sicherzustellen, daß das Opfer nicht stirbt."

"Der Berichtersteller hat auch weiterhin Berichte über Mißhandlungen und Folterungen von Verhafteten erhalten. Eine Analyse dieser Berichte zeigt, daß es sich dabei nicht nur um Sicherheitsdienste, sondern auch um militärische Einheiten wie z.B. Carabineros handelt, die beschuldigt werden, solche brutalen handlungen begangen zu haben... Die Häufigkeit, mit der alle Arten ungesetzlicher Bedrohungen von Gefangenen durchgeführt werden, zeigt, daß es sich um normale Praxis bei der Polizei und bei den Sicherheitskräften handelt."

Und während der Berichtersteller für den Untersuchungszeitraum noch den Eindruck haben konnte, daß sich z.B. an den Universitäten eine Besserung abzeichnete, so zeigt die Säuberungswelle seit dem Jahreswechsel, daß diese Phase schon wieder beendet ist (vg. LN 79).

Zwei Beispiele aus den letzten Wochen belegen, daß die darge-stellte Praxis weiter andauert. Laut der chilenischen Zeitschrift HOY 131 wurde am 2.1.80 der Sekretär eines indianischen Kulturzentrums auf offener Straße von zwei Polizisten in Zivil festgenommen, ohne Haftbefehl. Zuvor hatten sie Kontakt aufgenommen unter dem Vorwand, sich für die kulturellen Aktivitäten zu interessieren, später gaben sie vor, "Waffen für den Aufstand zu sammeln". Sechs Tage lang war der Indianer verhaftet, er wurde an 5 verschiedene Orte geschleppt, zum Schluß mußte er ein Dokument unterzeichnen, das behauptete, er sei gut behandelt worden und man habe über politisches Propagandamaterial gesprochen, das ihm ein Dritter übergeben habe. Alle offiziellen Stellen hatten geäußert, daß er überhaupt in Haft sei.

Der zweite Fall belegt, daß auch weiterhin Richter Komplizen der Repression bleiben:

Als "inkompetent" hat sich der zweite von fünf auf Drängen der katholischen Kirche eingesetzten Untersuchungsrichtern erklärt, der das Verschwinden einer Reihe von Personen aufklären sollte. In einem Fall hat das Appellationsgericht den Richter aufgefordert, die Untersuchung fortzusetzen. Es geht um das Verschwinden von 22 namentlich bekannten Personen und die Aufklärung darüber, wer die Personen sind, die in einer Abteilung des Hauptfriedhofs von Santiago als N.N. mit den Todesdaten aus den Putschtagen begraben sind- und wie sie zu Tode kamen.

VENEZUELA

3,5 Millionen illegaler Einwanderer

Wer einige Zeit in Caracas lebt, wird feststellen, daß der überwiegende Teil der Hausmädchen Ausländerinnen, meist Kolumbianerinnen sind. Meist illegale Einwanderer machen einen großen Teil der Bevölkerung der ärmsten Elendsviertel aus, und man erfährt schließlich auch sehr schnell, daß ein beträchtlicher Teil der Landarbeiter Ausländer sind.

Die venezolanischen Ölmilliarden haben offenbar in den umliegenden Ländern Lateinamerikas und der Karibik zu einem Mythos von Venezuela als dem neuen "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" geführt - und sie haben offenbar angesichts der üblich gewordenen politischen Praxis, auftauchende soziale Probleme und Konflikte durch staatliche Geldaufwendungen zu entschärfen, in Venezuela selbst dazu geführt, daß viele Probleme erst gar nicht eine größere Öffentlichkeit erreichen. Erst das Auffinden von 400 erschossenen Kolumbianern im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet im April 1979 (vgl. LN 72, 21.6.1979) - offenbar illegal eingewanderte Landarbeiter, die laut Berichten in der kolumbianischen Presse von einer speziellen venezolanischen Polizeitruppe ermordet worden waren - steigerte das Interesse an dem Problem der illegalen Einwanderung beträchtlich.

Auf recht ingenieure Weise hat man nun festgestellt, daß wahrscheinlich mehr als 3 Mio., vermutlich 3,5 Mio. illegale Einwanderer z.Z. in Venezuela leben, nämlich durch Angaben über den Salzkonsum (!) im Land. Offenbar ist festgestellt worden, daß der Salzkonsum relativ einheitlich überall in der Welt zwischen 20 und 25 Gramm pro Person und Tag beträgt. Hiervon ausgehend, ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß im Lande mehr als 17 Mio. Menschen leben müssen, während es nach den offiziellen Berechnungen des Zensusbüros nur 13,9 Mio. sein dürften. Wie verlässlich diese Methode auch immer sein mag, an der Tatsache einer enormen Zahl illegaler Einwanderer ist nicht zu rütteln.

Die Ausbeutung beginnt mit der Einreise

Es gibt verschiedene Wege der illegalen Einreise: Entweder mit Touristenvisum auf den normalen Verkehrswegen oder über die lange, unkontrollierbare "grüne Grenze" mit Kolumbien, Brasilien und Guayana. Die meisten mehr oder weniger bekannten "grünen Wege" führen von Kolumbien aus nach Venezuela, da die Grenzen im Süden und Südosten zum größten Teil durch unwegsamen Urwald führen.

In beiden Fällen verdienen Venezolaner bereits an der Einreise; es sei denn die Einreise erfolge mit gefälschtem Visum, was wohl meist die Arbeit ausländischer "Handwerker" sein dürfte. Häufiger aber ist die Bestechung des Personals venezolanischer Konsulate im Ausland, wobei es regelrechte Preise je nach Nationalität des Antragstellers gibt: Ein Kolumbianer "kostet" 5.000 Bolívars (1 DM = 2,3 Bs.), ein Einwanderer aus dem Cono Sur (Argentinien, Chile, Uruguay) 10- 20.000 Bs., ein Türke (eine Nationalitätsbezeichnung, die im venezolanischen Verständnis auch Araber ein-

schließt) 30.000 Bs., ein Chinese 50.000 Bs. Wenn der Einwanderer das entsprechende Geld nicht aufbringen kann - was natürlich der Normalfall ist - ist er auf eine Art Kredit seines zukünftigen Arbeitgebers angewiesen, was zusätzlich zu der Abhängigkeit, die die Illegalität schafft, noch einen Aspekt von Schuldknechtschaft in das Arbeitsverhältnis einführt. Im Falle der Einwanderung über die "grüne Grenze" sind es die "Transportunternehmen", die den ersten Wucherprofit einstecken, wobei es sich oft um die Großgrundbesitzer des venezolanischen Westens selbst handelt, die die Einwanderer dann als Landarbeiter ausbeuten. Sollte ein "Illegaler" oder auch "Indocumentado" von der Polizei aufgespürt werden, verdienen die Venezolaner weiter - in den wenigsten Fällen kommt es zu einer Auslieferung, denn mit entsprechendem Geld kann man auch eine Aufenthaltsgenehmigung oder sogar die venezolanische Staatsbürgerschaft "kaufen".

Kein Wunder, daß da, wo derart gute Geschäfte zu machen sind, die Entwicklung gewerblicher Unternehmen nicht auf sich warten läßt. In Santo Domingo, Bogotá, Quito, Lima und Buenos Aires soll es bereits Unternehmen geben, die vom Menschenhandel leben.

Wovon leben die Ausländer in Venezuela? Zunächst einmal ist zu sehen, daß sie auf dem "Arbeitsmarkt" natürlich einen generellen "Vorteil" gegenüber allen Venezolanern (und legalen Einwanderern) haben: Sie sind billiger, weil praktisch rechtlos. Man kann ihnen niedrigere Löhne zahlen, spart Sozialleistungen, kann sie jederzeit entlassen, und das Risiko, wegen der Beschäftigung illegaler Einwanderer vor Gericht gestellt zu werden, läßt sich durch entsprechende Bestechungsgelder auch minimieren. Da die nach venezolanischen Verhältnissen schlecht bezahlten Immigranten in ihren Heimatländern oft überhaupt keine Arbeitsmöglichkeiten vorfinden oder aber dort die Durchschnittslöhne erheblich unter den venezolanischen liegen, ist die Logik der illegalen Einwanderung nicht zu übersehen.

Es gibt zwei "Klassen" von Immigranten: Facharbeiter, Ingenieure und ähnliche qualifizierte Arbeitskräfte, an denen in Venezuela als Folge des Ölbooms ein großer Mangel herrscht, einerseits und unqualifizierte Arbeitskräfte andererseits, die als Industriearbeiter in den niedrigsten Lohngruppen, vor allem aber als Landarbeiter und Dienstmädchen "helfen", die venezolanische Arbeits- und Sozialgesetzgebung zu unterwandern. Während erstere oft auch legal einwandern, handelt es sich bei der zweiten Gruppe zum weitaus überwiegenden Teil um "Illegale", die dann in Bretterbuden auf dem Land oder in den elendsten der Elendsviertel in den größeren Städten ihr Leben fristen. Oft schicken sie auch noch einen Teil ihrer Hungerlöhne an die Angehörigen im Heimatland, denen es dort noch dreckiger geht.

Massenelend und Akkumulation

Noch einmal zurück zu den Zahlen: In Venezuela leben vermutlich 3,5 Mio. illegale Einwanderer, dazu noch 1,6 Mio. legal registrierte Ausländer. Sie kommen in der Mehrzahl aus Kolumbien (ca. 3 Mio. beider Kategorien), darüber hinaus in beträchtlicher Zahl aus Ekuador, Peru, Zentralamerika und der Karibik; in einigen Städten des Westens (u.a. der Großstadt San Cristóbal) machen allein die kolumbianischen Einwanderer mehr als 40% der Bevölkerung aus. Viele Elendsviertel in Caracas werden von kolumbianischen und ekuatorianischen Einwanderern kontrolliert.

Aus der Berichterstattung in der venezolanischen Zeitschrift "Resumen" wird deutlich, was die Venezolaner an diesem Problem

am meisten beunruhigt: Die Gefahr sozialer Unruhen, politischer Konflikte mit den Nachbarländern sowie die Überbeanspruchung sowieso schon unzureichender sozialer Einrichtungen (wie Schulen und Krankenhäuser) und die Angst vor dem Einschleppen von Krankheiten – es wird von einem erheblichen Anstieg der Fälle von Syphilis geredet, vom Wiederauftauchen von Krankheiten, die es in Venezuela kaum mehr gab, wie Malaria und Lepra – stehen im Vordergrund. Über die Ausbeutung der Immigranten wird zwar berichtet, aber das Hauptproblem scheint in der Errichtung einer effektiven Kontrolle der Einwanderung und in der Erfassung und evtl. Abschiebung der "Indocumentados" gesehen zu werden – welches Schicksal auch immer diese in ihrem Heimatland erwarten wird.

Was aber bedeutet dieser Zustrom von Arbeitskräften in ökonomischer Hinsicht? Die bürgerliche Ökonomie spricht von der Mobilität des "Faktors Arbeitskraft", die dahin tendiert, die Faktorpreise (sprich: Löhne) anzugleichen und die Arbeitskraft dorthin zu lenken, wo eine Nachfrage nach ihr besteht. Das hört sich alles sehr harmonisch an, hat jedoch relativ wenig mit den realen Prozessen, die sich hier abspielen, zu tun. Hier soll nur stichwortartig auf einige wichtige Merkmale derartiger Migrationsprozesse hingewiesen werden:

(1) Das einzige, was sich an Lohnangleichung in nennenswertem Maße vollzieht, ist eine Anpassung der Löhne für weniger qualifizierte Arbeitskräfte in Venezuela nach unten. Zu entsprechenden Lohnsteigerungen in den Abwanderungsländern kann es bestenfalls bei einzelnen Kategorien qualifizierter Arbeitskräfte kommen. In allen anderen Fällen entsteht dort trotz Abwanderung keine Verknappung von Arbeitskräften, somit sind auch keine Lohnsteigerungen zu erwarten.

Offensichtlich fördert die Migration damit die Akkumulation in Venezuela (Verringerung der Lohnkosten, Bereitstellung fehlender qualifizierter Arbeitskräfte) und verstärkt damit Tendenzen zu ungleicher Entwicklung gleich in zweierlei Hinsicht:

– Zum einen werden die Entwicklungsunterschiede zwischen Venezuela und den anderen lateinamerikanischen Ländern (mit den Ausnahmen Mexiko, Brasilien und Argentinien, die einen "historischen Vorsprung" besitzen), die bereits durch die Ölpreisentwicklung verstärkt werden, noch weiter akzentuiert. Zwar sind die Auswanderungsländer über die Abwanderung von Arbeitslosen nicht unglücklich, doch bedeutet die Emigration qualifizierter Arbeitskräfte in vielen Fällen, daß sowieso schon vorhandene Engpässe noch verstärkt werden.

– Zum anderen verschärfen sich die sozialen und regionalen Gegensätze in Venezuela selbst, da einerseits eine expandierende Schicht schlechtest bezahlter und praktisch rechtloser Proletarier entsteht, andererseits Venezolaner selbst oft von den "billigeren" illegalen verdrängt werden. Der Zustrom von Arbeitskräften, die bereit sind, auch unter den ungünstigsten Bedingungen in Caracas zu leben, ermöglicht eine weitere Expansion von Industrie und Dienstleistungen in der schon überfüllten metropolitanen Region der Hauptstadt.

(2) Die illegale Immigration ist ein Zeichen dafür, daß sich die Internationalisierung des kapitalistischen Weltsystems hinter dem Rücken nationalstaatlicher Regulierung auch auf dem Arbeitsmarkt durchsetzt. Das bedeutet auch, daß es immer schwieriger wird, nationale sozialpolitische Maßnahmen zu realisieren. Selbst wenn – etwa durch eine internationale Einkommensumverteilung wie im Falle der Ölexportierenden Länder – die nötigen finanziellen

Ressourcen vorhanden sein sollten, stimulieren z.T. diese sozialpolitischen Maßnahmen selbst, vor allem aber die mit der ökonomischen Expansion verbundenen Arbeitsmöglichkeiten einen praktisch unkontrollierbaren Strom von Einwanderern. Das weitgehende Interesse der Bourgeoisie an diesen Einwanderern – das allerdings vermischt ist mit der Furcht vor sich zuspitzenden Klassenkämpfen und anderen Unruhen – macht es schwierig, effektive Einwanderungskontrollen zu etablieren. Starke, ökonomistisch orientierte Gewerkschaften könnten am konsequentesten für die Durchsetzung entsprechender Kontrollen kämpfen – die venezolanischen Gewerkschaften sind jedoch eher schwach. Daß ein solcher Kampf gegen Immigration mit einer internationalistischen Orientierung der Arbeiterklasse schwer zu vereinbaren ist, liegt darüber hinaus auf der Hand.

(3) Man sollte allerdings nicht in den Fehler verfallen, wie er häufig in der linken und vor allem der lateinamerikanischen Diskussion von Unterentwicklung begangen worden ist – nämlich zu konstatieren, daß die Migrationsprozesse und ihre Begleitumstände einen weiteren Beweis dafür darstellten, daß kapitalistische Entwicklung in der Dritten Welt nicht möglich sei. Je nach Definition kann die Förderung des venezolanischen Akkumulationsprozesses durchaus als "kapitalistische Entwicklung" angesehen werden; dieser Prozeß impliziert z.B. eine Diversifizierung der venezolanischen Industrie, einen gewissen Prozeß nationaler wirtschaftlicher Integration, längerfristig vielleicht sogar eine Entwicklung technologischer Kapazitäten. Wichtig ist es nur, die Kehrseite jeder kapitalistischen Entwicklung zu sehen: Nicht nur, daß die Förderung des Akkumulationsprozesses in Venezuela eine Hemmung der Akkumulation in anderen Ländern impliziert, vor allem ist sie verbunden mit extremer Ausbeutung und der fast vollständigen Rechtlosigkeit von Millionen von Menschen – bis hin zu dem Punkt, an dem die Ermordung Hundertern von Kolumbianern von der eigenen Regierung heruntergespielt wird.

Allerdings kommen immer wieder Zeiten, in denen die Ausgebeuteten sich wehren.



BOLIVIEN

Bauerngewerkschaft gewinnt an Bedeutung

Interview mit Gewerkschaftsführer Jenaro Flores

Unerwartet schnell hat sich die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter Boliviens (CSUTCB = Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia) zu einer repräsentativen Organisation der Landarbeiter zu entwickeln. Ihr Führer, Jenaro Flores, genießt mittlerweile die Anerkennung der Basis, die in ihm einen unbestechlichen Verteidiger der Landarbeiterinteressen sieht.

Der Ende 1977 begonnene Demokratisierungsprozeß hat inzwischen die Militärvorherrschaft auf dem Lande ausgeschaltet. Der "Militär-Bauern-Pakt" (LN 73) -d.h., der Anspruch der Militärs, die Bauernbewegung zu führen, um deren politischen Kampf unter Kontrolle zu halten und für ihre Machterhaltung auszunützen- macht einer echten Landarbeitervertretung Platz.

Vor einem Jahr nahmen vier Landarbeiterorganisationen für sich in Anspruch, die Vertreter dieses großen Teils der bolivianischen Bevölkerung zu sein. Auf dem Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes COB im Mai 1979 wurden alle vier Gewerkschaften anerkannt mit der Auflage, sich zu einer einheitlichen Landarbeitervertretung zusammenzuschließen. Mit Ausnahme der Peking-orientierten Gewerkschaft schlossen sie sich im Juni 1979 zur CSUTCB zusammen. Sie hat mittlerweile an der Basis eine breite Anerkennung, und die bolivianische Regierung ist gezwungen, mit dieser Gewerkschaft über die Lösung der Probleme, die mit dem "Wirtschaftspaket" des vergangenen November ausgelöst worden sind, zu verhandeln.

Die landesweite Mobilisierung der Landarbeiter im Dezember 1979 hat gezeigt, welche Macht sie darstellen. Die Landarbeiter lassen sich nicht mehr mit bloßen Versprechungen beschwichtigen oder mit militärischer Gewalt zum Schweigen bringen. Seit Dezember hat die Regierung der Präsidentin L. Gueiler versprochen, die Forderungen der Landarbeiter zu analysieren und eine entsprechende Lösung vorzuschlagen. Danach waren die Landarbeiter bereit, die Blockaden im Lande vorläufig aufzuheben. Sie haben der Regierung eine Frist bis zum 14. Januar gesetzt.

Vom 12.-13. Januar fand die IV. Sitzung des Erweiterten Nationalen Exekutivkomitees der CSUTCB in La Paz statt, auf der der Stand der Verhandlungen mit der Regierung sowie verschiedene andere Probleme der Bauern diskutiert wurden.

Im folgenden Interview nimmt Jenaro Flores, Vorsitzender der CSUTCB, zu einigen Aspekten der Forderungen der Landarbeiter Stellung.

Boletín

Agrario: Welches waren die bedeutendsten durch die Landarbeitermobilisierung im Dezember erreichten Erfolge?

Jenaro

Flores: Durch die Straßenblockaden wurde zunächst erreicht, daß ein Dekret erlassen wurde, das die Provinzzölle für Agrarprodukte abschafft. Außerdem werden Bauernmärkte in den wichtigen Städten eingerichtet, was zum Vorteil der Landarbeiter und der Verbraucher ist, weil die Erzeugnisse direkt vom Produzenten zum Verbraucher gelangen werden. Das allmähliche Verschwinden der Zwischenhändler wird eine der wichtigsten Errungenschaften der bolivianischen Landarbeiter sein.

Außerdem hat die Regierung beschlossen, ein nationales Vermarktungszentrum für Agrarprodukte zu schaffen. Das war das Ergebnis mehrerer Bauerntreffen auf departementaler und nationaler Ebene und wurde auf dieser IV. Sitzung der CSUTCB ratifiziert.

Für uns sind dies die konkreten Ergebnisse. Noch ausstehende Forderungen werden auch noch erfüllt werden müssen, denn wir wollen alles das erreichen, was den Bauern und Landarbeitern hunderte von Jahren vorenthalten wurde.

B.A.: Welches ist die Hauptforderung der Landarbeiter in diesem Moment?

J.F.: Wir wollen bessere Preise für unsere Agrarprodukte erzielen, sei es im Tiefland, im Hochland oder in den Tälern; denn unsere Erzeugnisse waren bisher nicht genügend anerkannt, d.h. die Landarbeiter haben praktisch die städtischen Bereiche subventioniert. Wir hingegen erhalten keinerlei Subvention von staatlicher Seite, wie die Transportunternehmer, die ohnehin zu den vielleicht Privilegiertesten gehören.

Eine andere, noch wichtigere Forderung ist die Abschaffung des Monopols der Transportunternehmer, das von Banzer geschaffen wurde und die Landarbeiter ausbeutet. Wir glauben, daß die Regierung sich darüber, heute mehr denn je, Gedanken machen muß.

B.A.: In wie weit wird die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter Boliviens von der derzeitigen Regierung als legitime Organisation der Landarbeiter anerkannt?

J.F.: Wir sehen das folgendermaßen: Das Exekutivkomitee der CSUTCB ist von der Basis anerkannt. Diese ist es, die die oberste Führung legitimiert. Wir sind durch die höchste Organisation der Ausgebeuteten, die COB, anerkannt und ihr angeschlossen. Die Regierung muß mit den das Volk vertretenden Organisationen verhandeln. Wir also brauchen die Regierung nicht um Anerkennung zu bitten.

Abgesehen davon ist die derzeitige Regierung in Händen des "Paz-Estensorismus", der auf dem Lande keine große Bedeutung hat, aber immer versucht, den führenden Orga-

nisationen der Landarbeiter zu schaden und ihr Ansehen zu schmälern.

U.A.: Wie würden die Landarbeiter auf einen neuen Putschversuch reagieren?

J.F.: Die Landarbeiter haben das schon während der sieben Tage des Protests gezeigt, als sie zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Forderungen auf die Straßen gingen. Unsere Organisation ist jetzt gefestigt und geeint; sie wird fortfahren in ihrem Anliegen, in erster Linie das Vaterland zu verteidigen. Der bolivianische Landarbeiter ist wachsam; ein Militärputsch wäre praktisch die Anforderung, Wege und Straßen zu besetzen. Für uns ist das das einzige Mittel zu protestieren und die Demokratie zu verteidigen, die dem bolivianischen Volk soviel Blut gekostet hat. Die CSUTCB wird diszipliniert die Beschlüsse der obersten Organisation der Ausgebeuteten, der COB, befolgen.

Übersetzt aus " Boletín Agrario " No.1, Februar 1980, herausgegeben vom Forschungs- und Dokumentationszentrum von Bolivien CIDOB in La Paz.



PERU

Die Linke vor den Wahlen am 18. Mai

Rückblick - Nach dem Putsch der reformistischen Generäle 1968 unter Velasco Alvarado, der als Präsident 1975 von Morales Bermúdez durch Amtsenthebung abgelöst wurde, bereiten die Militärs die Rückgabe der Macht an eine zu bildende Zivilregierung vor.

Vom Sommer 1978 an erarbeitete die Verfassung gebende Versammlung (Constituyente), in der die linken Parteien ein Drittel der Stimmen hatten, ein Jahr lang eine neue Verfassung. Für den 18. Mai dieses Jahres sind Präsidentschaftswahlen vorgesehen.

Allgemeine Wahlvorbereitungen - Bis zum 28. Februar, dem letzten Einschreibetermin beim Nationalen Wahlausschuß (Jurado Nacional de Elecciones, JNE) konnten etwa 20 Parteien und außerdem 2 Wahlbündnisse, in die zum Teil zahlreiche sehr kleine Parteien eingegliedert sind, zur Wahl zugelassen werden.

Jede Partei oder Koalition mußte hierfür mindestens 40.000 Unterschriften vorweisen. Aber in den einzelnen sehr unterschiedlichen Regionen des Landes kandidieren jeweils nur wenige Parteien.

Ende Februar waren 16 Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, 5 davon sind der Linken zuzurechnen. Die derzeitige Militärregierung unter Morales Bermúdez versucht, ein von den traditionellen reformistischen und reaktionären Parteien (APRA, AP und PPC) getragenes parlamentarisches System zu errichten.

Hiergegen haben sich die Einheit der Linken (Frente de Unidad de Izquierda, UI), welche die Reformen der Velasco-Regierung weiterführen will und die Revolutionäre Allianz der Linken (Alianza Revolucionaria de Izquierda, ARI) zusammengeschlossen.

Natürlich läuft nicht alles ohne Manipulationen ab. So erhoben einige Funktionäre der JNE im Januar schwere Vorwürfe über angebliche oder tatsächliche Wahlfälschungen einzelner linker Parteien, um diesen damit die Zulassung zur Wahl zu verbauen.

Programmatische Aussagen der ARI - siehe Kasten am Ende dieses Berichtes.

Strukturierung der Wahlbündnisse - Die wichtigsten Parteien der UI, für die der bisher unabhängige Rechtsanwalt Genaro Ledesma kandidiert, sind die Restpartei der FOCEP, des 78-er links-sozialdemokratischen Wahlbündnisses der Front der Arbeiter, Bauern, Studenten und des Volkes, dann die (Moskau orientierte) Kommunistische Peruanische Partei (PCP), die gemäßigte (den Velasco-Generälen nahestehende) Revolutionär-Sozialistische Partei (PSR), das Komitee Revolutionärer Orientierung (COR) und sehr kleine Parteien wie z.B. die Linksrevolutionäre Bewegung.

Die Parteien der ARI sind der von Alfonso Barrantes Lingán angeführte linksrevolutionäre Parteienblock UDP, der 1977 unter Javier Diez Canseco gebildeten Demokratischen Volksunion, die viele kleinste Parteien und Gruppen umfaßt, außerdem die (trotskistische) aus der Sozialistischen Arbeiterpartei hervorgegangene Revolutionäre Partei der Arbeiter (PRT), die (maoistische) Linksrevolutionäre Union (UNIR) und die Revolutionären Antiimperialistischen Kräfte für den Sozialismus (FRAS). Hinzu kommen zahlreiche kleine Parteien.

Kandidat der ARI ist der populäre trotzkistische ehemalige Guerilla-Führer Hugo Blanco (PRT), der nach dem inzwischen verstorbenen reformistischen Haya de la Torre (APRA) und dem erzkonservativen Luis Bedoya (PPC) während der Constituyente mit 20 % die meisten Stimmen auf seine Person vereinigen konnte. Aber auch Alfonso Barrantes er-



hob den Anspruch, Präsidentschaftskandidat der ARI zu werden und wurde darin von seiner UDP und außerdem von UNLR und PSR-ML unterstützt.

Erosionserscheinungen der Wahlbündnisse - Sowohl die PCP als auch die PSR boten Genaro Ledesma, der mittlerweile eine Annäherung zu Alfonso Barrantes Lingán (UDP) versuchte, den zweiten Platz auf der parlamentarischen Senatorenliste der UI nach Jorge del Prado an, dem Führer der PCP, was für Ledesma unakzeptabel war. Andererseits waren die Anhänger der FOCEP in mehreren Provinzen mit der PCP und der PSR unzufrieden wegen der reformistischen Einstellung dieser beiden Parteien. Der Anspruch von Ledesma auf den ersten Platz der Senatorenliste soll deshalb nicht akzeptiert worden sein, weil seine FOCEP in vielen Provinzen über keine Basis und außerdem über keinerlei Parteiapparat verfügte.

Die Wahlplattform der UI wurde dann ohne die FOCEP unter Leonidas Rodriguez Figueroa wiederhergestellt. Er war Chef von SINAMOS, dem inzwischen aufgelösten Nationalen System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung. Dieses System war unter Velasco Alvarado besonders zur politischen Durchsetzung der Agrarreform errichtet worden.

Der ARI erging es viel schlimmer. Führende Vertreter der 4. Internationale der Trotzkisten kamen nach Lima und sagten, die Trotzkisten in Peru seien so stark, daß sie einen eigenen Block gründen sollten. Daraufhin gab es harte Forderungen mehrerer anderer Parteien der ARI u.a. zur Sitzverteilung im Parlament. Die trotzkistischen Parteien der ARI stellten diesen daraufhin das Ultimatum, ihr Programm zu akzeptieren, oder sie würden die ARI auflösen.

Dann kam von der PRT und der ebenfalls trotzkistischen ursprünglich zu FOCEP und nun zur UDP zählenden Marxistisch-Revolutionären Arbeiterpartei POMR das Ultimatum, die in die ARI infiltrierte Revolutionär-Sozialistische Aktion (ARS) aus der ARI auszuschließen. Anderenfalls würden sie selbst diese verlassen. Die PRT verließ dann tatsächlich mit Hugo Blanco das Parteienbündnis, gefolgt von UNLR, die Zulauf maoistisch orientierter Gruppen erhielt, u.a. von Patria Roja (Rotes Vaterland).

Die Maoisten in der UDP suchten die Annäherung zur Patria Roja und zur der UNLR angehörenden Avantgarde Kommunistischer Proletarier, was ebenfalls zum Bruch beigetragen haben mag.

Am 23. Februar löste sich die ARI auf. Sie war ein eilig vor der Wahl geschlossenes Zweckbündnis, deren nicht-trotzkistische Parteien sich nicht mit Hugo Blanco arrangieren konnten. Auch die bald nach diesem Desaster folgenden Versuche, aus dem Trümmerhaufen noch bestehende Teilkonkordien zu retten und neue zu bilden, blieben bisher ohne Ergebnis.

Um bei der Präsidentschaftswahl eine entscheidende Rolle spielen zu können, wäre außer dem weiteren Bestehen der ARI sicher eine kaum vorstellbare Koordination zwischen Hugo Blanco und dem eher opportunistisch erscheinenden Genaro Ledesma (UI) erforderlich gewesen. Eine Allianz mit nicht-trotzkistischen Parteien hatte Hugo Blanco ja auch früher schon abgelehnt.

Politische Erklärung zur Konstitution der ARI

Die unterzeichnenden politischen Organisationen stimmen darin überein, eine gemeinsame programmatische Plattform zu suchen, wobei die freie Agitation für solche Aspekte, in denen unterschiedliche Meinungen weiterbestehen, nicht eingeschränkt werden soll. Die Punkte, über die man sich einig ist, sind:

- 1.) Der Kampf, um den Imperialismus und seine einheimischen Komplizen aus dem Lande zu werfen. Die entschuldigungslose Enteignung aller imperialistischen Unternehmen in unserem Land.
- 2.) Der Kampf für die volle Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die durch die revolutionären Aktionen der Massen erkämpft wurden. Für die Freiheit der Organisation und Agitation. Uneingeschränktes Wahlrecht für die Analphabeten und die Angehörigen von Militär und Polizei. Verteidigung des Streikrechts.
- 3.) Land für die Bauernschaft, Land für die Gemeinden, Parzellenpächter und die landlosen Bauern. Hilfe bei der Besetzung und Zerschlagung des Großgrundbesitzes (der staatl. Großbetriebe CAP, SAIS, EDPS) mit deren vorkapitalistisch halbfeudalen Ausbeutungsformen. Die Gemeinden sollen zum Kern des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens auf dem Land und in den Dörfern gemacht werden.
- 4.) Der Kampf um den Aufbau revolutionärer Streitkräfte im Dienst und Interesse des arbeitenden Volkes zur Verteidigung seiner politischen Macht. Die Einrichtung von Volksmilizen, die die Arbeiter-, Bauern- und Volksorganisationen verteidigen und deren Fortbestehen garantieren.
- 5.) Für die Initiative zur Organisation und Zentralisation der "Frentes de Defensa" und der "Asambleas Populares", aus denen die Kräfte der neuen Macht erwachsen werden.

Als Bestandteil dieser gemeinsamen Punkte wollen wir folgenden Aktionsplan anregen:

- a) Allgemeine Erhöhung von Löhnen und Gehältern in Übereinstimmung mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, Einfrieren der Preise für Güter des primären Bedarfs unterstützt durch eine staatliche Subventionspolitik, Einfrieren der Preise für Brennstoffe (Benzin, Kerosin, Gas).
- b) Technische und wirtschaftliche Hilfe des Staates für die Bauernschaft. Gerechte Preise für Agrarprodukte durch staatliche Subventionen.
- c) Für die Wiedereinstellung aller Entlassenen, strikte Aufsicht über die Einhaltung der "Estabilidad Laboral".
- d) Für kostenlose allgemeine und angemessene medizinische Versorgung.
- e) Würdige Unterkünfte für die Volksmassen, kostenlose Abgabe von Besitztiteln an die Bewohner der "Pueblos Jovenes", kostenlose staatliche Strom- und Wasserversorgung und Entsorgung für die "Pueblos Jovenes".
- f) Für eine kostenlose Vor-, Grund- und Hochschulbildung, Erhöhung des Bildungsetats, Abschaffung des Analphabetismus und Autonomie der Universität.
- g) Offizielle Anerkennung von Quechua und Aymara.
- h) Verteidigung der Frauenrechte
- i) Für die Dezentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Macht.

Wir erkennen die Unterschiede in unseren jeweiligen politischen Plattformen an und behalten uns das Recht der Agitation vor. In demselben Sinne weisen wir auf unsere unterschiedlichen Vorstellungen in der Behandlung des kleineren und mittleren Kapitals hin. Wir behalten weiterhin das Recht unsere unterschiedlichen Vorstellungen auch öffentlich darzustellen. Trotzdem soll der Fortschritt, der in den oben genannten gemeinsamen Punkten erreicht ist, geeignet sein, Sektiererei und Hegemonismus zu bekämpfen durch die eine Politik der Einheitsfront gefährdet ist. Damit soll auch dem Bedürfnis der Massen nach Einheit Rechnung getragen werden.

Wir werden die Wahlkampagne dazu benutzen, die direkte Aktion der Massen anzuregen in Hinblick auf einen neuen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik und betrügerischen Machenschaften der Militärdiktatur. Darüberhinaus sollen die gewerkschaftlichen Organisationen auf die Bildung einer Einheitsgewerkschaft hin unterstützt werden, ebenso wird die Vereinheitlichung der Bauernschaft in der CCP, wie auch die Zentralisation der "Pueblos Jovenes" angestrebt.

Wir werden darum kämpfen die Organisationen UDP, PRT, POMR, UNIR, PST, MRS, FRAJ sowie sowohl für die Wahlen, als auch für die direkte Aktion der Massen in einer Einheitsfront zu vereinigen.

Wir stimmen darin überein unsere Kandidatenliste mit Hugo Blanco und Alfonso Barrantes vorzustellen und sich dafür einzusetzen. Die Wahlallianz wird auch gemeinsame Senatoren und Deputierten listen aufstellen.

Die Wahlallianz wird sich mit ihren Kandidatenvorschlägen bis zum 18. 1. 1980 im JNE einschreiben lassen.

★

Coca-Militär-Mafia-Bauern

Am Mittwoch, dem 12. März, wurde über weite Teile des östlichen tropischen Regenwaldgebiets Perus von der Militärdiktatur der Ausnahmezustand verhängt. Er dient dazu, den Militärs und der Polizei freie Hand für die 'sofortige Zerstörung der Cocapflanzen und die Enteignung der Ländereien', auf denen sie angebaut werden, zu geben. Die spärlichen Meldungen in der westlichen Presse verkaufen den Ausnahmezustand unter Überschriften wie "Behörden gehen gegen den illegalen Kokainhandel vor" (FR, 14.3.). Coca wird mit Kokain und cocaanbauenden Kleinbauern werden mit Rauschgifthändlern gleichgesetzt. Bis Redaktionsschluss lagen noch keine Meldungen über Konfrontationen zwischen Militärs und Coca-Bauern vor; es wird sie jedoch mit Sicherheit geben und der Ausgang dieses Konflikts wird weitgehende Folgen nicht nur für das Schicksal der direkt Betroffenen ca. 32 000 Kleinbauern haben.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den Coca produzierenden Kleinbauern geht auf ein 1978 von den Militärs verabschiedetes sehr weitreichendes Gesetz zurück, das den Anbau von und den Handel mit Cocablättern verbietet. Bereits im letzten Jahr spitzte sich der Konflikt in der Provinz von La Convención zu. Im Tal von La Convención, das unweit von Cusco liegt, wird neben Kaffee und Kakao der größte Teil des peruanischen Coca angebaut. Vom 29. bis 31. Okt. letzten Jahres traten die Kleinbauern dieser Provinz in einen 72 - stündigen Generalstreik, um ihre Cocapflanzen gegen die von der Regierung angedrohte Vernichtung der Cocapflanzen zu verteidigen. Organisiert sind die Bauern dieser Region in einer lokalen Basisorganisation der Confederación Campesina del Perú (CCP), der 'Federación Provincial de Campesinos de la Convención y Larcs', die eine lange militante Tradition gewerkschaftlicher Organisation hat: in den 60er Jahre stand sie unter der Führung des damaligen Guerillaführers und heutigem trotzkistischen Präsidentschaftskandidaten Hugo Blanco. Dem Generalstreik im Oktober lagen folgende Forderungen zugrunde:

- die Täler Convención und Larcs sollen von der Regierung zur offiziellen Anbauzone von Coca erklärt werden
- Rückgabe der Verkaufslizenzen für Cocablätter an die Bauern
- Abschaffung der Steuern für Coca

Die Durchführung des Streiks gelang; 72 Stunden waren in Quillabamba, der Provinzhauptstadt von La Convención, alle Läden geschlossen, sämtlicher Handel und Verkehr in der gesamten Provinz wurden lahmgelegt.

Das »Coca-Gesetz«

In dem Gesetz, gegen dessen Durchführung sich der Streik richtete, wird von den Militärs sowohl der jahrtausende alte Brauch der Hochland- und Tieflandindianer, Coca zu kauen, als auch der Genuß von Kokain, das in einem komplizierten Verfahren aus den Cocablättern gewonnen wird, als ein schwerwiegendes soziales Problem bezeichnet, welches beseitigt werden müsse. Artikel 31 dieses Gesetzes verbietet den Coca - Anbau und Artikel 33 kündigt an, daß der Staat alle privaten Cocapflanzungen beschlagnahmt und zerstört wird. Nur noch die staatliche Firma ENACO ist demzufolge berechtigt, Coca für medizinische Zwecke, für Export und industrielle Verarbeitung (also zur Herstellung und Export von Kokain?) anzubauen und zu verkaufen. Laut Gesetz werden alle Felder in Privatbesitz, auf denen nach einem Zeitraum von 2 - 3 Jahren nicht alle Cocapflanzen durch andere Anpflanzungen ersetzt worden sind, vom Staat den bisherigen Eigentümern entzogen und unter der Auflage, keine Coca - Büsche mehr anzupflanzen, an landlose Bauern neu verteilt.

Nach Artikel 60 wird mit Gefängnis zwischen 2 und 5 Jahren bestraft, wer Coca anbaut, ohne offiziell registriert und autorisiert worden zu sein, wer Cocablätter als Tauschmittel oder zur Bezahlung von persönlichen Dienstleistungen verwendet, oder wer Coca verkauft, ohne von ENACO eine Lizenz erhalten zu haben.

Bereits ab 1.12.77 wurde durch eine spezielle Verordnung jeglicher Handel mit Cocablättern in Lima untersagt und allen bisherigen Cocahändlern wurde die Verkaufslizenz entzogen.

Obwohl dieses Gesetz von der peruanischen Regierung angeblich zur Eindämmung der Herstellung und des Schmuggels von Kokain verabschiedet wurde, trifft es mit der radikalen 'Kontrolle' des Coca - Anbaus einen großen Teil der indianischen Kleinproduzenten, die mit der Herstellung und dem Konsum von Kokain überhaupt nichts zu tun haben. Zwischen Coca und Kokain wird in dem Gesetz nicht unterschieden. Beides seien schädliche Drogen, die süchtig machen und deren Konsum ein soziales Übel darstelle, das beseitigt werden müsse. Traditionelle und wichtige Funktionen der Cocablätter, wie z.B. ihre Verwendung als Tausch- und Zahlungsmittel durch die indianische Hochlandsbevölkerung werden ausdrücklich verboten. Noch merkwürdiger ist die Tatsache, daß zwar der Coca - Anbau und der Handel mit Cocablättern wie auch mit Kokain verboten werden, der Genuß von beiden jedoch nicht.

Die ärmsten Bauern sind Cocaproduzenten

Die nach der Verhängung des Ausnahmezustands zu erwartende brutale Durchsetzung dieses Gesetzes wird für tausende von Coca - Produzenten sowie für Millionen von Coca - Konsumenten unübersehbare Folgen haben. Zur Zeit werden nach offiziellen Angaben in Peru von 32 200 Bauern auf 20 550 ha Cocastäucher angebaut. D.h. die durchschnittliche Anbaufläche pro Campesino beträgt 0,64 ha! Zwischen 6 und 8 000 Familien leben in der Provinz La Convención und Lares ausschließlich von ihrem bescheidenen Coca-Anbau. Ca. 10 000 Familien bauen neben Coca weitere Produkte an.

60% der nationalen Cocaproduktion werden in der Provinz La Convención geerntet. Am steilen östlichen Andenabfall in einer Höhe von 1000 - 2000 m/ü.M.gelegen, bietet sie die idealen Bedingungen zum Cocaanbau. Die Cocasträucher werden meist von den ärmsten Bauern angebaut, da sie auf den schlechtesten Böden und an den

steilsten Abhängen, die für kein anderes Produkt mehr geeignet sind, wachsen. Zum anderen stellt Coca für die armen Kleinbauern dieser ökologischen Region das einzige verkaufbare Produkt dar. Aufgrund der relativ hohen Verkaufspreise des Coca können die Bauern zwar mit dem Ertrag aus ihrer geringen Anbaufläche (durchschnittlich 0,6 ha.!) überleben, sie wurden jedoch von einem Produkt und dessen Vermarktung ökonomisch vollkommen abhängig. Eine Vernichtung ihrer Cocabüsche bedeutet zugleich eine Vernichtung ihrer Existenz als Bauern.



Coca-Bauern in ihrer jetzigen Form wurden die Campesinos von La Convención jedoch erst in den letzten Jahren aufgrund der Diktatur des freien Markts: Lediglich Cocaanbau ermöglichte das Überleben, der Anbau anderer Produkte wurde zunehmend 'unrentabel' und wurde demzufolge aufgegeben; mit ihm wurden die Böden im Tal, die z.T. fruchtbarer, jedoch für Cocaanbau nicht geeignet sind, Brach liegen gelassen. Im Rahmen des 'Niedergangs' der Agrarreform wurden diese Böden dann an große Unternehmen 'reprivatisiert' und heute plant ein US-Unternehmen eine große Olpaimenplantage im Tal von La Convención. Für die Coca-produzenten gibt es keinen Weg zurück in die Subsistenzwirtschaft und vielfältige Nahrungsmittelproduktion.

In ganz Peru werden, ebenfalls nach offiziellen Angaben, Coca-Blätter täglich von 2,8 Millionen (!) Menschen gekaut. 20 Millionen Kilo Cocablätter wurden 1974 geerntet. Man schätzt, daß ca. 4 Millionen Kilo im Jahr von der indianischen Bevölkerung selbst konsumiert werden. 770 coc Kilo werden jährlich von ENACO an Coca-Cola verkauft und weitere 66 000 Kilo werden für medizinische Zwecke zu Kokain verarbeitet; insgesamt ca. 5 Millionen Kilo. Bleiben 15 Millionen Kilo Cocablätter für das Jahr 1974, von denen man annehmen muß, daß sie illegal zu Kokain verarbeitet wurden: 80 000 Kilo Kokain lassen sich daraus herstellen mit einem Wert von 250 Millionen US-Dollar bei Verkauf innerhalb Lateinamerikas und einem Wert von 2 Milliarden US-Dollars bei Verkauf in den USA; ein Verdienst, der sicher nicht in die Taschen der indianischen Kleinproduzenten fiel.

Die indianischen Cocakonsumenten

Konsumiert werden die Cocablätter vor allem von der indianischen Bevölkerung des andinen Hochlands, und zwar schon seit ca. 2 000 Jahren. Die Cocablätter werden, mit einem Stückchen Kalkstein versetzt, stundenlang im Mund zerkaut. Sie dienen als Energiespender und Stimulant bei harter Arbeit und langen Fußmärschen in mehreren tausend Meter Höhe, indem sie gegen Kälte, Hungergefühle und Müdigkeit schützen.

Im geistigen Leben und in der noch lebendigen Mythologie der indianischen Hochlandsbevölkerung hat 'Mama Coca' eine große Bedeutung. Sie besitzt außergewöhnliche Kräfte und sie wird noch heute in religiösen Riten angerufen. Cocablätter werden z.B. an Pachamama, Mutter Erde, geopfert. In der traditionellen Medizin stellen die Cocablätter ein wichtiges und effektives Heilmittel dar. Als Tauschmittel oder Geschenk haben sie zentrale Funktionen im sozialen Leben der Andenbewohner.

Auch bei der indianischen Bevölkerung des Amazonastieflandes und der ehemaligen Bevölkerung der Küste war (ist) Coca wichtiger Bestandteil der Kultur.

Westliche Wissenschaftler streiten sich denn auch seit Jahrzehnten über die Wirkung von Cocablättern auf den menschlichen Organismus. Die wenigen, die Coca nicht voreingenommen verurteilten, haben 'wissenschaftlich' erkannt, daß Cocablätter einen sehr hohen Nährwert haben: viele Kalorien, einen großen Anteil von Proteinen, Eisen, Kalzium und Vitamine, und zwar weit mehr als die anderen Agrarprodukte des kargen Hochlands. Der bei dem stundenlangen Kauen der Blätter ausgesaugte Saft hebt den Glukosespiegel im Blut. Außerdem schützen die Cocablätter die Zähne vor Karies.

Coca und Rassismus

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Cocas im materiellen und geistigen Leben der indianischen Bevölkerung wurde nach der spanischen Eroberung das Coca von den Missionaren als 'Teufelskraut' bezeichnet, das der Christianisierung dieser Heiden im Wege stand. Das von der spanischen Krone mehrfach ausgesprochene Coca - Verbot wurde jedoch in Peru nie durchgesetzt; denn früh stiegen die Spanier in Peru in den Cocahandel ein und schickten Hochlandindianer zur Zwangsarbeit in den tropischen Regenwald, um dort Coca anzubauen. Da der Cocagenus leistungsfähiger macht, Hunger, Kälte und Müdigkeit erträglicher macht, wurden die indianischen Zwangsarbeiter in den Minen reichlich mit Coca versorgt und noch bis vor kurzem wurden die bolivianischen Minenarbeiter z.Teil mit Cocablättern 'bezahlt'. Der Cocahandel wurde für die Spanier ein fast ebenso gutes Geschäft wie der Handel mit Edelmetallen. Alte Cocaplantagen

der Inkas wurden jetzt von der spanischen Krone bestellt und ab 1558 durften Steuern an die Krone in der Form von Coca bezahlt werden.

Erst nach der Entdeckung des Kokain durch den Deutschen Albert Niemann 1858 geriet das Coca wieder in die Diskussion. 25 Jahre später wurde von einem Freund des begeisterten Kokainkonsumenten Sigmund Freud die lokale Anaesthetie erfunden.

Ab 1936 tat sich ein Herr namens Guitierrez-Noriega, Professor an der Medizinischen Fakultät der Universität San Marcos in Lima, als 'Cocaforscher' hervor; er vertrat Thesen wie: "Der Konsum von Cocablättern, Analphabetismus und eine negative Einstellung gegenüber einer fortgeschrittenen überlegenen Gesellschaft sind alle sehr eng miteinander verbunden." Coca - Kauer werden als apathisch, anti-sozial, dumm, initiativlos und wenig anpassungsfähig bezeichnet. Doch, man möge den Herrn Professor nicht voreilig verurteilen: sein rassistisches Bild des Coca-fressenden Indio ist auch bei uns in der 'fortschrittlichen' Szene weit verbreitet. Zudem vertrat dieser Professor seinen Rassismus zu einer Zeit, als es in den USA noch weit weniger 'tolle ausgerlippte Typen' gab, die die harte Droge Kokain schluckten; die kam nämlich erst Anfang dieses Jahrhunderts auf. Allerdings sah sich die Firma Coca - Cola bereits 1903 genötigt, den Anteil von Coca im Coca - Cola Konzentrat zu reduzieren, um nicht ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. 1914 wurden in den USA Coca und Kokain gleichzeitig völlig verboten.

1949 nahm sich eine Kommission der UNO des peruanischen Coca- und Unterentwicklungsproblems an. Leiter der Kommission war ein gewisser Howard B. Fond, der zugleich Direktor einer Vereinigung der US-amerikanischen pharmazeutischen Industrie war. Bei seiner Ankunft in Lima stand sein Untersuchungsergebnis bereits fest: "Coca ist unzweifelbar schädlich und die rassistische Degenerierung der Indios führt möglicherweise dazu, daß sie Coca kauen."

In der UNO wurde in den folgenden Jahren mehrmals debattiert, ob rassistische Degenerierung zum Cocakonsum führe oder umgekehrt. Dieses Problem hat der Rassismus für sich bis heute noch nicht gelöst und so einigte man sich denn auf der bishe. einzigen internationalen Rauschgiftkonferenz 1962 in Genf auf den Schluß, daß davon ausgegangen werden müsse, daß das Kauen von Cocablättern negative Auswirkungen auf das Gehirn habe, solange nicht das Gegenteil bewiesen wird. So verpflichteten sich auf dieser Konferenz die Regierungen Perus und Boliviens, binnen 25 Jahren alle Cocaplantagen in ihren Ländern zu vernichten.

Coca — Monopol für Coca-Cola?

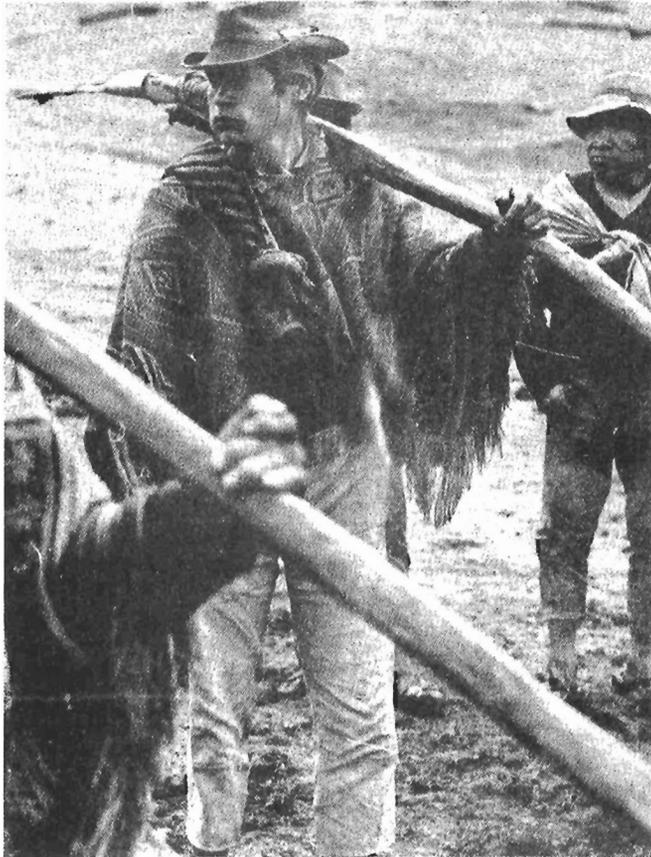
Die 1976 gebildete US-Regierung unter Carter sah sich mehr und mehr vor dem Problem eines ungenügenden Anstiegs des Kokainkonsums in den USA. Seit der Niederlage der USA in Indochina fließt Heroin nur noch in relativ spärlichen Mengen aus Bangkok in die USA. Trotz ihrer Beteiligung am Heroingeschäft ließen CIA und US-Armee zudem in anderen asiatischen Ländern die Mohnfelder vernichten. Heroin wird deshalb immer mehr durch südamerikanisches Kokain ersetzt.

Im August 1977 berief eine Anti-Drogen-Kommission aus den USA Peru und äußerte ihr Interesse an der Vernichtung der Cocaplantagen und einer Einführung eines Monopols in Sachen Coca/Kokain durch den peruanischen Staat. Der damalige Innenminister Perus, Cisneros Vizquerra, äußerte seine Bereitschaft, sofortige Maßnahmen zu ergreifen. Ein halbes Jahr später wurde dann das Cocagesetz erlassen.

Nach den Vorstellungen der US-Regierung sollen die peruanischen Cocabüsche einzig und alleine zur Versorgung des Coca-Cola-Konzerns und für pharmazeutische Zwecke angebaut werden. Als Mittel hierzu ist ein Monopol des peruanischen Staats notwendig.

Militärs, Mafia und Bauern

Gegen diese Verbindung der staatlichen Interessen der US-amerikanischen und peruanischen Regierungen mit den privaten Interessen von Coca-Cola stehen nicht nur die Überlebensinteressen der von der Coca-Produktion abhängigen Kleinbauern. Ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung des illegalen Kokainschmuggels hat auch jene Mafia, die den Löwenanteil des Profits aus dem Kokainschmuggel zieht, dessen Wert sich ja allein im Jahr 1979 auf 2 Milliarden US-Dollar belief. Aus diesem profitablen Geschäft haben sich natürlich die Mächtigen Perus nicht herausgehalten. So ist es ein offenes Geheimnis in Peru, daß verschiedene Generale des Militärs sowie viele hohe Beamte der PIP (Policía de Investigaciones del Perú / Geheimpolizei) selbst Mitglieder der Kokainmafia sind und so die großen Geschäfte machen.



Cocakauer Campesino im Hochland

Die Kokainmafia mit ihren guten Verbindungen bis in die Führungsspitze der Militärs hinein, bildet eine derart starke Macht, daß sich keiner getraut, die Namen der Mitglieder der Mafia zu veröffentlichen. Auch die Bauerngewerkschaften, die für den Erhalt

des Cocaaubaus kämpfen, wagen dies nicht, obwohl sie oft über genaueste Informationen verfügen, welche lokalen und regionalen Autoritäten der Kokainmafia angehören. An dieser Mafia scheiterte bereits 1949 der Versuch des damaligen Regierungschefs General Odría, dem Staat das Coca-Monopol zu übertragen.

Zudem gibt es reichliche Hinweise, daß - wie in Asien - trotz des Vorgehens der US-Regierung gegen den Drogenhandel staatliche Institutionen - insbesondere CIA und DEA (Drug Enforcement Agency) - stark in den Drogenhandel verwickelt sind. Zudem ist bekannt, daß 'Drogenhandel' dem CIA und der PIP einen Vorwand dafür gab, Informationen über die jeweiligen Bauernorganisationen einzuholen.

Da sich das Ungenehme nur ungern in den eigenen Schwanz beißt, ist zu erwarten, daß die Militärregierung bei ihrem jetzigen Versuch, das Coca-Monopol durchzusetzen, nur sehr zahnlos gegen die Kokainmafia vorgehen wird. So wurde am Tag der Verhängung des Ausnahmestands zwar auf dem Flughafen von Lima kurz vor seinem Abflug in die USA der Generalmajor Tweedle, ehemals Chef der staatlichen Fluggesellschaft Aeroperu, mit einem Koffer voll Kokain festgenommen; nachdem er jedoch fünf Stunden lang standhaft die Existenz des Kokain in seinem Koffer geleugnet hätte, wurde er in die 'Obhut' seiner Freunde im Luftfahrtministerium entlassen. Dagegen steht zu befürchten, daß der Ausnahmezustand in seiner vollen Härte die kleinen Cocaproduzenten am östlichen Andenabfall treffen wird.

Trotz ihrer recht guten Organisation werden die Cocaaubauenden Kleinproduzenten kaum in der Lage sein, den Militärs erfolgreichen Widerstand zu leisten, falls diese - wie zu erwarten - massiv gegen die Kleinbauern vorgehen werden. Ihren Streik konnten die Cocabauern zwar im Oktober letzten Jahres durchführen; er bewies jedoch nur, daß die Bauern organisiert gegen die Vernichtung ihrer Cocafelder vorgehen, greifbare Verbesserungen und Erfolge erreichten sie nicht. Seit den zwei Jahren ihres Kampfes sind die Cocabauern in der Defensive und die einzelnen Bauern sind ziemlich hilflos der örtlichen Polizei ausgesetzt. So gab die 'Federación Provincial de Campesinos de la Convención y Lares' an, daß ENACO hunderten von Campesinos völlig willkürlich die Registrierung als Cocaproduzenten verweigert, sie damit automatisch in die Illegalität drängt und sie dann verfolgen und einsperren läßt. Auf der anderen Seite zwingt ENACO alle Cocaproduzenten, ihre gesamte Produktion an diese staatliche Firma zu verkaufen. Sie setzt die Preise nach ihrem eigenen Gutdünken fest und kauft das Coca weit unter seinem Marktwert an. Der seit Jahren bestehenden 'Central de Cooperativas' ließ sie die Lizenz entziehen und gab sie an große private Händler, die nach Angaben der Bauern die eigentlichen Spekulanten und Schmuggler sind. Durch sie hat sich auch der Preis für Coca im Hochland derartig erhöht, daß viele Bauern des Hochlands sich kein Coca mehr kaufen können.

HONDURAS

Nachrichten aus einem unbekanntem Land

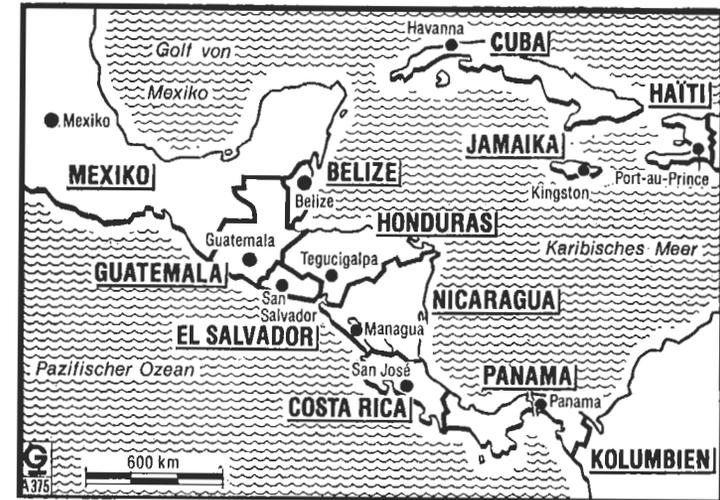
Zentralamerika ist angesichts der Ereignisse in Nicaragua, El Salvador und Guatemala in den Brennpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Auf diese Weise bekommt auch Honduras, das zwischen den drei genannten Ländern liegt, einen Strahl dieser Scheinwerfer ab. Es wird interessant, sich mit dieser -im tragischen Sinne- "typischen" Bananenrepublik zu beschäftigen. Warum ist es dort bisher nicht zu einer Zuspitzung der antiimperialistischen und Klassenkämpfe gekommen? Warum hat die Repression in Honduras in den letzten drei Jahrzehnten nicht die Ausmaße wie in den Nachbarländern angenommen? Welche sozialen und politischen Kräfte bestimmen das Bild vor den für den kommenden 20. April angesetzten Wahlen? Welche Zukunftsperspektiven ergeben sich nicht zuletzt unter Einbeziehung der Einflüsse von außen (Strategie der USA, revolutionäre Prozesse in den Nachbarländern)? Mit dem folgenden Artikel wollen wir versuchen, den dringenden Nachholbedarf, der zu Honduras auch in der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung besteht, ein wenig wettzumachen. Statt eine erschöpfende Antwort auf die gestellten Fragen geben zu wollen, ist er als Anregung gedacht, sich näher mit der Problematik auseinanderzusetzen. Der Schwerpunkt liegt im folgenden auf der Schilderung der aktuellen Kräfteverhältnisse. Aber vorweg ein wenig Geschichte:

Honduras bis 1950: Eine Bananenrepublik

Bis in die Gegenwart sind die Auswirkungen der "Eingliederung" von Honduras in den kapitalistischen Weltmarkt spürbar. Um die Jahrhundertwende drangen einige mächtige US-Bananenkonzerne ins Land ein und brachten durch politischen und militärischen Druck (bis hin zur zeitweiligen militärischen Intervention durch die US-Marines) die besten Ländereien an der Nordküste an sich und zwangen den traditionell schwachen Zentralstaat unter ihre Kontrolle. Die United Brands (früher United Fruit) und die Standard Fruit sind bis heute die größten Landbesitzer, Arbeitgeber und beherrschen wichtige Teile der Industrie.

Im Gegensatz zu Guatemala und El Salvador, wo sich im 19. Jahrhundert durch Kaffeeanbau und -export eine mächtige Agrarbourgeoisie entwickelte, beruhte die Macht der einheimischen Oligarchie in Honduras lange Zeit ausschließlich auf vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen: Der extensiven Viehhaltung und der ihr unterworfenen kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaft, die allenfalls für den lokalen Markt Überschüsse produzierte.

Im 19. Jahrhundert hatte diese Oligarchie in einer endlosen Kette von Bürgerkriegen unter sich um die regionale und nationale Macht gefochten. Seit dem Eindringen der "bananeras" (der Bananenkonzerne) konnte sie jedoch den Zugang zur politischen Herrschaft nur noch über deren Einverständnis erreichen. Die Diktatur des Führers der Nationalen Partei, Tiburcio Carías (1933-48) war die letzte und zugleich finsterste Epoche dieser nahezu totalen Herrschaft des durch die United Fruit verkörperten Imperialismus.



1950 - 1972

Nach dem 2. Weltkrieg überschreitet die kapitalistische Entwicklung die Grenzen der Bananenklave: Andere Exportprodukte wie Baumwolle, Kaffee, Zuckerrohr und Rindfleisch gewinnen an Bedeutung. Gleichzeitig beginnt eine verspätete Industrialisierung. Beide Tendenzen bringen neue soziale Klassen hervor. Sie mobilisieren sich, um das traditionelle soziale und politische Herrschaftssystem zu durchbrechen. Die noch schwache Industriebourgeoisie und wenige "modernisierende" Großgrundbesitzer streben nach einer Zurückdrängung des übermächtigen Auslandskapitals, nach einem stärkeren ökonomischen Engagement des Staates und nach einer Erweiterung des Binnenmarktes für ihre Produkte. Diesen Forderungen schließen sich das Kleinbürgertum und progressive Intellektuelle an mit dem Ziel einer Demokratisierung des verkrusteten Herrschaftssystems.

Eine entscheidende Rolle bei diesem Reformprojekt spielt die schon seit den 20er Jahren unter schwierigsten Bedingungen für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen kämpfende Arbeiterklasse in den Plantagen. Der Höhepunkt der Bewegung ist der Generalstreik 1954.

Als Reaktion auf die Massenentlassungen in den Jahren nach dem Generalstreik und im Zuge des Vordringens des Kapitalismus in der traditionellen Landwirtschaft, was zur Vertreibung zahlreicher Pächter und

Siedler führt, entstehen in den 50er Jahren die ersten Bauernbewegungen. Sie erlangen mit der Forderung nach einer durchgreifenden Agrarreform auch auf politischer Ebene Gewicht. 1961 wird der Nationale Bauernbund von Honduras (FENACH) gegründet, der enge Beziehungen zur 1954 gebildeten Kommunistischen Partei unterhält.

Alle diese Kräfte - einschließlich fortschrittlicher Gruppen innerhalb des Militärs - bilden bis heute die soziale Basis für ein Reformprojekt, das sich trotz kurzer Phasen des Durchbruchs zur Macht (1957-63 Präsident Ramón Villeda Morales, 1972-75 reformistische Militärregierung) bisher nicht voll durchsetzen konnte. Gleichzeitig aber verhindert die Breite des Bündnisses auch mit Teilen der herrschenden Klasse (vor allem die weniger stark mit dem Auslandskapital verbundene Industrie- und Finanzbourgeoisie) selbst in Zeiten rechter Regierungen, daß die Repression derart totale und dauerhafte Formen annehmen kann wie in den Nachbarländern (1963 Rechtsputsch unter Osvaldo López Arellano, 1971/72 Regierung der "Nationalen Einheit" unter Ernesto Cruz).

Nachdem der erste Reformversuch unter Villeda Morales, in dessen Regierungszeit der Erlass eines Arbeitsgesetzes (1959) und eines Agrarreformgesetzes (1962) fallen, gescheitert war, wird der blutige Diktator López von den mobilisierten Arbeitern, Bauern und Studenten zu Zugeständnissen gezwungen. Besonders die Bauernbewegungen gewinnen angesichts der Verschärfung des Agrarproblems an Stärke und organisieren landesweit koordinierte Landbesetzungen (die 1962 als staatskonforme Konkurrentin zur FENACH gegründete Nationale Vereinigung der Bauern von Honduras (ANACH) und die radikalere sozial-christlich orientierte Nationale Bauernunion (UNC) von 1964).

Der Militärputsch von 1972

Es ist kein Zufall, daß gerade am 4. Dez. 1972, zu dem die ANACH zu einem nationalen Hungermarsch auf die Hauptstadt aufgerufen hatte, das Militär erneut die Macht übernimmt - wieder unter López Arellano, der sich in den Jahren erfolgreicher Staats"geschäfte" zum Bourgeois gemauert hat. Das alte Reformprogramm wird neu aufgelegt: Agrarreform, Gründung staatlicher Entwicklungsinstitutionen, Versuche zur Integration der mobilisierten Bevölkerungsteile.

In den ersten 2 1/2 Jahren der durch das peruanische Beispiel inspirierten Militärregierung finden tatsächlich Landverteilungen an Kooperativen mit kollektivem Landbesitz in großem Umfang statt. Doch angesichts der massiven Opposition von traditionellen Großgrundbesitzern und US-Bananenkonzernen, die erstmals einen geringen Teil ihres Landbesitzes preisgeben müssen, degeneriert die Agrarreform zunehmend zu einem Kolonisierungsprojekt und kann bald nicht einmal mehr den natürlichen Bevölkerungszuwachs auffangen. Der Reformismus unterliegt in der zweiten und dritten Etappe der Militärregierung (ab April 1975 Juan Alberto Melgar Castro, ab August 1978 Policarpo Paz García) endgültig der rechten Allianz. Kennzeichnend für die Orientierung der gegenwärtigen Dreierjunta sind die nahezu totale Öffnung für das transnationale Kapital, die zunehmende Unterdrückung gewerkschaftlicher und politischer Rechte (Beispiel: Der Überfall des Militärs auf die streikenden Arbeiter der Textilfabrik Bemis Handal in San Pedro Sula im März 1979 mit dem Resultat von 3 Toten und über 100 Verhafteten) und das schrittweise Wiedereindringen von Mitgliedern der Nationalen Partei in Schlüsselstellungen von Regierung und Justiz.

Die aktuelle ökonomische und politische Krise

Die Diskussionen in Honduras drehen sich heute um zwei eng miteinander verknüpfte Fragen: Die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Vorbereitungen für den Wahltermin am 20. April.

Angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit des Volkes am oder nur wenig über dem Existenzminimum lebt, gewinnen die zunehmende Verteuerung der wichtigsten Grundnahrungsmittel (Mais und Bohnen) und die Mietsteigerungen bedrohliche Dimensionen, während die Löhne der tarifvertraglich "geschützten" Arbeiter und Angestellten nur langsam steigen. Die Mehrheit der Bevölkerung (vor allem die proletarisierte Landbevölkerung und die Arbeitslosen in den Randvierteln der Städte) ist den Auswirkungen der Inflation schutzlos ausgeliefert.

Die Ursachen der Verteuerung liegen z.T. klar auf der Hand: Eine degenerierte Agrar"reform"politik, die zudem mehr auf den Export als auf die Versorgung der wachsenden Bevölkerung orientiert ist; eine steigende Nachfrage der Agroindustrie (die Hühner fressen den Menschen den Mais weg), wie insgesamt die Folgen des kapitalistischen Eindringens in den Agrarsektor.

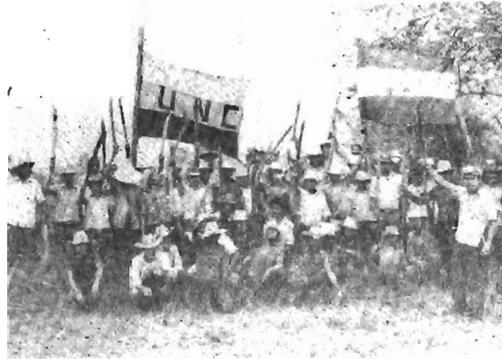
Ein weiterer kritischer Punkt ist die künstliche Verknappung des Treibstoffs durch die TEXACO, die die einzige Raffinerie im Land betreibt. Die Preispolitik der TEXACO bewirkte eine Krise des öffentlichen Transportwesens: Die Busunternehmer erhöhten die Fahrpreise im städtischen Nahverkehr um 33 %. All diese Verstöße gegen die staatliche Preiskontrolle nahm die Regierung stillschweigend hin oder billigte sie nachträglich mit einer Ausnahme: In Tegucigalpa erreichten die in der FRENTE PATRIÓTICO HONDUREÑO zusammenschlossenen Volksorganisationen durch eine Demonstration von 20.000 Menschen Anfang Februar die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen. In San Pedro Sula wurde eine ähnlich



Demonstration der "Frente Patriótico Hondureño" (Februar 1980)

geplante Demonstration durch den Befehl des Militärkommandanten Alvarez, der für den Überfall auf die Bemis-Handal-Arbeiter verantwortlich ist, und einer militärischen Besetzung des Stadtzentrums im Keim erstickt.

Der Kampf um den "Cinquito" (5 Centavos) hat ebenso wie die in letzter Zeit anwachsende Streikwelle (Standard Fruit, Brauerei Cervocería Hondureña, Zuckerfabriken, einige öffentliche Unternehmen) und die erneut stattfindenden gut koordinierten Landbesetzungen, nicht nur unmittelbar ökonomischen, sondern zunehmend auch politischen Charakter. All diese Bewegungen schließen politische Forderungen ein: Die nach Verstaatlichung der Niederlassungen transnationaler Konzerne (z.B. TEXACO), nach Freilassung der politischen Gefangenen und vor allem nach Verhinderung des sich abzeichnenden Wahlbetrugs am 20. April.



Bauern zeigen ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des besetzten Landes (Februar 1980)

Die Parteien

In diesem Zusammenhang sind auch die politischen Bündnisse zu sehen, die sich zur angekündigten Wahl der verfassunggebenden Versammlung bilden und auf die im folgenden eingegangen wird:

Nur drei Parteien sind zur "Wahl" zugelassen: Die beiden traditionellen Parteien (Partido Nacional (PN) unter Führung von Ricardo Zúñiga Augustinus und Partido Liberal unter Führung von Roberto Suazo-Córdova) und die PINO (Partei der Erneuerung und Einheit, 1969 gegründet). Diese junge Partei liberalen Anstrichs, angeführt von einer Gruppe modernisierender Großbürger, konnte ihren Einzug in den erlauchten Kreis der Erwählbaren nur durch ein taktisches Bündnis mit der PN erreichen. Dies ging auf Kosten des Ausschlusses der relativ fortschrittlichen christdemokratischen Partei (PDCH), die der PINO an Massenbasis weit überlegen ist und der wahrscheinliche Gewinner freier Wahlen wäre. Die PDCH wurde zeitweilig von einigen linken Gruppen, vor allem der KP, die per Gesetz von vornherein von jeglicher Wahlteilnahme ausgeschlossen ist, als Kanalisierungsorgan fortschrittlicher Forderungen angesehen. Doch hatte die PDCH in letzter Zeit an Glaubwürdigkeit eingebüßt, weil die Parteiführung -um hoffähig zu werden- ihren starken linken Flügel ausgeschlossen hatte, der vor allem unter den in der UNC organisierten Bauern eine breite Basis besitzt. Heute bildet diese ausgeschlossene Gruppe den Kern der im November gegründeten Sozialistischen Partei (PASO).

Sowohl PDCH als auch PASO bilden gemeinsam mit anderen bürgerlich-demokratischen bis hin zu revolutionären Organisationen die schon erwähnte "Frente Patriótico Hondureño" (FPH), die seit September 1979 besteht. Dazu gehören außerdem die Kommunistische Partei PCH, die marxistische Partei PC-ML und die ihr nahestehende "Frente Morazanista

de Liberación Hondureña" (FMLH), die bisher ohne nennenswertes Echo zu bewaffneten Kampf aufruft, und einige weitere kleinere linke Gruppen. Weiterhin sind zu nennen: Der christlich-soziale Gewerkschaftsbund CGT und die im November 1979 zustandegekommene Nationale Einheitsfront der Bauern von Honduras (FUNACAMH), die über die Bauernbewegungen etwa 150.000 Campesinofamilien vereint. Hinzu kommen die Studentenföderation FEUH, die Lehrgewerkschaften und die gut organisierten Stadtteilorganisationen (patronatos).

In der letzten Zeit kam es zu einer interessanten Annäherung zwischen der FPH und dem progressiven Flügel der Liberalen Partei, der sich "Alianza Liberal del Pueblo" nennt (ALIPO). Die vom ehemaligen Rektor der Universität, Jorge Arturo Reina, geführte ALIPO vertritt mit größerer Überzeugungskraft als die PINU heute den Teil der Bourgeoisie, der schon 1957 und 1972 ohne dauerhaften Erfolg ein Reformvorhaben mit antiimperialistischen und populistischen Zügen durchzusetzen versuchte. Anscheinend sieht diese Gruppe kaum noch eine Chance, für dieses Programm in der eigenen Partei eine Mehrheit zu finden, und wendet sich deshalb den Oppositionellen zu. Außerdem eint sie mit der FPH die gemeinsame Front gegen den Wahlbetrug, der schon von langer Hand durch die Militärregierung zugunsten der mit ihr verbrüdeten PN eingefädelt worden ist.

Der Wahlschwindel geschieht auch noch über die durch formalistische Barrieren erschwerte Einschreibung in die Wählerlisten und durch die systematische Bevorzugung der PN-Kandidaten und -Wähler durch Bürgermeister und lokale Wahltribunale. Den Gruppen, die sich einer derart perfekten und weitgehend öffentlich bekannten Verschwörung gegenübersehen, bleibt nichts anderes übrig, als zum Wahlboykott aufzurufen.

Putzgerüchte und die Rolle der USA

Angesichts der Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Umständen mit einem Wahlprozeß zumindest einen Teil der wichtigsten sozialen und politischen Forderungen des Volkes durchzusetzen, stellt sich die Frage nach möglichen Lösungsalternativen der gegenwärtigen Krise.

Bei der Überlegung, in welche Richtung die Entwicklung laufen könnte, muß ein bisher noch nicht berücksichtigter Faktor von überragender Bedeutung mit einbezogen werden: Die strategischen Interessen vor allem der USA. Im Kalkül der Zentralamerika-Politik der USA spielt Honduras eine zunehmend wichtigere Rolle als Zone "relativer Ruhe", die bisher noch nicht aus der Gewalt der Hegemonialmacht auszubrechen droht. Konsequenterweise müssen die USA an der Stabilisierung der Verhältnisse in Honduras interessiert sein, das als profitträchtige Investitions- und als militärisches Aufmarschfeld gegen die Nachbarländer geeignet erscheint.

In dieser Richtung müssen jedenfalls die Ende Februar im Anschluß an den Besuch des Sonderbotschafters Bowdler und des General Schweitzer bekannt gegebene Verdoppelung sowohl des US-AID-Programms als auch der Militärhilfe interpretiert werden. Hinzu kommen noch die erheblich aufgestockten "Hilfs"leistungen internationaler Organisationen, die hauptsächlich von den USA finanziert werden.

Ob diese "Spritzen" jedoch ausreichen werden, der Zuspitzung der Konflikte zwischen Oligarchie und Volkssektoren entgegenzuwirken, kann bezweifelt werden. Eine solche Konfliktverschärfung wäre bei einer "planmäßigen" Durchführung des Übergangs zum Scheinparlamentarismus und der wahrscheinlichen Fortsetzung des rechten Kurses zu erwarten.

Seit Anfang 1980 rückt eine andere Lösung in den Bereich des Möglichen: Ein Putsch von seiten reformorientierter jüngerer Offiziere und die Bildung einer zivil-militärischen Junta, die eine Verschiebung des

Wahltermins, eine breitere politische Öffnung und die Inangriffnahme eines minimalen Reformprogramms (z.B. Agrarreform) zur Aufgabe hätte.

Die dafür infrage kommende Gruppe von Militärs nennt sich OSOS (Unteroffiziere und niedere Offiziere). Sie hat in den letzten Monaten mehrere programmatische Papiere veröffentlicht, die auf ein derartiges Projekt hinauslaufen. Ihr sind vermutlich auch diejenigen hohen Militärs hinzuzurechnen, die Ende Januar die Verhaftung von fast 300 somozistischen Ex-Gardisten veranlaßten, die sich im Süden von Honduras auf einen Überfall auf Nicaragua vorbereiteten. Bisher kam es jedoch noch nicht zu einer Auslieferung.

Obwohl man mit einer breiten Unterstützung eines reformistischen Programms durch die Volksmehrheit rechnen kann (anders als in El Salvador), ist ein Putsch reformistischer Offiziere von zwei Faktoren abhängig: Von der Zustimmung des US-State Department und vom Mobilisierungsgrad der Bevölkerung.

Eine noch weiterreichende Frage ist die nach den Aussichten für eine dauerhafte "Stabilisierung" eines reformkapitalistischen Weges unter den erdrückenden Bedingungen ökonomischer Abhängigkeit und der Hartnäckigkeit der Mehrheit der herrschenden Klasse. Diejenigen Organisationen, die sich heute hinter reformistischen Forderungen vereinen, können in Zukunft durchaus in der Lage sein, diesen Rahmen in Richtung auf antikapitalistische Ziele und militantere Kampfformen zu durchbrechen. Die in greifbare Nähe gerückten Erfolge der revolutionären Bewegungen in Nicaragua und El Salvador hätten - und haben z.T. schon eine beschleunigende Wirkung.

Arithmetik der Unterentwicklung

Bevölkerung: ca. 3,2 Mio (davon 2/3 Landbevölkerung)
 Bevölkerungszuwachs: ca. 3,3 % jährlich (Verdoppelung in 20 Jahren)
 Fläche: 112.088 qkm (etwa die Hälfte der BRD, ca. 20 % landwirtschaftlich nutzbar)
 Wichtigste Städte: Tegucigalpa (Hauptstadt): 380.000; San Pedro Sula 260.000
 Bruttosozialprodukt(1978): 3,4 Mrd Lempiras (1,7 Mrd US Dollar)
 Wachstumsrate (1978): 7,7 %
 Bruttosozialprodukt pro Kopf(1978): 1078 L im Jahr (zweitärmstes Land Lateinamerikas)
 Anteil der Wirtschaftssektoren am BSP 1978: Landwirtschaft 32 %, Bergbau, Industrie, Bausektor 24 %, Dienstleistungssektor 44 %
 Hauptexportgüter: Kaffee, Bananen, Gefrierfleisch, Holz
 Auslandsverschuldung: ca. 1 Mrd L.
 Inflationsrate (1979): ca. 20 %
 Mindestlohn: 3 L/Tag in der Landwirtschaft, 3,6 - 5 L/Tag in d. Industrie
 Analphabetenrate: ca. 60 %, auf dem Lande ca. 80 %
 Einwohner pro Arzt(1972): 3464 (auf dem Lande 15.000)
 Mangel- und Fehlernährung bei 75 % der Kinder unter 5 Jahren
 Wohnungsdefizit: ca. 450.000 Wohnungen
 Einkommensverteilung (1968): 80 % der Bevölkerung erhalten 33 % des statistisch erfaßten Einkommens, 3 % dagegen erfreuen sich eines Anteils von 27 % des Einkommens.
 Landverteilung (1974): 64 % der Betriebe verfügen über 9,1 % der landwirtschaftlichen Fläche, 22 % der Fläche ist in den Händen von 445 Großgrundbesitzern (= 0,2 % der landw. Betriebe).

(Quellen: Honduras en Cifras (1976-78), Plan Nacional de Desarrollo 1974-78, Agrarzensus 1974)



GUATEMALA

Die indianischen Völker Guatemalas geben vor der Welt eine Erklärung ab

und zeigen vier Jahrhunderte Diskriminierung, Verleugnung, Unterdrückung, Ausbeutung und Massaker an, durchgeführt von ausländischen Eindringlingen und ihren barbarischen und verbrecherischen Nachkommen.

Unter dem Vorwand, für Ordnung sorgen zu müssen, kamen 1975 Sonderkommandos der Nationalarmee und später Soldaten Somozas nach Nebaj in der Provinz Quiché. Aber die Wahrheit ist, daß diese Region hineinreicht in das Gebiet, das man unter dem Namen 'Transversal del Norte' (nördlicher Querstreifen) kennt, ein Gebiet, reich an Bodenschätzen wie Nickel und Erdöl, außerdem geeignet für Viehzucht und Holzausbeutung. Einen großen Teil dieses Gebietes bewohnen Indianer. Die Bevölkerung von Nebaj und Umgebung arbeitet saisonal auf den Plantagen der Südküste; ca. 75% der arbeitenden Bevölkerung sind als Saisonarbeiter tätig. Diese größtenteils indianische Bevölkerung hat begonnen, ihre Rechte zu fordern, die seit Jahrhunderten von Großgrundbesitzern und Regierungen mit Füßen getreten werden. Die Anwesenheit der Armee war der Anfang vieler Ausschreitungen: Es wurden Hütten und Ernten verbrannt, Geld und Haustiere geraubt, Frauen mit Waffen bedroht um sie zu vergewaltigen, Indianern, die auf dem Feld arbeiteten, wurde das Mittagessen gestohlen; unsere Brüder aus den Ixil- und Quiché-Gemeinden wurden entführt und gefoltert, sie blieben verschwunden, ja sie wurden ermordet und es wurden Massaker an ihnen verübt. Die Dörfer, in denen dies geschieht, sind von der Nationalarmee besetzt.

Wegen dieser kriminellen und ungerechten Taten der Nationalarmee machten Ende 1978 etwa 50 Frauen von Cotzal eine Anzeige und forderten die Rückgabe ihrer verschwundenen Ehemänner, unter denen sich Führer der 'Katholischen Aktion' und Genossenschaftsführer befanden. Die Frauen wurden von den Behörden nicht angehört und die Armee fuhr fort, unsere Brüder in diesem Gebiet zu ermorden.

Aber das indianische Volk kämpfte weiter und am 14. August 1979 führten Männer und Frauen in Uspantán eine Demonstration durch und stellten über den Bürgermeister an die Armee die Forderung, ihre verschwundenen und von eben dieser Armee verschleppten indianischen Brüder herauszugeben. Ähnliche Ereignisse fanden in Cotzal und anderen Dörfern dieser Region statt. Aber die Armee antwortete mit Spott, Schlägen, Drohungen und weiteren Verschleppungen, zum Beispiel mit der Verschleppung von neun Brüdern aus Uspantán. Wegen dieser neuen kriminellen Aktion der Nationalarmee gingen 50 indianische Brüder aus Uspantán in die Hauptstadt zum Kongress der Republik, um die Herausgabe ihrer von der Armee verschleppten Brüder zu fordern. Die Antwort des Kongresses war, wie üblich, Hohn und Spott und die Aufforderung des Kongress zu verlassen. Beim Hinausgehen wurden einige der Arbeiter und Studenten, die sie begleiteten, von der Geheimpolizei, eine der repressivsten Kräfte der Regierung und der Reichen, festgenommen und verschleppt. Sie wurden später ins Exil geschickt.

Im Dezember wurde ein Massaker an 6 indianischen Brüdern von Uspantán und einem aus Cotzal in Chajul verübt; ihre Verschleppung war bereits im September angezeigt worden. Voller Verzweiflung entschlossen sich erneut 100 indianische Brüder aus Uspantán, Chajul, Cotzal und Nebaj in die Hauptstadt zu gehen, um die schlimme Unterdrückung, die die Armee in diesem Gebiet ausübt, anzuzeigen und deren Ende zu fordern. Aber sie wurden von den Behörden nicht angehört; auch die Massenmedien wollten nichts veröffentlichen, denn deren Mitarbeiter waren bereits mit dem Tod bedroht worden, falls die Ungerechtigkeiten öffentlich bekannt gemacht würden. Die Regierung beschuldigte unsere Ixil- und Quiché-Brüder, Terroristen, Umstürzler und Guerilleros zu sein, und behauptete, sie seien keine Indianer, da sie Spanisch sprachen und keine "guarachas" (typische indianische Sandalen) trugen. Das sagen sie, weil es den Reichen und ihrer Regierung ungelegen kommt, daß das arme Volk und die ganze Welt die Wahrheit darüber erfahren, was die Armee im Norden von Quiché anrichtet.

Die Menschen, die mit unseren indianischen Brüdern mitlitten und mitkämpften, waren Arbeiter, die Siedler der Elendsviertel, die wahren Christen, die engagierten Studenten und demokratische Institutionen, die alle gemeinsam einen anderen Weg suchten, um ihrer anklagenden Stimme Gehör zu verschaffen, indem sie friedlich die Botschaft Spaniens besetzten, um dadurch dem armen Volk Guatemalas und der ganzen Welt die Wahrheit zu sagen und darum zu bitten, daß eine Delegation von vertrauenswürdigen Personen die repressiven Vorkommnisse, unter denen das Volk der Ixil und Quiché leidet, zu untersuchen. Konkret forderten sie, daß die sieben indianischen Brüder, die die Armee in Chajul ermordet hatte, ausgegraben und untersucht würden. Deshalb befahl die mörderische Regierung von Lucas ihren repressiven Kräften, unsere indianischen Brüder und alle, die sich ihrem Kampf angeschlossen hatten, lebendig zu verbrennen und zu erschießen.

Die Regierung verbreitete über Radio, Presse und Fernsehen viele Lügen, um uns wieder einmal zu verwirren, was dieses barbarische Massaker an unseren Ixil- und Quiché-Brüdern angeht. In diesem Massaker fielen 39 Menschen, in der Mehrheit Indianer, ein armer Ladino, ein Arbeiter, ein Elendsviertelbewohner und vier Studenten, die vor unserem Volk und der Welt ein deutliches Zeugnis liefern für die verbrecherische und mörderische Haltung der Reichen und ihrer Regierung in Guatemala, die nicht einmal das Leben ihrer eigenen Leute und das von Diplomaten achtet. Der indianische Bruder Gregorio Yujá Xoná konnte sich vor dem Verbrennen retten; er wurde später aus dem Krankenhaus verschleppt, dann gefoltert und durch die Regierung ermordet, damit keine Zeugen übrig bleiben. Alle diese Vorfälle in der spanischen Botschaft zeigen die Bestialität der Regierung von Lucas, dem es nichts bedeutet, auch die Rechte einer fremden Nation in unserem Land mit Füßen zu treten.

Das Massaker in der spanischen Botschaft ist kein Zufall, sondern Glied einer Kette von Massakern

Das Leiden unseres Volkes dauert seit Jahrhunderten an, genauekommen seit 1524, als der Mörder und Kriminelle Pedro de Alvarado in unser Land kam. Das erste Massaker an Quiché-Indianern fand an den Ufern des Flusses Tonalá statt;

Es folgten - das Massaker von Xetulul
 - das Massaker an 3000 Indianern in Chuaraal
 - das Massaker an den Ufern des Flusses Olintepoque zwischen Quetzaltenango und Totonicapan im Febr. 1524
 - die Verbrennung der Könige und Führer der Quiché im März des selben Jahres auf Befehl von Pedro de Alvarado, außerdem die Verbrennung der Stadt Chi-Gumarcaaj
 - das Massaker an den Tzutujil am See Atitlan,
 - das Massaker von Itzucintlan, wo in einer Nacht die verbrecherischen Eindringlinge in die Stadt kamen und mit Messern alle Bewohner erstachen,
 - das Massaker von Cuscatlan im Mai desselben Jahres
 - das Massaker an den Cakchiquel in Iximché im Febr. 1526
 - das Massaker an den Cakchiquel in Chij Xot, dem heutigen Comalapa im März 1527
 - 1540 wurde der Führer der Cakchiquel, Chuuy Tziquinu, erwürgt,
 - 1541 wurden die Führer Chicbal und Nimhaj Quejehun erwürgt.

Die herrschsüchtigen und mörderischen Eindringlinge begingen viele Massaker.

Als die Jahre der fortwährenden Massaker vorüber waren, begann eine Zeit voller Leid für unsere Vorfahren, die die Massaker überlebt hatten. Es begann ein Leben unter Ausbeutung, Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung und Ablehnung, die soweit ging, daß man behauptete, unsere Vorfahren seien keine menschlichen Wesen. Das Streben der verbrecherischen Eindringlinge nach Reichtum kannte keine Grenzen, und so zwang der Mörder Pedro de Alvarado die Indianer, Gold zu schürfen und zu waschen, Kirchen und öffentliche Gebäude zu errichten, wobei viele indianische Brüder starben wie Beleje Qat, ein Führer der Cakchiquel. Das Leid war sehr groß, es wurden hohe Tribute von unseren Großvätern gefordert; man raubte ihnen all ihren Schmuck und ihre fruchtbaren Ländereien; ihre Frauen und Töchter wurden vergewaltigt von den feindlichen Eindringlingen. Weil diese Übeltaten noch nicht ausreichend erschienen, verbrannten sie die religiösen und wissenschaftlichen Schriften, in denen alle Erkenntnisse unserer Großväter aufgeschrieben waren. Damit beabsichtigten sie, eine ganze Kultur zu zerstören und verschwinden zu lassen, die sie mit der Blindheit ihres Überheblichkeitskomplexes nicht anerkannten.

Schließlich wurden unsere Vorfahren versklavt; man behandelte sie schlimmer als Lasttiere; man kennzeichnete sie mit heißem Eisen und zwang sie zur Arbeit, damit die Invasoren zu essen hatten und sich auf Kosten unserer Großväter und Großmütter bereichern konnten. Als Gegenleistung für die harte Zwangsarbeit erhielten unsere Vorfahren Schläge, Belästigungen, Mißachtung, Ablehnung ihrer Kultur und ihrer Menschlichkeit, Hunger und Tod. Ihre grundlegendsten Rechte und ihre Würde wurden mit Füßen getreten. Man weiß, daß 1533 ein indianischer Sklave in Mexico 40 Pesos und in Guatemala 2 Pesos kostete. So vergingen die Jahre, die Eindringlinge und ihre Nachkommen bereicherten sich und unsere Väter lebten in größerem Elend, als wir es kennen; sie arbeiteten hart und lebten in den Bergen, wo das Land fast unfruchtbar ist.

So kam das Jahr 1821, die Söhne der Eindringlinge sahen, daß damals die Unabhängigkeit erreicht wurde, aber die Lage der Indianer blieb die gleiche. Was ab diesem Zeitpunkt passierte, war, daß die Nachkommen der Eindringlinge, die Kreolen, die Reichtümer und die Regierungsmacht nicht mehr mit dem König von Spanien teilten: von diesem Zeitpunkt an gehörte der gesamte Reichtum, den unsere Großväter mit ihrer Arbeit erzeugt hatten, den habgierigen Nachkommen der Eindringlinge.

Die Unabhängigkeit des indianischen Volkes wurde bis heute nicht erreicht. Warum? Weil nach der sogenannten Unabhängigkeit von 1821 der Raub unseres Landes, die Diskriminierung und Ablehnung des indianischen Volkes, die Ausbeutung, seine Ausbeutung, die Ermordungen und Massaker nicht aufhörten. Die Reichen änderten nur ihre Methoden, mit denen sie ihre Untaten begehen.

Massaker wurden auch nach der Unabhängigkeit der Kreolen im Jahre 1821 begangen:

- 1944 das Massaker an den Cakchiquel in Patziciá,
- 1978 das Massaker von Sansirisay,
- im Mai 1978 das Massaker an den Kekchi in Panzós,
- von 1975 bis heute Massaker an den Ixil und Quiché in Chajul Uspantán, Cotzaj, Cunén und anderen Orten,
- am 31. Januar das Massaker an den Ixil und Quiché in der spanischen Botschaft,

WARUM WERDEN SOVIELE MASSAKER AN INDIANISCHEN VOLK VERÜBT?

Die Antwort ist sehr einfach:

DIE HABGIER DES VERBRECHERISCHEN EINDRINGLINGS ZEIGT SICH AUCH BEI SEINEN NACHKOMMEN.

Um mit dem Raub von Land und Arbeitskraft der Indianer fortfahren zu können, schufen diese verbrecherischen Reichen in der Zeit des Räubers Justo Rufino Barrios die Nationalarmee. Das war 1872. Wir nennen ihn Räuber, weil er unseren Dörfern viel Gemeindeland wegnahm, um Kaffeeplantagen anzulegen, die den Reichen von heute das meiste Geld bringen. Er war es auch, der unser Volk, besonders im Gebiet der Mam, San Marcos, zwang keine indianischen Familiennamen mehr zu verwenden.

Von 1872 bis 1974 diente die Nationalarmee dazu, die Reichtümer einer kleinen Gruppe von Reichen zu schützen. Mit der Armee in ihren Diensten konnten sie die Indianer und armen Ladinos berauben, ihre Reichtümer erhalten und anwachsen lassen, indem sie deren Arbeitskraft in den Kaffee-, Zuckerrohr- und Baumwollplantagen und in den Fabriken benützten. Seit 1974 aber will die Armee nicht mehr nur Hüter des Geldes und der Interessen der Reichen sein; die Generäle und Obersten wollen sich ebenfalls bereichern. Deshalb bemächtigten sie sich der Regierung und begannen unserem Volk Land zu rauben, und schmutzige Geschäfte zu machen, um zu Geld zu kommen. Beispiele dafür sind die mörderischen und verbrecherischen Militärs Arana Osorio, Laugerud, die Militärs von Cobán wie Spiegeler und Lucas Garcia, der einer der reichsten Großgrundbesitzer in der Region der 'Transversal del Norte' ist, und andere hohe Militärs. Sie teilen den größten Teil der 'Transversal del Norte' und große Teile des Petén (nördliches Urwaldgebiet) unter den hohen Militärs und anderen Reichen auf. In diesen Gebieten leben seit einigen Jahrhunderten unsere Brüder, die Ixil, die Quiché, die Achí, die Kekchí, die Pocomchí, und sie sind am meisten durch den Landraub, die Bedrohungen, die Verschleppungen, die Morde und Massaker von Seiten der Armee und der Großgrundbesitzer betroffen. Dabei spielt auch die Habgier der ausländischen Gesellschaften eine Rolle, die Nickel, Erdöl und andere Bodenschätze ausbeuten.

Die Massaker, der Landraub, die Diskriminierung und alle Arten von Ungerechtigkeiten nehmen kein Ende. Landraub fand statt:

- 1978 - in Santa María de Jesús, in San Antonio Aguascaliente, in San Martín Jilotepeque, Finca La Merced, in Olopa, in Sansirisay, in Livingston, Izabal, in Pacagüez, San Andrés Sajcabaja
- 1979 - in Joya Grande, Chimaltenango durch BANDESA (Kreditbank für Bauern und Kooperativen; Bauern, die sich bei BANDESA verschulden, wird das Land von eben dieser Bank enteignet), - in Rio Negro, Rabinal durch INDE (Guatemaltekeische Elektrizierungsgesellschaft), außerdem an vielen anderen Orten.

In Komplizenschaft mit reichen Ausländern verschleppen, foltern, rauben, diskriminieren und ermorden die Reichen in Staatsämtern und ihre Regierung das indianische Volk und die übrigen Armen Guatemalas. Dabei dient ihnen nicht nur die Nationalarmee, sondern auch die Mobile Militärpolizei, die Guardia de Hacienda (kontrolliert offiziell, ob schwarz Schnaps gebrannt wird), die Bezirks- und Nationalpolizei, das Kommando 6, der Modelltrupp, der G-2 (kontrolliert Offiziere), und andere, im ganzen 13 repressive verbrecherische Organisationen. Dieselben treten unter anderen Namen auf wie "Mano Blanco" (Weiße Hand), "Escuadrón de la Muerte" (Todeschwadron), "Ojo por Ojo" (Auge um Auge), "ESA" (Geheime Antikommunistische Armee), "FUA" (Vereinigte Antikommunistische Front). Außerdem gibt es Phantom-Gruppen, die die verbrecherischen Taten der Regierung unterstützen wollen. All diese repressiven mörderischen Kräfte werden durch Gringos oder in den USA selbst ausgebildet und zwar mit Mitteln, die in vielen Fällen von der AID (Agentur für internationale Entwicklung der USA, in Lateinamerika durch ihre Aktivitäten und direkten Verbindungen zum CIA hinreichend bekannt) und Ausbildern, die von dem CIA stammen.

Zusätzlich zu diesen bezahlten Verbrechern stehen den Reichen und der Armee die Militärauftragten und Spitzel zur Verfügung, die die Organisationen und Führungspersonlichkeiten unserer Dörfer und Gemeinden kontrollieren. Dadurch wird die Verschleppung und die Ermordung unserer Führer erleichtert. Diese Verräter werden bald vor unserem Volk, das Gerechtigkeit fordert, Rechenschaft ablegen müssen.

Die Verbrecher, die von den ursprünglichen Invasoren abstammen, töten unser Volk auf viele Arten: sie töteten uns durch Hunger, indem sie uns elende Löhne auf den Plantagen und in den Fabriken zahlen; sie bestehlen uns auch durch gefälschte Maße und Gewichte bei der Kaffee- und Baumwollernte; sie vergiften uns mit DDT in den Baumwollplantagen; sie erhöhen den Preis der wichtigsten Gebrauchsgüter, wie beispielsweise Zucker, Salz, Seife, Düngemittel und Werkzeuge etc. Außerdem töten sie uns, wenn sie uns in Lastwagen befördern, die nicht für den Transport von Menschen geeignet sind; Jahr für Jahr sterben viel unserer indianischen Brüder, wenn diese Lastwagen umstürzen. Das Gesetz verbietet den Gebrauch von diesen Lastwagen zur Beförderung von Personen, aber da es sich um Indianer handelt, schert es die Großgrundbesitzer und die Regierung überhaupt nicht, diese Gesetze mit Füßen zu treten. Eine andere Art uns zu töten ist die Sterilisation unserer Frauen, die bei der Familienplanung betrogen werden. Sie töten auch unsere Söhne, wenn sie sie mit Tritten und Schlägen in die Kasernen treiben, wo sie ihre menschlichen Gefühle abtöten, die unser edles Volk kennzeichnen, und sie in Mörder verwandeln. Und diese unsere Söhne benutzen die Reichen und hohen Militärs zu Morden am eigenen Volk.



Übersicht der in der Erklärung erwähnten Orte, an denen Landraub, Massaker und Aufstände stattgefunden haben.

Die Reichen und ihre Regierung sind die schlimmsten Lügner, denn sie morden uns nicht nur auf verschiedene Arten, sie wollen uns auch betrügen, indem sie FOLKLOREFESTE veranstalten, wie den Tag von Tocun Uman, den Tag der Rasse, Festivals wie die von Cobán und Sololá, Huehuetenango und anderen Orten, um lächerliche Medaillen, Diplome, Freundlichkeiten und süßes Lächeln an einige Vorgezeig-Indianer zu vergeben. Ihre Betrügereien beenden sie mit Reden voller Lügen und einigen Fotos, die INGUAT für den Tourismus ausbeutet.

INGUAT ist die Institution, die mit Touristenwerbung im Ausland beauftragt ist. Sie malt ein sehr romantisches und farbenprächtiges Bild von Guatemala mit Mayaruinen, Webarbeiten, Tänzen und Traditionen; der Indianer wird dadurch ein Objekt für den Tourismus, ein Geschäftsobjekt. Die einzigen Nutznießer dieses Geschäftes sind die Hotelketten, die Unternehmen für den Touristentransport, die Zwischenhändler von indianischem Kunsthandwerk, außerdem die Regierung. Aber wir Indianer sind es, die am wenigsten von den Wohltaten des Tourismus verspüren, der in den letzten Jahren den zweiten Platz in der Wirtschaft des Landes eingenommen hat.

Andere Betrügereien der Reichen, ihrer Regierung und der Armee sind die Lügen, die sie unseren Söhnen in den Kasernen erzählen. Sie erklären ihnen nämlich, daß sie die nationale Souveränität, das Vaterland, die Freiheit und die Religion verteidigen müßten, was alles nicht stimmt. Sie betrügen uns durch ihre geschwätzigen Politiker; sie betrügen uns durch die religiösen Sektoren, die uns predigen, daß Gott Reiche und Arme schuf, daß der Hunger, das Elend, die Ausbeutung und die Massaker Gottes Willen entsprechen, daß man den Behörden, auch den verbrecherischen und mörderischen, gehorchen muß. Dieser Gott und diese Prediger kommen den Reichen und ihrer Regierung gelegen. Aber wenn mutige Menschen auftreten, die ihre Verbrechen und Schamlosigkeit aufzeigen, dann behaupten diese Reichen, daß jene 'P ropheter' sich in die Politik einmischen und Komplizen der Kommunisten seien; all das, weil sie nicht wollen, daß unser Volk die Wahrheit kennt und Gerechtigkeit fordert. Deshalb starben viele Katechisten und wurden viele Christen aus dem Land ausgewiesen.

Trotz all dem geht unsere Stimme und unser Kampf mit festem Schritt der Befreiung entgegen

Trotz der barbarischen Taten der Invasoren, ihrer Nachkommen und deren Regierung, die Komplizen in anderen Ländern wie den USA hat, trotz der Verfolgung, der Bedrohungen, Fälschern, des Landraubs, der Betrügereien und der Massaker, durchgeführt von der Nationalarmee und Polizeieinheiten, Mörderbanden, politischen Schwätzern und Spitzeln, die nach unserem Wissen in allen Dörfern sind, trotz alledem hat unser Volk seinen Kampf weitergeführt: die Geschichte und die Gegenwart sind ein Beispiel unseres nicht endenden Kampfes: seit dem Eindringen der Spanier, 1524, kämpften unsere Großväter der Quiché, der Tzutujil, der Pocomam, der Mam, der Kekchí und anderer Völker entschieden und mutig, um ihr Leben, ihr Land und ihre Kultur zu verteidigen. Die Cakchiquel zwangen die Eindringlinge, die erste Hauptstadt von Guatemala zu verlassen, indem sie von den Bergen herab einen Krieg gegen sie führten.

Zu den wichtigsten Aufständen nach dem Eindringen der Spanier gehören folgende:

- 1708 in Chiapas,
- 1743 Aufstand der Mam von Ixtaguacán,
- 1760 Aufstand von Santa Lucía Utatlán,
- 1764 Aufstand der Cakchiquel in Tecpan,
- 1770 Aufstand der Kekchí in Cobán,
- 1813 Aufstand von San Martín Cuchumatanes, von Santiago Momostenango, von Ixtaguacán,
- 1820 Aufstand der Quiché unter Atanasio Tzul in Totonicapán,
- 1838 Aufstand von Jumay,
- 1839 Aufstand von Ixtaguacán,
- 1898 Aufstand der Canjobal in San Juan Ixcay,
- 1905 Aufstand der Quiché in Totonicapán,
- 1944 Aufstand der Cakchiquel in Patzún,
- 1971 Aufstand von Xejuyu zwischen Sololá und Suchitepequez, und viele andere Aufstände.

Das zeigt, daß unser Volk nie aufgehört hat zu kämpfen.

Gegenüber einer derart leidvollen Wirklichkeit wie dem letzten Massaker in der Botschaft Spaniens, sind die 21 indianischen Brüder, die durch Schüsse und Verbrennungen umkamen, unter ihnen vier Frauen, Vorbilder im Kampf. Sie gaben ihr Leben bei dieser friedlichen Besetzung hin und zeigten vor unseren Völkern und vor der Welt ihre Kraft, ihre Hingabe, ihre Verfügbarkeit und ihren Heldennut im Kampf für die Befreiung, ohne daß sie sich davon beeindrucken ließen, daß sie ihre Eltern, ihre Ehemänner und ihre Kinder für immer verlassen mußten. Das ist kein Zufall, denn die indianische Frau nahm und nimmt schon immer teil an unserem Kampf, denn sie wurde schon immer in den Baumwoll-, den Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen ausgebeutet, wegen ihrer Tracht, ihrer Sprache, ihrer Gebrauche und wegen ihres Frauseins diskriminiert und mißhandelt, wie z.B. bei den Vergewaltigungen von Frauen, Mädchen, Schwangeren durch die Nationalarmee und die reichen Ausbeuter auf dem Lande, in der Stadt und in allen Winkeln Guatemalas.

Um den Untaten der Nachkommen der Eindringlinge und ihrer Regierung ein Ende zu bereiten, müssen wir gemeinsam mit den Arbeitern, den armen landlosen Ladinos, den engagierten Studenten, den Siedlern der Elendviertel und anderen demokratischen Gruppen des Volkes kämpfen und die Einheit und Solidarität zwischen Indianern und armen Ladinos stärken; denn die Solidarität der Volksbewegung mit dem Kampf der Indianer wurde in der Botschaft Spaniens mit ihrem Blut besiegelt.

Das Opfer dieses Lebens bringt uns heute mehr als früher einer neuen Gesellschaft, einem indianischen Aufstehen näher. Das Blut unserer indianischen Brüder und ihr Beispiel im aufrechten und mutigen Kampf soll uns Indianer alle stärken, damit wir um ein Leben in Gerechtigkeit kämpfen.

Wir wollen kämpfen:

FÜR EINE GESELLSCHAFT DER GLEICHHEIT UND ACHTUNG;
FÜR DIE ENTWICKLUNG DER VON DEN VERBRECHERISCHEN EINDRINGLINGEN ZERSTÖRTEN KULTUR DES UNSER INDIANISCHES VOLK,
FÜR EINE GERECHTE WIRTSCHAFT, IN DER KEINER DEN ANDEREN AUSBEUTET;

FÜR DEN BESITZ DES LANDES DURCH DIE GEMEINDE, SONIE BEI UNSEREN VORFAHREN;
FÜR EIN VOLK OHNE DISKRIMINIERUNG;
FÜR DIE BEENDIGUNG ALLER UNTERDRÜCKUNG, FOLTER, VERSCHLEPPUNG, MORD UND MASSAKER;
FÜR DIE BEENDIGUNG DER GEWALTSAMEN REKRUTIERUNGEN;
FÜR DAS GLEICHE RECHT ALLER AUF ARBEIT;
FÜR EIN ENDE UNSERER VERWENDUNG ALS OBJEKTE DES TOURISMUS;
FÜR DIE GERECHTE VERTEILUNG UND NUTZUNG UNSERER REICHTÜMER WIE IN DEN ZEITEN, ALS DAS LEBEN UND DIE KULTUR UNSERER VORFAHREN BLÜHTEN.

Wir müssen uns auch klar darüber sein, daß während wir für all kämpfen uns die Reichen und ihre Regierung immer beschuldigen werden, Kommunisten, Terroristen, Verbrecher, Umstürzler, Guerrilleros usw. zu sein. Aber trotz dieser Verleumdungen und Lügen der Reichen und ihrer Regierung wird unser indianisches Volk sich Schritt für Schritt erheben und triumphieren, denn BLUT UNSERER GETÖTETEN HELDEN VOM 31. JANUAR, DAS LEBEN, DER KAMPF UND DAS BLUT ALLER GETÖTETEN INDIANER SEIT DER ZEIT DER INVASION, DAS BLUT ALLER INDIANER UND ARMEN LADINOS, DAS AUF DEM WEG UNSERES KAMPFES FLIESST, HAT UNSERER HOFFNUNG UND UNSEREM KAMPF NAHRUNG GEGEBEN UND IHN GESTÄRKT.

WIR RUFEN ALLE DISKRIMINIERTEN UND AUSGEBEUTETEN
INDIANER DER WELT,
ALLE ARBEITER DER WELT,
ALLE FREIEN UND DEMOKRATISCHEN VÖLKER,
ALLE WAHREN CHRISTEN DER WELT,

UND BITTEN SIE, SICH MIT DEM KAMPF DES INDIANISCHEN VOLKES UND DER ANDEREN AUSGEBEUTETEN GUATEMALAS ZU SOLIDARISIEREN.

"ALLE SOLLEN SICH ERHEBEN, ALLE SOLLEN GERUFEN WERDEN, ES SOLL WEDER EINEN NOCH ZWEI UNTER UNS GEBEN, DER HINTER DEN ANDEREN ZURÜCKBLEIBT!" POP WUJ

IXIMCHE, FEBRUAR 1980

In Iximche, der ehemaligen Hauptstadt der Cakchiquel, in der Nähe von Tecpan, in der Provinz Chimaltenango, fand in der zweiten Februarhälfte ein Treffen von Vertretern aller 23 indianischen Ethnien aus dem ganzen Land statt. Auf diesem Treffen wurde folgendes Dokument erstellt und Vertretern der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR - eine Zusammenfassung vieler oppositioneller Gruppen; Näheres siehe LN 76) übergeben. Kopien dieses Dokuments wurden in die meisten Länder der Erde verschickt.

★

Kurzmeldungen

Chile

"Erfolg" bei den Lohnverhandlungen

In den letzten Nummern haben wir über die besonderen Schwierigkeiten berichtet, unter denen die chilenischen Arbeiter kollektive Lohnverhandlungen führen müssen. Ein unerwartetes weiteres Ergebnis nach Abschluß der Verhandlungen: in der "Papelera" (Papierfabrik mit Monopolstellung) wurden - wie in anderen Betrieben zuvor - 17 Arbeiter entlassen, unter ihnen drei, die in den Lohnverhandlungen besonders hervorgetreten waren. Ein betroffener Gewerkschaftssekretär erklärt, daß er mit einem Kollegen entlassen wurde, obwohl sein Meister zuvor mehr Personal angefordert hatte. Daß neben gewerkschaftlich aktiven Kollegen auch andere gefeuert werden, soll offenkundig Spannungen in der Belegschaft produzieren.

Brasilien

Unter dem Druck von Multis und Regierung, schliesst Kartellkritiker Mirow seinen Betrieb

Nach zehnjährigem Kampf gegen das Internationale Kartell der Elektroindustrie (siehe LN Nr. 77, 78 und LN-Sondernummer "Das Deutsch-brasilianische 'Bombengeschäft'!) ist dem deutschstämmigen brasilianischen Unternehmer Kurt Rudolf Mirow die "Luft", d.h. die ökonomische Leistungsfähigkeit ausgegangen. In Rio de Janeiro wurden die Firmen "Codima, Máquinas e Acessórios S.A.", "Hermann Stoltz S.A." und "Indústria e Comércio de Máquinas Santa Tereza S.A." geschlossen. Die Firmengruppe wurde den Vorfahren Mirows, einer deutschen Einwandererfamilie aus Hamburg, 1863 in Rio gegründet. Wirtschaftliche Schwierigkeiten waren für Mirows Betrieb keine Seltenheit: schon in den 20-iger Jahren drohte eine Schliessung infolge der Weltwirtschaftskrise. Als Brasilien an der Seite der USA der faschistischen "Achse" in den 40-iger Jahren den Krieg erklärte, stand die Firma Stoltz:Codima auf einer "schwarzen Liste" der USA. Das Unternehmen wurde als logistischer Unterschlupf von Hitlers "5. Kolonne" im Ausland verdächtigt. In den 60-iger Jahren politisch "rehabilitiert", drängt das Unternehmen stärker auf den inländischen Elektro- und Maschinenbaumarkt. Staatliche Aufträge haben das mittelgroße Unternehmen auf dem heiß umkämpften brasilianischen Markt einige Zeit über Wasser gehalten. Ein Zusammengehen mit einem ausländischen Multi der Elektrobranche wurde von Seiten Mirows erwogen, von diesem Konzern (BBC) jedoch abgelehnt. Mirow unterstellt den Mitgliedern des IEA-Elektrokartells sogar Sabotage an seinen Produkten. Später, gegen Ende der 60iger Jahre - so Mirow - sei das Unternehmen Zielscheibe des Kampfs ebendieses Kartells geworden. Seitdem widmet sich Mirow verstärkt wirtschaftskritischer Publizistik, die den einflussreichen Multis wie Siemens, BBC, AEG etc. mehr als ein Dorn im Auge sind. Vor einem Zürcher Gericht läuft gegenwärtig eine Klage Mirows gegen den BBC-Konzern.

Die Krise des Unternehmens hat mehr als 700 Arbeitern und Angestellten den Arbeitsplatz gekostet. Doch Mirow ist so pessimistisch nicht: "... in 5 oder 6 Jahren", erklärte er gegenüber der Wochenzeitung Movimento (10.3.80), "ist mit einer wirtschaftlichen Neuorientierung Brasiliens zu rechnen...". Die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Figueiredo-Regierung, so Mirow, gäben Anlass für einen massigen Optimismus...

2. Frauenkongress in Sao Paulo

Am 8. und 9. März ("Internationaler Frauentag") fand in der brasilianischen 11-Millionen-Metropole der zweite Kongress der Frauen des Bundesstaates von Sao Paulo statt. 1979 hatte der 1. Kongress den Auftakt für die organisierte Frauenbewegung gegeben. Der Vorjahreskongress hat vor allem die Frauenbewegung in den Elends- und Armenvierteln vorangetrieben. Gestärkt wurde insbesondere der Kampf für die Vermehrung von Kinderkrippen arbeitende Mütter. Außerdem soll der 1. Kongress nach Beurteilung der Organisatorinnen, die Grundlagen für eine größere Einheit der einzelnen Frauengruppen geschaffen - und die Bereitschaft gestärkt haben, in allen Bereichen die Kämpfe der brasilianischen Arbeiter und Lohnabhängigen zu unterstützen.

Der diesjährige 2. Kongress stand unter der Devise "Lasst uns unsere Stücke zusammenfügen!" (Das weibliche Dasein, die Frau als Mutter, die Frau in der Produktion, die Beteiligung der Frau an den sozialen Kämpfen und die Beteiligung der Frau an der Frauenbewegung).

Die diesjährige Initiative ging von 45 verschiedenen Frauengruppen aus. Eingeläutet wurde der 2. Kongress mit einem musikalischen Solidaritätsabend unter Teilnahme der Sängerinnen Beth Carvalho, Carmem Costa, Dóris Monteiro und einer regionalen Sambagruppe. Unter großem Beifall verlas der Gewerkschafter Luis Inácio da Silva ("Lula") eine Solidaritätsadresse der Provisorischen Exekutivkommission der PT (Partei der Arbeiter).

Interessenten, die sich über Einzelheiten und Ergebnisse dieses Frauenkongresses informieren wollen, können sich wenden an:

Rose Nogueira - Jornal Movimento - Rua Dr. Virgílio de Carvalho Pinto, 625 - Pinheiros
Sao Paulo/SP - Brasilien

ORGANIZAÇÃO DAS MULHERES



SPD-Resolution zu Argentinien

Der Unterbezirksparteitag der SPD in Aachen nahm am 23.2.1980 folgende erfreuliche Resolution einstimmig an, in der die Presseerklärung der drei SPD-Parlamentarier, Penner, Jungmann und Kuhlwein zu ihrer Reise nach Lateinamerika kritisiert wird (vgl. LN 77 und 79):

"Die SPD Aachen nimmt mit Befremden die Erklärung der SPD-Bundestagsabgeordneten Wilfried Penner, Horst Jungmann und Eckart Kuhlwein zur Kenntnis, in der die Lage in den Ländern Argentinien und Uruguay derart verharmlosend und verständnisheischend dargestellt wird, daß Vertreter der argentinischen Junta daraus für sich politisches Kapital schlagen. Sie fordern den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei auf, in der Öffentlichkeit deutlich klarzustellen, daß die o.g. Erklärung lediglich die private Meinung der drei Abgeordneten zum Ausdruck bringt, nicht aber die politische Meinung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die SPD-Aachen fordert dazu auf, daß seitens der Partei alles nur mögliche getan wird, damit auf der Tagung der Menschenrechtskommission der UNO in Genf die Praxis der Militärjunta in Argentinien eindeutig verurteilt wird.

Gleichzeitig fordert die SPD-Aachen die Partei noch einmal auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß sie die Forderung nach der Freigabe der 500 politischen Häftlinge aus Argentinien wiederholt und verstärkt, deren Aufnahme die Bundesregierung bereits zugestimmt hat."



Kanadier gegen AKW-Export nach Argentinien

Am 28. Februar war ein Vertreter des kanadischen Solidaritätskomitees "Gruppe für die Verteidigung der Bürgerrechte in Argentinien" in Berlin, um hier über die Kampagne gegen den Export des kanadischen Atomreaktors CANDU nach Argentinien zu informieren und Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit zu suchen.

Die "Gruppe für die Verteidigung der Bürgerrechte in Argentinien" betreut einerseits politische Gefangene in Argentinien und ist zum anderen führend an der Kampagne beteiligt, in der die kanadische Regierung aufgefordert wird, jede nukleare Zusammenarbeit mit der argentinischen Junta einzustellen, bis folgende fünf Bedingungen erfüllt sind: 1) Neuwahlen unter den Bestimmungen der Verfassung, 2) Wiederherstellung der Rechte der Gewerkschaften, 3) Befreiung aller politischen Gefangenen, 4) Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, 5) Herstellung der grundsätzlichen Menschenrechte, einschließlich Redefreiheit, Freiheit der Versammlung und demokratische Gerichtsbarkeit.

Die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN fragten Don nach der Arbeit der kanadischen Kampagne und nach seinen Erwartungen an seinen Besuch in der BRD.

LN: Was erwartest Du Dir von Deinem Besuch in der BRD und West-Berlin?

Don: Ich bin nicht ganz sicher, was ich erwarten soll. In Kanada sind wir ziemlich weit fortgeschritten in dem Boykott des Exports nuklearer Technologie nach Argentinien. Wir glauben, daß einer der Hauptgründe dafür, daß der Vertrag an die KWU ging, die starke Opposition in Kanada gegen den Reaktorexport war.

Der Protest in Saint John (gegen die Verschiffung von "schwerem Wasser" für den CANDU-Reaktor in Rio Tercero (Provinz Cordoba), gebaut 1974, d. Red.) wurde von mehr als 60 wichtigen Organisationen des Landes unterstützt. Darunter waren der kanadische Gewerkschaftsbund, der kanadische Jüdische Kongreß, der politisch sehr einflußreiche Organisation ist, die Vereinigte Kirche (die größte protestantische Organisation) und so weiter. Die Aktion selbst war symbolisch, denn das "schwere Wasser" wurde 24 Stunden später doch verschifft. Aber sie demonstrierte die Opposition in Kanada gegen den Nuklearexport in autoritäre Regime. Der Protest war wirklich sehr stark, aber um die Verschiffung tatsächlich zu verhindern, hätten sich die direkt betroffenen ca. 100 Arbeiter auf eine größere Konfrontation mit den Unternehmern einlassen müssen. Das hätte bedeutet, illegale Streiks anzufangen, mit der Gefahr von sehr hohen Geld- oder sogar Haftstrafen. So verzögerten sie aber die Verschiffung um 24 Stunden.

Um unsere Kampagne voranzutreiben, haben wir dem deutschen Volk einen offenen Brief geschrieben. Wir baten unsere Unterstützerorganisationen, das sind zwischen 600 und 800 Gruppen, Parallelorganisationen in Westdeutschland oder einzelnen Personen, den Offenen Brief zu schicken, in dem die kanadische Kampagne dargestellt wird.

Weiterhin haben wir ein Programm zur Betreuung bestimmter politischer Gefangener in Argentinien. Wenn dieser Gefangene z.B. ein Eisenbahner ist, dann wenden wir uns an die kanadische Eisenbahnergewerkschaft und bitten Sie, Aktionen zur Befreiung dieses Gefangenen zu unternehmen. Jetzt sollen diese Gewerkschaften an ihre Parallelorganisationen in der BRD schreiben und sie bitten, ebenfalls diesen Gefangenen zu adoptieren, um so eine gute internationale Verbindung in der Solidarität herzustellen.

LN: Habt Ihr Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften bei Eurer Argentinien-Solidaritätsarbeit?

Don: Im Augenblick ist das alles noch sehr schwierig und ich weiß noch nicht genau, was dabei herauskommen wird. Derzeit versuchen wir es mit den beschriebenen Maßnahmen. Außerdem versuchen wir durch die entsprechenden Kanäle des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften eine Rundreise von exilierten argentinischen Gewerkschaftern zu organisieren. Das sind derzeit die beiden Schritte, die wir tun können. In ein paar Monaten müssen wir dann sehen, wie der initiierte Prozeß gelaufen ist.

Was die Anti-AKWexport-kampagne angeht, so muß man sagen, daß die Ökologiebewegung in Westdeutschland sehr viel stärker ist als in Kanada. In den ersten beiden Jahren unserer Kampagne hat sich die kanadische Ökologiebewegung nicht an unseren Aktionen beteiligt, weil wir nicht gegen die Atomtechnologie als solche Stellung bezogen haben sondern sagten: kein Atomexport nach Argentinien bis unsere Bedingungen erfüllt sind. Aber während der Aktionen in St. John änderten sie ihre Haltung, weil sie sahen, daß wir imstande sind, ziemlich viel gegen den Export von Nukleartechnologie zu tun, was die auf den Export angewiesene kanadische Atomindustrie sehr schädigt. Und seither unterstützen sie uns. Aber sie sind keine zentrale Komponente unserer politischen Strategie. Möglicherweise kann die sehr viel stärkere westdeutsche Ökologiebewegung eine ganz andere Rolle in der Anti-AKWexport-kampagne spielen.

★

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

★ ★ ★ ★

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe

Mexiko-Solidaritätsarbeit

Die Mexiko-Solidaritätsarbeit in der BRD erscheint uns bislang unkoordiniert und unzureichend. Während Informationen über die Zustände in Chile, Argentinien, Zentralamerika, usw. einer interessierten Öffentlichkeit durch die bestehenden Alternativen und 3.Welt-Medien vermittelt und von zahlreichen Solidaritätsgruppen getragen werden, besteht eine solidarische Anteilnahme an den Klassenkämpfen in Mexiko hierzulande nicht, obwohl alljährlich tausende von westdeutschen Touristen gen Teotihuacan pilgern.

Diese Unzulänglichkeiten spiegeln sich auch in unserer Mexiko-Berichterstattung wieder. Zur Überwindung dieses Zustandes ruft die 'Mexiko-Gruppe' der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN alle Mexiko-Initiativen und Solidaritätsgruppen auf, sich bei der Redaktion zu melden, um eine Koordination der Aktivitäten zu erreichen. Wir möchten mit Euch längerfristig ein System der Informationsbeschaffung und -weitergabe aufbauen, um das Mexikobild in der westdeutschen Öffentlichkeit zurechtzurücken.

Schickt bitte Eure Kontaktadresse (möglichst mit einer kurzen Beschreibung Eurer Aktivitäten) an:

FDCL Mexiko-Gruppe Savignyplatz 5 1 Berlin 12





**FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE - LATEINAMERIKA e. V.**
SAVIGNYPLATZ 5 1 000 BERLIN 12 TEL.: (030) 313 50 65

SPENDENAUFBRUF zur Unterstützung der
LATEINAMERIKA WOCHE des FDCL vom 23.- 29. Juni 80

Unter der Schirmherrschaft der GEW Berlin, der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
und dem Ausländerzentrum der Evangelischen Studentengemeinde (ESG)

Zum ersten Mal seit seiner Gründung 1974 wird das FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, gemeinnütziger Verein) - gemeinsam mit einer Reihe von Solidaritätsgruppen - eine LATEINAMERIKA WOCHE in Berlin(West) veranstalten.

In Abgrenzung zum Spektakel "Horizonte '79", als die Dritte Welt der Westberliner Öffentlichkeit in reizvoller Exotik präsentiert wurde, soll die LATEINAMERIKA WOCHE eine Woche der politischen Aufklärung und damit der Völkerverständigung werden.

Unter dem Motto "WAS GEHT UNS LATEINAMERIKA AN?" sollen die vielfältigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika in zentralen Veranstaltungen hinterfragt werden.

Daß der Schwerpunkt dieser ersten LATEINAMERIKA WOCHE in Berlin(W) auf den ersten Blick nicht auf Solidarität mit Nicaragua, Chile o.a. zielt, sondern die Bundesrepublik im Blickpunkt hat, hängt mit der Neuorientierung unserer Solidaritäts- und Internationalismus-Arbeit zusammen.

Ohne unsere direkte Solidarität mit Lateinamerika zu vernachlässigen, wollen wir die politische Gewichtung der Solidaritätsarbeit mehr auf die Konflikte in der Bundesrepublik orientieren. Solidaritätsarbeit kann unserer Meinung nach nur dann einen langfristigen politischen Stellenwert gewinnen, wenn sie sich als Teil politischer Arbeit der linken und alternativen Bewegung bei uns begreift, d.h. Impulse von dorthier aufnimmt und Impulse in sie hineingibt.

Für viele mag das eine Binsen-Erkenntnis sein. Die Praxis der Solidaritätsarbeit sah jedoch in der Regel anders aus: Da solidarisierte man sich emotional mit Widerstandskämpfen in Lateinamerika und formulierte seine Forderungen von den Bedürfnissen dieser Widerstandskämpfe her. Dann und wann wurden zwar auch deutsche Aspekte in die Solidaritätsarbeit hineingenommen, doch blieben sie Randerscheinungen. Kurzfristig wurden hunderte oder tausende von Menschen mobilisiert wie im Falle Chiles, Argentiniens, Perus oder jetzt Nicaraguas. Immer aber verliefen sich diese Solidaritätskampagnen: Sei es weil der Widerstand vom Militärterror geschlagen wurde (der Fall Chiles) oder der Widerstand über die Unterdrücker siegte (vgl. Mocambique, Angola und nun auch Nicaragua). Der Aktivismus der verschiedenen Kampagnen bröckelte ab, "machte" erst Chile, dann Portugal, dann...

In den seltensten Fällen hatte diese Art der Internationalismus-Arbeit etwas mit dem zu tun, was in der Bundesrepublik die politische Bewegung bewegte.

Mit der LATEINAMERIKA WOCHE vom 23. - 29. Juni wollen wir ein deutliches Zeichen setzen:

- a) Für die Öffentlichkeit: daß die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik massive Einflußnahme in Lateinamerika üben - daß Lateinamerika daher nicht der ferne Subkontinent ist, sondern Investitions- und Handelsregion, Profitobjekt multinationaler Konzerne, Absatzmarkt für Waffen, Repressionstechniken, Kernkraftwerke!
- b) Für unsere linken und alternativen Freunde: daß wir aktive Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung, der Alternativbewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, den kirchlichen Basisgruppen und mit der undogmatischen Linken suchen.

Auf den Diskussionsveranstaltungen der LATEINAMERIKA WOCHE werden folgende Themen erörtert:

1. Die Außenpolitik der Bundesrepublik zu Lateinamerika,
2. Multinationale Konzerne und Lateinamerika am Beispiel der Elektro- und Rüstungsindustrie (KKW-Export/Waffen-Export),
3. Gewerkschaftliche Solidarität mit Lateinamerika,
4. Literatur und Befreiung in Lateinamerika und der BRD,
5. Internationalismusarbeit und politische Bewegung in der BRD.

Mit einem großen Solidaritätsmusikfestival am 27. Juni (mit Daniel Viglietti, Los Olimareños, Bettina Wegner und eventuell Mikis Theodorakis) wollen wir die lateinamerikanische Menschenrechtsorganisation HABEAS unterstützen.

Das Pressefest der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN (früher CHILE NACHRICHTEN) und ein ökumenischer Gottesdienst mit den lateinamerikanischen Exilierten bilden den Abschluß der Woche.

Darüber hinaus werden kleinere dezentrale Veranstaltungen in der Verantwortung einiger Solidaritätskomitees (z.B. Nicaragua-Komitee, Peru-Komitee, Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba, MIR Chile, Sozialistische Partei Chiles (PS)) durchgeführt: Ausstellungen, Dia-Ton-Serien, dezentrale Feste, Diskussionsrunden. Das KINO ARSENAL bringt eine Woche des lateinamerikanischen Films.

Die LATEINAMERIKA WOCHE erfordert eine erhebliche Vorfinanzierung von uns. Allein können wir unser Vorhaben finanziell kaum tragen.

Daher richten wir diesen SPENDENAUFBRUF an all diejenigen, die unsere Arbeit und unser Vorhaben als wichtig ansehen.

Die Spenden können gegeben werden auf das

SONDERKONTO LATEINAMERIKA WOCHE des FDCL, PSchAmt Berlin (West)
Konto-Nummer 17 69 66 - 104

(Spendenbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt können auf Anfrage ausgestellt werden)

Beirat des FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Lüning (Journalistin), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Prof. D. Helmut Gollwitzer (Evangelischer Theologe), Prof. Dr. Norbert Greinacher (Katholischer Theologe), Prof. Dr. Dr. Johann Baptist Metz (Katholischer Theologe), Volker von Törne (für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Berlin, Prof. Dr. Ernst Käsemann

Gesundheit — ein Recht für alle?

Gesundheitstag Berlin 1980, 14. bis 18. Mai

Mit dieser Frage beschäftigt sich auf dem Gesundheitstag ein Arbeitsgruppe mit der Gesundheitsversorgung in der dritten Welt. Dazu stellen wir gesundheitspolitische Strategien und Erfahrungsberichte aus verschiedenen Ländern (China, Guinea-Bissau, Kapverde, Kolumbien, Kuba, Mozambique, Tansania und Vietnam) vor, die die unterschiedliche Realisierung von Basisgesundheitsversorgung innerhalb der politischen Rahmenbedingungen aufzeigen sollen. Aber wir lassen auch nicht die Problematik der personellen Entwicklungshilfe und Famulaturen von Ärzten und Medizinstudenten aus, die nicht zuletzt die ideologischen Vertreter für den Transfer der kapitalistischen Medizin sind, der sich in den aggressiven Absatzstrategien der multinationalen Pharmaindustrie äußert. Das Verhältnis traditioneller Gesellschaftsformen zu importierten kapitalistischen Gesundheitsvorstellungen fällt zu ungunsten der Schwächeren aus und führt uns zu den Möglichkeiten und Perspektiven der Solidaritätsbewegung. Im Beiprogramm werden wir Filme anbieten.

Koordination und Kontakt: Gesundheitsladen Berlin e.V., Kantstraße 148, 1 Berlin 12, Tel.: 030/317076



| | | | | |
|---|--|---|--|---|
| <p>NEUERSCHEINUNGEN</p> <p>ISSA</p> <p>wissenschaftliche Reihe</p> <p>NEUERSCHEINUNGEN</p> <p>NEUERSCHEINUNGEN</p> <p>NEUERSCHEINUNGEN</p> <p>NEUERSCHEINUNGEN</p> | <p>11</p> <p>Herbst 79</p> <p>Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung in Süd- und Rhodesien.</p> <p>Das koloniale Erbe des unabhängigen Zimbabwe</p> <p>Hrsg. von Werner Biermann und Reinhart Köhler</p> <p>ca. 300 S., ca. DM 22,-</p> <p>ISBN 3-921614-01-5</p> <p>Auch nach der Befreiung Zimbabwe werden die durch die Siedlerherkunft geschaffenen Verhältnisse und Abhängigkeiten eine wesentliche Rolle für die Planung des nationalen Neubaus sozialistischen und ökonomischen Analysen geben eine konkrete Vorstellung über den Ruin der afrikanischen Landwirtschaft, die Lage der Land- und Industriearbeiter und die Entwicklung des Kontrakt- und Wanderarbeitsstems. Hinzu kommen ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Situation Südrhodesiens und ausführliche weiterführende Literaturhinweise.</p> | <p>12</p> <p>Herbst/Winter 79/80</p> <p>Angola</p> <p>Befreiungskampf und Entkolonialisierungskrieg</p> <p>Teil I: Der antikoloniale Befreiungskampf</p> <p>ca. 300 S., ca. DM 20,-</p> <p>ISBN 3-921614-42-2</p> <p>Die erste umfassende Darstellung des angolanischen Befreiungskampfes in deutscher Sprache. Auf der Grundlage einer Analyse der Kolonialsituation in Angola stellt sie den widersprüchlichen Prozeß des antikolonialen Widerstands und die Entwicklung seiner Organisationen bis zum Rückzug Portugals 1975 dar.</p> <p>Der folgende zweite Band wird den Zweiten Befreiungskrieg und die ersten Jahre des Neubaus behandeln.</p> | <p>13</p> <p>Herbst 79</p> <p>Werner Biermann</p> <p>Zambia</p> <p>Ein Frontstaat zwischen Befreiungskampf und postkolonialer Abhängigkeit</p> <p>ca. 300 S., ca. DM 20,-</p> <p>ISBN 3-921614-43-9</p> <p>Seine Stellung als Frontstaat und von während der Kolonialzeit getrennt bestimmten die gesellschaftliche und politische Entwicklung Zambias ebenso wie seine Außenpolitik. Auf dem Hintergrund einer ausführlichen Darstellung der Kolonialzeit und des Unabhängigkeitskampfes wird diese Entwicklung und ihr zentraler Aspekt, die Entwicklung der Kapitalismen dargestellt. Vor allem wird so auch die schrittweise Politik des Landes gegenüber den Kolonialregimen im Süden verstanden.</p> | <p>14</p> <p>Herbst/Winter 79/80</p> <p>Jeanette Dumsjalsberger</p> <p>Sprache und Politik in Südafrika</p> <p>ca. 280 S., ca. DM 18,-</p> <p>ISBN 3-921614-48-1</p> <p>Die politische Bedeutung der Sprachenfrage in Südafrika datiert nicht erst von den Aufständen des Jahres 1976. Die sehr anschauliche sprachsoziologische Analyse einer selbst Betroffenen zeichnet die teilweise widersprüchliche Entwicklung nach, die das Verhältnis der verschiedenen in der Republik Südafrika gesprochenen Sprachen zu politischer Herrschaft und Emanzipation genommen hat. Diese Darstellung macht neben der auf Zersplitterung gerichteten Nationalitätspolitik der Rassisten die Perspektive der Befreiung einer einheitlichen südafrikanischen Nation deutlich.</p> |
|---|--|---|--|---|

zu beziehen über

issa Informationsstelle Südliches Afrika
Blücherstraße 14
5300 Bonn-1
Tel.: 02221/21 32 88

Vertrieb für den Buchhandel:
CON
Ostenstraße 36
2800 Bremen